Dienstag, 26. Juli 1983 - D ＊＊＊

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 171 - 30.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

Bei Strauß-Besuch: Dresdner geschlagen. Eine Festnahme

Hausfrau übergab Ausreiseantrag / Beschwerde bei Gastgebern

H. R. KARUTZ/DW. **Dresden**

Sicherheitsbeamte der „DDR" verursachten beim Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß in Dresden gestern tumultartige Zwischenfälle. Eine ausreisewillige Hausfrau aus der Nähe von Dresden wurde von ihnen geschlagen und abgedrängt, als sie versuchte, Strauß vor dem Zwinger einen Bittbrief zu überreichen.

Mit den Worten: „Was machen Sie mit dieser Frau, lassen Sie sie sofort los", war Strauß-Sohn Max-Josef der Frau zu Hilfe geeilt. Bei dem Gerangel wurde auch er heftig attackiert. Sein Vater, der bereits vorausgegangen war, wurde durch laute Rufe „Herr Strauß, hier werden Leute verhaftet" von den begleitenden westlichen Journalisten auf die Situation aufmerksam gemacht und kehrte um. Die Frau, die sich als Elke Weiß aus der Stadt Oederan im Erzgebirge vorstellte, bat den CSU-Vorsitzenden, ihr und ihrer Familie bei der Ausreise behilflich zu sein. Sie überreichte Strauß einen teilweise zerfetzten Brief.

„Ich habe diesen unliebsamen Zwischenfall bemerkt und werde ihn bei meinen Gastgebern zur Sprache bringen", sagte Strauß nach dem Zwischenfall gegenüber der WELT. Dem Vernehmen nach hat er sich gestern abend gegenüber dem engen Honecker-Vertrauten und Chefdevisenunterhändler der „DDR", Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski, beschwert. Der „DDR"-Offizielle betreut auch in Dresden den viel umworbenen Gast aus München.

Strauß war es bei dem Handgemenge gelungen, die Frau noch kurz zu fragen: „Haben Sie auch Ihre Adresse in dem Brief?" Sie bejahte. Wie Augenzeugen beobachteten, wurde die Frau kurz nach dem Zwischenfall zwar von zwei Sicherheitsbeamten aufgefordert, sich auszuweisen, aber nicht festgenommen. Sie habe, so sagte sie, im vergangenen September einen Ausreiseantrag für sich, ihren 38jährigen Mann – einen Tierarzt – und ihre neunjährige Tochter gestellt: „Wir hoffen, daß uns geholfen wird, und allen anderen auch." Sie habe allerdings Angst, daß sie doch noch verhaftet werde.

Ein junger Mann, der ebenfalls einen Brief an Strauß übergeben wollte und mehrfach rief: „Ich will meine Ausreise nach Österreich", war bereits vorher von Sicherheitsbeamten festgenommen und abgeführt worden. Ihm war es nicht gelungen, sich bis zur Gruppe um Strauß durchzukämpfen.

Der bayerische Ministerpräsident war nach seiner Übernachtung in der feudal ausgestatteten Gäste-Villa gestern vormittag zum ersten Mal mit der Bevölkerung in der „DDR" in Berührung gekommen.

Rund 200 Dresdener applaudierten, als er mit seiner Frau Marianne und Sohn Max-Josef die weltberühmte Gemäldesammlung im Zwinger verließ. „Herzlich willkommen in Dresden" riefen ihm die Menschen zu und winkten. Sie gingen auch auf Frau Strauß zu und drückten ihr mit einem „Grüß Gott" mehrfach die Hand.

Vor der Weiterfahrt nach einem kurzen, von vielen Sicherheitskräften gesäumten Fußmarsch durch eine Geschäftsstraße, keilten die Dresdner den Wagen von Strauß aus dem „DDR"-Regierungsfuhrpark förmlich ein. Er mußte aus dem Fond des Wagens durch die geöffnete Scheibe heraus zahlreiche Autogramme geben. Auf seinem touristischen Programm standen gestern ein Ausflug zur Fe-

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Kontrapunkt

GÜNTER ZEHM

Herr Strauß, hier werden Leute verhaftet", rief man dem bayerischen Ministerpräsidenten zu, als dieser während seines Besuchs in Dresden die Hofkirche betreten wollte. Stasi-Beamte hatten sich einer Frau bemächtigt, die dem „Hoffnungsträger" aus der Bundesrepublik Deutschland ihr Ausreiseanliegen vortrug. Der Vorfall war ein schriller, aber sehr ortstypischer Kontrapunkt zur Geruhsamkeit des vorangegangenen Zwingerbesuchs, sehr dazu geeignet, etwaige staatsmännische Kaffeekränzchen-Illusionen auf den harten Boden der gesamtdeutschen Tatsachen zurückzuholen.

„Staatsbesuch" bei Honecker und Milliardenkredit werden sich nur rechtfertigen lassen, wenn demnächst wirklich etwas Substantielles für die Bewohner der „DDR" herausspringt. Diese Menschen sind nun schon mehrere Male von westdeutschen Polit-Touristen aufs bitterste enttäuscht worden. Keine der Hoffnungen, die einstmals an das Erfurter Treffen Brandt–Stoph und dann – wenn auch schon in weit geringerem Maße – an den Besuch von Helmut Schmidt geknüpft wurden, hat sich erfüllt. So leuchtete die These von CDU/CSU, demnächst keine westdeutschen Vorleistungen mehr zu erbringen, sondern strikt nach dem Prinzip des Gib-und-nimm zu verfahren, gerade in der „DDR"-Bevölkerung unmittelbar ein.

Franz Josef Strauß galt, ob zu Recht oder zu Unrecht, als der überzeugendste Vertreter dieser These. Sein jetziges Taktieren löst deshalb drüben entweder verzweifelnde Enttäuschung und Verachtung aus – oder doch noch einmal flackernde Hoffnung. Man hofft, daß der Münchner gute Karten, ein starkes Blatt in der Hand hat und daß er es entschlossen ausspielt. Sollte es auch diesmal wieder bei einem Lutschbonbon à la Güstrow bleiben, wäre der gesamtdeutsche psychologische Schaden außerordentlich groß.

Die Menschen in Rostock, Weimar und Dresden halten überhaupt nichts von Westmilliarden, die Honecker folgenlos durch den Schornstein der sozialistischen Mißwirtschaft jagt. Sie wollen jetzt endlich greifbare Resultate für sich selbst sehen: mehr Großzügigkeit bei Reiseanträgen, Verzicht auf Kriminalisierung von Ausreisewilligen, Beendigung der wüsten Hetze gegen den Westen in den Medien. Wer solche Wünsche – aus persönlichem Kalkül? – leichtfertig weckt und dann enttäuscht, wird über kurz oder lang dafür büßen müssen.

POLITIK

Strauß: Zwischenfall durch gewalttätige „DDR"-Sicherheitsbeamte in Dresden. Sie wollten eine etwa 30jährige Frau hindern, Strauß einen Bittbrief zu übergeben, mit dem sie Hilfe bei der Ausreise mit ihrer Familie aus der „DDR" erreichen wollte. Strauß-Sohn Max intervenierte, als die Frau festgenommen werden sollte. Ein junger Mann, der ebenfalls mit Strauß sprechen wollte, wurde abgeführt.

Diskriminierung: Eine Gruppe Moskauer Juden hat den sowjetischen Paß-Behörden rassische Diskriminierung vorgeworfen. Vor Journalisten sagte Dan Shapiro, besonders betroffen seien Juden, die nach Israel ausreisen wollten.

Polen: Als Figur der Vergangenheit hat der stellvertretende polnische Ministerpräsident Rakowski den Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", Lech Walesa, bezeichnet. – Von „Fallstricken" in den neuen Notstandsgesetzen Polens hat der Staatsminister im Außenamt Mertes gesprochen.

Japan: Japan will nach den Worten von Ministerpräsident Nakasone keine Mittlerrolle zwischen den USA und der Sowjetunion spielen, ist aber bereit, als Vermittler zwischen Industrienationen und den Entwicklungsländern aufzutreten.

Flucht: Einem 23jährigen Soldaten der „DDR"-Grenztruppen ist die Flucht nach Niedersachsen geglückt. Er konnte die Sperranlagen überwinden und schwamm dann durch die Elbe.

CS-Gas: Als sechstes Bundesland wird das Saarland seine Vollzugspolizei mit dem Reizgas CS zum Einsatz bei Krawallen ausrüsten.

China: Außenminister Wu Xueqian besucht Pakistan und Thailand. Er will auch ein afghanisches Flüchtlingslager in Pakistan aufsuchen.

Genscher: Der FDP-Vorsitzende ist weder als Parteichef noch als Außenminister amtsmüde. „Ich habe noch viel vor", sagte er im Deutschlandfunk zu Mutmaßungen über sein Ausscheiden aus einem oder beiden Ämtern.

Heute: Amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über langfristiges Getreide-Lieferabkommen. – EG-Verhandlungen über Fischerei-Fangquoten. – Salzburger Festspiele beginnen mit „Rosenkavalier" in Karajan-Inszenierung.

ZITAT DES TAGES



» Wenn schon die Nazis im Zweiten Weltkrieg erkannten und die Sowjets heute erkennen, daß die Karibik für uns lebenswichtig ist – wäre es dann nicht Zeit, daß wir es auch erkennen? «

US-Präsident Ronald Reagan
FOTO: GAMMA/STUDIO X

WIRTSCHAFT

Stahl: EG-Kommission fordert bei den Beratungen in Brüssel eine Verlängerung des Quotensystems bis 1985. London, Paris und Rom verlangen dafür höhere Produktionsquoten.

Schlußverkauf: Beginn am Montag mit größerem Interesse als im Vorjahr, berichten Kaufhäuser.

Woolworth Frankfurt: Umsatzzuwachs um 1,3 Prozent auf 1,96 Milliarden DM, bereinigt ergibt sich ein Rückgang um ein Prozent. Jahresüberschuß 1983 bereinigt von 57 auf 43 Millionen DM zurückgegangen.

Südzucker: Umsatz um 6,8 Prozent auf 1,62 Milliarden DM erhöht.

Nordrhein-Westfalen: Scharfe Kritik an der Finanzpolitik des Landes durch die 16 Industrie- und Handelskammern; Abkehr von Schuldenpolitik und Begrenzung des Ausgabenzuwachses gefordert.

EG: Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten bei 10,2 Prozent; leichter Rückgang im Juni auf 11,47 Millionen von 11,57 Millionen im Mai.

OECD: Die Organisation äußert sich besorgt, daß zu restriktive Etatpolitik Bonns den Aufschwung eindämmen könnte.

„DDR": Rund ein Drittel des Obstes und elf Prozent des Gemüses, das in der „DDR" angeboten wird, stammt laut „Neues Deutschland" aus der Produktion von Freizeit- und Kleingärtnern.

Börse: Der Aktienmarkt tendierte zum Wochenbeginn unsicher. WELT-Aktienindex 143,4 (143,8). Am Rentenmarkt gab es Kursverluste. Goldpreis je Feinunze 422,00 (424,25) Dollar.

KULTUR

Bayreuth: Ovationen nach der Eröffnung der 72. Festspiele mit den „Meistersingern", vor allem für den Dirigenten Horst Stein sowie Hermann Prey (Beckmesser) und Bernd Weikl (Sachs).

Frankreich: Verleger Robert Hersant („Figaro", „France Soir") will entgegen den Preisvorschriften von Finanzminister Delors den Verkaufspreis des „Figaro" heraufsetzen.

SPORT

Fechten: Bei der Weltmeisterschaft in Wien erreichte die deutsche Herren-Florettmannschaft nach einem 8:6 über Kuba das Finale. Gegner ist die Mannschaft der „DDR", die Ungarn mit 9:5 ausschaltete.

Fußball: Der Wechsel des Südkoreaners Bum Kun Cha zum Bundesligaklub Bayer 04 Leverkusen ist geplatzt. Eintracht Frankfurt, Chas alter Klub, beharrt auf der Ablösesumme von 1,1 Millionen Mark.

AUS ALLER WELT

Armenier: Sicherheitsmaßnahmen für britische Botschaften und für die British Airways, verfügt nach Verurteilung eines Armeniers in London wegen Waffenbesitzes.

Wein-Katastrophe: Ein Hagelsturm hat in Burgund und dem Elsaß große Teile der Weinernte zerstört.

Bergwerk: Europas modernste Kohlegrube in Selby (Großbritannien) muß vier Wochen nach Inbetriebnahme wegen Überflutung geschlossen werden.

Wetter: Das strahlende Sommerwetter bleibt in ganz Deutschland. Temperaturen um 30 Grad, auch abends noch um 20 Grad. Morgens Nebel möglich.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Wörner will Gegengeschäft mit USA

Belastungsprobe für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Luftverteidigung erwartet

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Vor einer harten Belastungsprobe steht die Zusammenarbeit zwischen Bonn und Washington auf dem Gebiet der Luftverteidigung. Es geht um den Ersatz der nicht mehr leistungsfähigen Raketensysteme des Typs Nike/Hercules in Mitteleuropa, die in einem multinational zusammengesetzten „Gürtel" in Mitteleuropa hoch anfliegende Kampfflugzeuge aus dem Warschauer Pakt abfangen sollen.

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hat in der vergangenen Woche in seinen Gesprächen gegenüber seinem US-Amtskollegen keinen Zweifel daran gelassen, daß Bonn nicht bereit ist, das Nachfolgemuster „Patriot" ohne angemessene Kompensation für die deutsche Wirtschaft auf dem amerikanischen Markt zu kaufen. Caspar Weinberger erklärte sich, wie bereits berichtet, mit dem in Bonn ausgedachten „Gegengeschäft" einverstanden und sagte zu, es politisch in Washington durchzusetzen.

Im Prinzip geht es darum, daß die USA den Deutschen die Waffen für die neuen „Patriot"-Verbände kostenlos stellen, die Bundesrepublik im Gegenzug dafür die Luft-Nahverteidigung der US-Luftbasen mit dem System „Roland" samt deutschem Personal ausrüsten. Dagegen stemmt sich das amerikanische Heer, das in den US-Streitkräften für die bodengestützte Luftverteidigung verantwortlich ist.

Wörner sagte Weinberger, er werde unnachgiebig auf die Erfüllung dieses Gegengeschäftes dringen, das beiden Seiten nütze. Denn die „Patriot"-Systeme werden von der US-Industrie gefertigt, so daß davon die amerikanische Wirtschaft ohne Abstrich profitiert. Auf der anderen Seite soll das „Roland"-System, eine deutsch-französische Entwicklung, die beim deutschen Heer bereits die Luft-Nahverteidigung der Feld-Divisionen besorgt, in bewährter Manier in beiden europäischen Ländern produziert werden. Die dafür aufgewendeten Steuergelder kämen dadurch auch den Volkswirtschaften diesseits des Atlantiks zugute.

Für den Fall, daß sich Weinberger gegenüber dem US-Heer nicht durchzusetzen vermag, ist Bonn gewillt, das Gegengeschäft platzen zu lassen. Wörner kündigte in einem Interview mit dem Magazin „US-News und World Report" an, dann werde die Bundesrepublik „Patriot" nicht für die deutsche Luftwaffe kaufen, sondern auf eine Neuentwicklung eines Waffensystems mit vergleichbaren Leistungsdaten auf dem europäischen Markt warten.

Daß diese Äußerung des Bonner Verteidigungsministers, die einer Drohung gleichkommt, ernst genommen werden muß, bestätigte der Inspekteur der deutschen Luftwaffe, Generalleutnant Eberhard Eimler, gegenüber der WELT: Die europäische und besonders die deutsche Industrie sehe er „durchaus in der Lage, eine derartige, der ‚Patriot' ähnliche Luftverteidigungsrakete zu produzieren".

Für das Gegengeschäft sind im Bonner Verteidigungshaushalt der nächsten zwölf Jahre rund sechs Milliarden Mark veranschlagt. Die deutsche Seite hat versucht, das Gengeschäft für die USA noch attraktiver zu gestalten, daß die Bundeswehr nicht nur die sieben „Roland"-Verbände für die US-Fliegerhorste mit deutschem Personal bemannen, sondern auch von deutscher Seite bezahlen will. Darüber hinaus will Bonn auch zusätzlich das deutsche Personal für zwei „Patriot"-Bataillone der USA im mitteleuropäischen Verteidigungsgürtel stellen und bezahlen.

EG-Minister ringen in der Stahlkrise um Solidarität

Lambsdorff beharrt auf Verlängerung des Quotensystems

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Um solidarisches Verhalten in der Stahlkrise haben sich gestern die Wirtschafts- und Industrieminister der Europäischen Gemeinschaft (EG) bemüht. Zum dritten Mal seit Ende April verhandelten sie in Brüssel über eine Verlängerung des 1980 geschaffenen Produktionsquotensystems, das die europäischen Unternehmen vor Preiseinbrüchen bewahren und die unerläßlichen Investitionen zur Gesundschrumpfung der Branche ermöglichen soll.

Die EG-Kommission hatte einer Verlängerung dieses staatlich abgesicherten Krisenkartells um dreißig Monate vorgeschlagen. Bis dahin (Ende 1985) soll die Stahlindustrie ihre Wettbewerbsfähigkeit wiedergewonnen haben und ohne öffentliche Subventionen auskommen. Mehrere Delegationen verlangten jedoch gestern erneut höhere Produktionsquoten als bisher.

So stellte der britische Industrieminister Parkinson die Bedingung, daß die Länder, deren Stahlindustrie – wie die britische oder die deutsche – bereits in der Vergangenheit erhebliche Opfer zur Einschränkung überschüssiger Produktionskapaziäten gebracht haben, künftig zusätzliche Quoten erhalten. Sein französischer Kollege Fabius wollte der Verlängerung des Krisenmechanismus ebenfalls nur dann zustimmen, wenn Frankreich in den Genuß „gerechterer" Produktionsquoten gelange als bisher.

Am härtesten erwies sich jedoch der italienische Delegationschef Pandolfi. Er meinte, eine Verlängerung des Systems um mehr als fünf oder sechs Monate würde Italien „größte Schwierigkeiten bereiten". Rom habe bei Gründung des obligatorischen Quotensystems nur an eine vorübergehende Lösung gedacht und brauche nicht zuletzt wegen der Entwicklung seines Inlandsmarktes höhere Quoten. Außerdem machte Pandolfi geltend, daß die neue italienische Regierung erst im Entstehen sei, weitreichende politische Entscheidungen also noch nicht verantworten könne.

Demgegenüber beharrte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff auf einer unveränderten Verlängerung der bisherigen Stahlregelungen bis Ende 1985. Bonn, das früher dem Quotensystem eher ablehnend gegenübergestanden hatte, sieht heute in dessen Fortführung die einzige Chance, der Stahlindustrie halbwegs stabile Markt- und Preisbedingungen zu erhalten.

Schon die Unsicherheit über das künftige Schicksal der Krisenregelung hat – wie auch die EG-Kommission festgestellt hat – im Juli zu einem erheblichen Preiseinbruch geführt. Er macht es den nichtsubventionierten Unternehmen in Europa immer schwerer, über die Runden zu kommen. „Wir müssen deshalb heute, wir müssen eindeutig und wir müssen langfristig entscheiden", sagte Lambsdorff. Nach einer „ersten Tischumfrage" beschloß der Ministerrat eine Unterbrechung der Sitzung, während der EG-Vizepräsident Etienne Graf Davignon die einzelnen Delegationen über die ihnen nach den Kommissionsvorstellungen zustehenden Unternehmensquoten ins Bild setzte.

Das Thema Frieden ist nicht teilbar

Vollversammlung des Weltkirchenrates in Vancouver / 450 Millionen Gläubige vertreten

epd/dpa/AP/idea, **Vancouver**

Vor einer „verkürzten Diskussion des Friedensthemas" hat der südafrikanische Theologe und Präsident des Reformierten Weltbundes, Allan Boesak, die Kirchen gewarnt. Wer über den Frieden rede, müsse auch nach der Gerechtigkeit fragen, meinte Boesak in einer Plenarsitzung der Weltkirchenkonferenz im kanadischen Vancouver.

Viele Christen in der Dritten Welt befürchteten, daß das Thema Frieden vom Thema Gerechtigkeit getrennt werde und der Friede zudem zu einem rein „nordatlantischen Diskussionspunkt" werde. Solange es noch die ungelösten Probleme von Unterdrückung, Ungerechtigkeit, Hunger und Gewalt in vielen Ländern gebe, dürfe sich die ökumenische Bewegung nicht ausschließlich mit Frieden und Abrüstung beschäftigen, forderte der Theologe vor den 930 Delegierten der Weltkirchenkonferenz.

Die ersten Veranstaltungen und Ereignisse der am Sonntag eröffneten sechsten Vollversammlung haben die Schwerpunkte der insgesamt 18tägigen Beratungen und Gespräche sowie der zu erwartenden Erklärungen und Manifestationen bereits deutlich erkennen lassen. Es geht diesem Zusammenschluß von reformatorischen, orthodoxen, anglikanischen und unabhängigen Kirchen in aller Welt, die rund 450 Millionen Gläubige vertreten, vor allem um eine Bekräftigung gemeinsamer christlicher Standpunkte zu den großen Problemen, die zur Zeit die Welt bewegen.

Seit der letzten Vollversammlung des Weltkirchenrates 1975 in Nairobi hat sich die Struktur dieses Dachverbandes von mehr als 300 Kirchen stark verändert. Darauf wies der Vorsitzende des Zentralausschusses des ökumenischen Rates der Kirchen, der kanadische Erzbischof Edward Scott, hin. 20 Kirchen sind seither Vollmitglieder des in Genf ansässigen Rates geworden. Die Beziehungen zu anderen Kirchen, vor allem zur römisch-katholischen, seien vertieft worden.

Der Erzbischof der gastgebenden Kirche wies in seinem Rechenschaftsbericht aber auch darauf hin, daß drei Kirchen wegen der aus dem Sonderfonds des Antirassismus-Programms vergebenen Mittel für Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika ihre Mitgliedschaft suspendiert haben.

Die Vollversammlung, die alle sieben bis acht Jahre stattfindet, legt als oberstes Organ die Arbeit des Weltkirchenrates fest. Mit eingeladenen Gästen, Beobachtern, Journalisten, Organisatoren und Beratern nehmen 4000 Menschen an diesem bisher größten Treffen des Weltkirchenrates teil.

Die katholische Kirche ist im Weltkirchenrat nur mit offiziellen Beobachtern vertreten. Papst Johannes Paul II. sandte der Vollversammlung seine Grüße und wünschte Erfolg.

Am Rande der Vollversammlung treffen sich in Vancouver auch Kritiker des als linkslastig angegriffenen Weltkirchenrates. So wirft die Christliche Internationale Solidarität der Organisation vor, nicht hart genug gegen religiöse Unterdrükkung im Ostblock aufzutreten. Sie veranstaltet in Vancouver eine „Jakunin-Anhörung", mit der sie gegen die Verhaftung des russisch-orthodoxen Priesters Gleb Jakunin in der UdSSR protestiert.

Ausgangssperre in Sri Lanka nach ethnischen Unruhen

Streit mit der tamilischen Minderheit wieder ausgebrochen

dpa, **Colombo**

Die Regierung von Sri Lanka hat gestern über die Hauptstadt Colombo und ihre Vororte sowie über die nördlichen Bezirke im Umkreis von Jaffna eine Ausgangssperre von 2 Uhr nachmittags bis 5 Uhr morgens verhängt. Bei Mißachtung des Ausgehverbots werde ohne Warnung geschossen, wurde amtlich mitgeteilt. Bei den jüngsten Unruhen im Land sind mindestens drei Menschen getötet worden. Zahlreiche Häuser und Geschäfte wurden niedergebrannt.

Die Unruhen waren ausgebrochen, nachdem sich in Colombo die Nachricht verbreitet hatte, daß am Wochenende in Jaffna 13 Regierungssoldaten aus einem von Untergrundkämpfern der Bevölkerungsminderheit der Tamilen gelegten Hinterhalt erschossen wurden. Die Tamilen machen etwa 20 Prozent der Bevölkerung der Inselrepublik aus. Sie kämpfen für einen unabhängigen Staat im nördlichen Sri Lanka. Jaffna liegt etwa 400 Kilometer nördlich von Colombo.

Die vor sechs Jahren an die Macht gekommene Mitte-Rechts-Regierung unter Präsident Junius Richard Jayewardene war kürzlich per Referendum für sechs weitere Jahre im Amt bestätigt worden. In der vergangenen Woche billigte das Parlament die Verlängerung des Ausnahmezustandes um einen weiteren Monat. Die Streitkräfte sollen mit Hilfe der Notstandsgesetze in die Lage versetzt werden, im Norden und Osten Sri Lankas hart durchzugreifen. Diese Gebiete werden überwiegend von Tamilen bewohnt.

In dem Bemühen, das Problem der ethnischen Auseinandersetzungen zu lösen, hatte Präsident Jayewardene in den vergangenen Jahren mehrmals versucht, mit der oppositionellen „Vereinigten Tamilen-Befreiungsfront" in einen Dialog zu kommen. Das Morden und die Zerstörung von staatlichem Besitz durch Terroranschläge ging unvermindert weiter. Ministerpräsident Premadasa hat die Opposition beschuldigt, sie warte nur darauf, aus dem Destabilisierungs-Prozeß Vorteile schlagen zu können.

Die Regierung erklärte, sie werde ihre neue Offensive gegen den Terrorismus fortsetzen, auch wenn die anderen Parteien nicht zu einer gemeinsamen Strategie bereit seien.

Nakasone fördert „Öffnung" Japans

„Rolle in der Welt einnehmen, die dem wirtschaftlichen Potential vergleichbar ist"

DW. **New York**

Japan will nach Angaben von Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone seine Märkte für westliche Produkte weiter öffnen. Außerdem sollte das Land „eine politische Rolle einnehmen, die vergleichbar ist mit Japans wirtschaftlichem Potential", erklärte er in einem Interview des amerikanischen Nachrichtenmagazins „Time".

Nach Nakasones Angaben ist seine Politik der Öffnung im Land selbst stark umstritten. Mehr als die Hälfte der einflußreichen japanischen Zeitungen und der Oppositionsparteien stünden ihr kritisch gegenüber. „Im Endeffekt glaube ich aber, daß das japanische Volk hinter der Politik steht, die ich vertrete." Er fügte hinzu: „Verglichen mit der Politik früherer japanischer Regierungen glaube ich, daß wir in eine neue Ära eingetreten sind, besonders was die politische Rolle Japans in der Welt angeht."

Nakasone räumte ein, daß es Differenzen zwischen Japan und den USA gebe. Was aber wichtig sei, sei die Tatsache, „daß wir offen über Lösungsmöglichkeiten reden können ... Wenn wir uns wirklich anstrengen, gibt es kein Problem, das nicht gelöst werden könnte".

Zur japanischen Verteidigungspolitik erklärte Nakasone: „Verteidigungspolitik bedeutet nicht nur den Ankauf von Rüstungsgütern – Kriegsschiffen, weitreichenden Kanonen und Flugzeugen ... Ich bin völlig dafür, militärische Technologie mit den Vereinigten Staaten zu teilen. Ich habe aber während Beratungen im Parlament ganz deutlich herausgestellt, daß wir das im Rahmen der japanischen Verfassung nicht sollen und können."

US-Präsident Ronald Reagan hat sich für Anfang November zu einem Staatsbesuch in Japan angesagt. Angesichts des amerikanischen Handelsbilanzdefizits mit Japan in der Rekordhöhe von 20 Milliarden Dollar und dem bevorstehenden Wahljahr in den USA wird erwartet, daß Reagan mehr handelspolitische Zugeständnisse und größere militärische Kraftentfaltung Japans fordern wird.

Nakasone vertrat in dem Interview die Auffassung, daß Japan ein „ehrlicher Makler" in den Beziehungen der Industrieländer zur Dritten Welt sein könnte. „Japan war einst selbst ein Entwicklungsland und ist jetzt eine Industrienation geworden; ich glaube deshalb, Japan hat Grund, den Entwicklungsländern gegenüber aufgeschlossen zu sein."

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Irak wird das Geld knapp

Von Peter M. Ranke

Golfkrieg ohne Ende: Nach den gescheiterten Angriffen im Februar und April haben die Iraner nun eine dritte Offensive gestartet. Trotz hoher Verluste sind iranische Truppen und jugendliche Revolutionsgarden bis zu fünfzehn Kilometer in irakisches Gebiet vorgestoßen.

Aber kriegsentscheidend könnte die Offensive erst werden, wenn es gelänge, die Verbindung zum befreundeten Syrien über irakisches Gebiet nördlich von Mossul herzustellen und die irakische Öl-Pipeline an die türkische Mittelmeerküste abzuschneiden. Zu einem solchen Entscheidungsschlag ist Teheran jedoch nicht mehr fähig.

Auch ohne weitere militärische Niederlagen freilich kann Irak seinen Krieg nicht mehr finanzieren. Viele Bauvorhaben und Entwicklungsprojekte sind gestoppt, die Gläubiger fordern Devisen. Aber Bagdad, mit rund dreißig Milliarden Dollar Schulden belastet, kann nur noch in Raten zahlen. Denn auch die Hilfsbereitschaft der arabischen Golf-Länder nimmt ab, seit ihre Öl-Einnahmen drastisch gesunken sind.

So verliert Irak den Golfkrieg, der zum zermürbenden Abnutzungskrieg geworden ist, an der Wirtschaftsfront. Selbst wenn Irak einen Verzweiflungsakt unternähme wie die Lahmlegung der iranischen Öl-Exporte durch seine neuen französischen Exocet-Raketen, brächte das keine Entscheidung, sondern nur die Gefahr, daß der Golf für alle Tanker zu gefährlich wird. Der Glaubenskrieger Khomeini ist anscheinend nicht mit Waffen zu schlagen.

Bolivars Vermächtnis

Von Heinz Barth

Seine Vorfahren ließen ein Weltreich ihren müden Händen entgleiten. Sie müssen wohl in ihren Prunksärgen der achteckigen Königsgruft unter dem Hochaltar des Escorial rotieren, nun, da Juan Calos I., ihr Nachfolger auf Spaniens Thron, eine Ehrung akzeptierte, die im Namen ihres historischen Erzfeindes, des großen „Libertador" Simón Bolivar, verliehen wurde.

Gerade zweihundert Jahre sind vergangen, seit der spätere Befreier von fünf südamerikanischen Republiken in Caracas zur Welt kam. Anlaß genug für seine venezolanische Heimat, einen Simón-Bolivar-Preis zu stiften, den die Unesco jetzt zum ersten Mal vergab – ausgerechnet an einen jener in Lateinamerika ehedem verhaßten Bourbonen, gegen die Bolivar, ein Jünger Rousseaus, im Namen des republikanischen Idealismus die Unabhängigkeit des Subkontinents erkämpft hatte.

Überrascht hat diese Geste der Versöhnung nicht. Spaniens Beziehungen zu Südamerika, kühl bis eisig unter Franco, haben sich erwärmt. Der Modernismus der jungen Monarchie findet in den Nachfolgestaaten des Kolonialreiches allgemeine Anerkennung. Bei mehreren Besuchen jenseits des Südatlantiks betrieb das Königspaar erfolgreiche Image-Pflege. Als tragende Kraft der Demokratisierung Spaniens errang Juan Carlos weltweite Popularität, die durch seine bisher reibungslose Zusammenarbeit mit einer sozialistischen Regierung in den Augen der Südamerikaner noch zunahm.

Der ihm verliehene Preis stellt einen Vorschuß auf den Beitrag dar, der von Spanien zur Überwindung der Krise Zentralamerikas erwartet wird. Dabei entbehrt die Ehrung nicht der Hintergründigkeit. Sie wurde ihm im Namen der Freiheit zuteil, wie sie heute in der Dritten Welt verstanden wird. Aber ist das noch die Freiheit, wie sie der Befreier Bolivar verstand? Er hinterließ uns das Wort, es gelte, den Staat zwischen der Scylla des Despotismus und der Charybdis der Anarchie durchzusteuern. Das ist noch heute das Problem Lateinamerikas.

Kolumbus und die Folgen

Von Enno v. Loewenstern

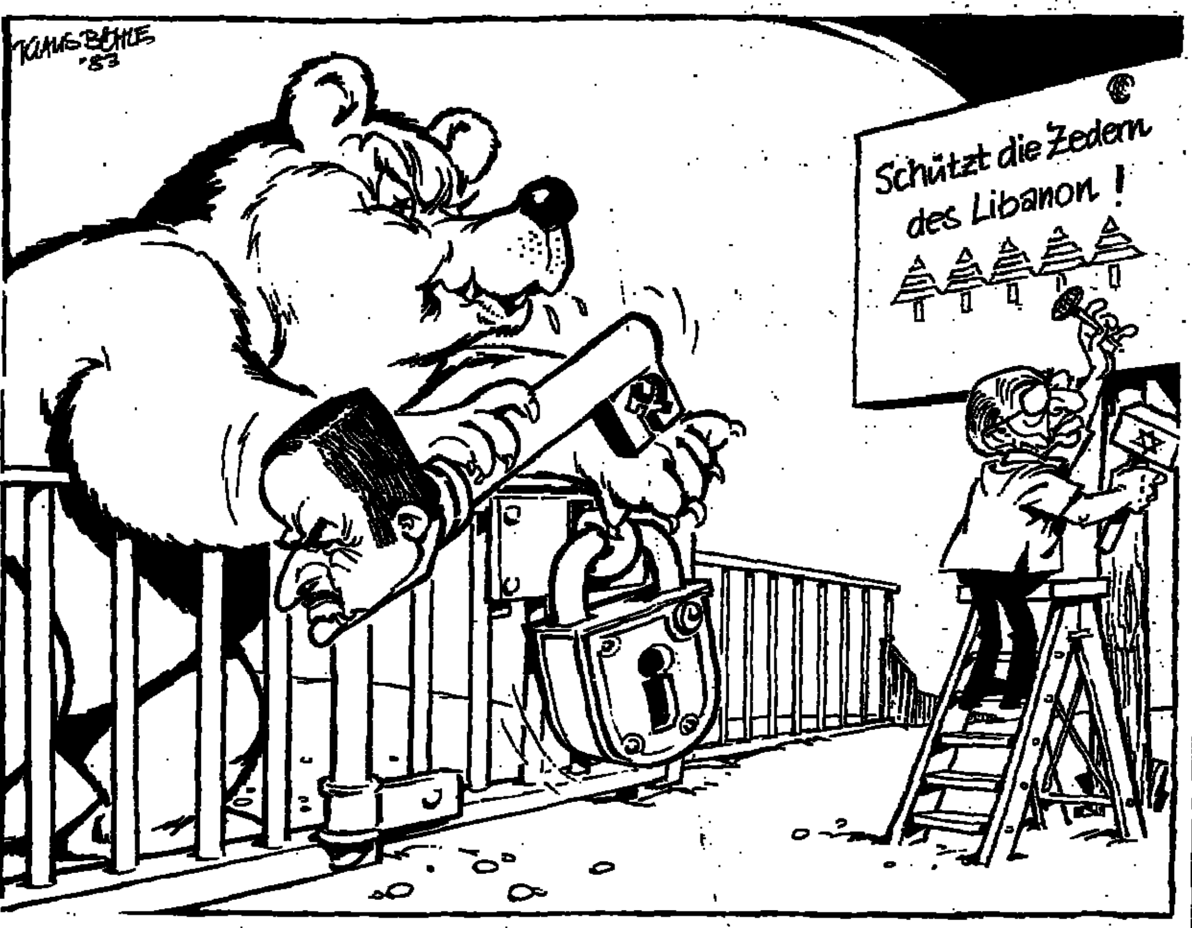
Ein kühner Unternehmer namens Vitar Alzar Ramirez baut die drei Karavellen des Kolumbus nach, um im Jubiläumsjahr 1992 die größte Entdeckungsreise der Menschheit nachzuveranstalten. Die „Santa Maria" wird demnächst fertig, die „Pinta" und die „Niña" sollen folgen. Aber jetzt schon ist der arme Kerl am Rande der Pleite. Er hat bereits zwei Millionen Dollar ausgegeben.

Damit ist immerhin eins vor Augen geführt: was für ein finanzielles Risiko Kolumbus bzw. seine Financiers eingingen. Nacheinander wiesen König Johann von Portugal und die beiden reichsten Männer Spaniens, die Herzöge von Medina Sidonia und Medina Celi, den Bittsteller ab, ehe die Allerkatholischsten Könige von Spanien schließlich selbst das Geld lockermachten – Königin Isabella angeblich unter Verpfändung ihrer Juwelen.

In einem gewissen Sinn trifft der Witz also schon zu, den Willy Brandt einmal erzählte: Wer war der erste Sozialist? Kolumbus. Als er losfuhr, wußte er nicht, wo es hinging. Als er ankam, wußte er nicht, wo er war. Und die ganze Zeit fuhr er auf fremdes Geld.

Man kann das ergänzen: Er fuhr auch noch auf eine völlig falsche Theorie hin los. Denn er wollte nach China, und seine Distanzberechnung fußte auf einer Messung des Erdumfangs durch den Araber Al Fargani im neunten Jahrhundert, die auf dreizehn Meilen genau stimmte – nur: Kolumbus legte irrtümlich die kürzere spanische Meile zugrunde. Hätte er die wahre Entfernung nach China gekannt, wäre er wohl nie losgesegelt.

Insofern beweist das Unternehmen des Alzar Ramirez nicht viel; er kennt die Strecke und hat zudem Funk und Hilfsmotor dabei. Kolumbus hingegen ging, vom finanziellen Risiko Ferdinands und Isabellas abgesehen, ein für jene Zeit unermeßliches persönliches Risiko ein. Wäre er wirklich der erste Sozialist gewesen, so hätte er sich erst einmal eine pensionsberechtigte Lebensstellung ergattert und dann andere vom Schreibtisch aus losgeschickt.



Schlüsselgewalt

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Persönlichkeit und Geschichte

Von Milovan Djilas

Als der Pole Wojtyla zum Papst gewählt wurde, habe ich mich anfangs gefragt: Wie kommen die katholischen Kirchenfürsten zu einem so weisen Entschluß? Es war nicht die Wahl Wojtylas zum Papst, die mich begeisterte – denn über ihn wußte ich so gut wie nichts –, sondern die wohldurchdachte Wahl eines Kirchenfürsten aus dem Osten, und dazu noch eines Polen, trotz der bestehenden Traditionen und Einflüsse im Vatikan.

Ich begriff diese Wahl als Ausdruck des Willens der Kirche, ihren Einfluß im Osten zu verstärken, aber zugleich auch als weitgespannten, spontanen und vorbedachten Plan, Verbindungen zwischen dem Westen und Osten wiederherzustellen, die durch Ideologien, politische Systeme und Hegemonien unterbrochen worden sind. In diesem Sinne stellte die Wahl eines Polen die natürliche Konsequenz dar.

Bald zeigte sich allerdings, daß meine Auffassung sowohl unzureichend wie einseitig war. Unzureichend, weil ich im neuen Papst zwar das Symbol und das Werkzeug, nicht aber die Persönlichkeit zu erkennen vermochte. Einseitig, weil ich zwar die politischen und sozialen Konsequenzen, nicht aber die geistigen Begegnungen erfaßte, welche die Wahl einer bestimmten Persönlichkeit zum Papst – und erst recht eines solchen aus dem Osten –, auslösen mußte.

Fruchtlos wären die tausendjährige Weisheit und Erfahrung der Kirche, ein Fehlgriff wäre auch die Wahl eines Polen gewesen – wenn Wojtyla nicht zugleich eine Persönlichkeit von außergewöhnlichen Eigenschaften wäre, sowohl was seine Intellektualität, als auch, was seinen Charakter betrifft. Dieser Papst spricht die Sprache und kennt die Ängste und Leiden des Menschen der Gegenwart. Das Außergewöhnliche dieses Papstes kann man bereits aus seinem Gang und seinen Gesten, seinem gütigen Lächeln und seinem edlen und durchdringenden Blick erkennen.

Dieser Papst hält sich streng an die Zeremonien und das Protokoll. Aber wenn er zum Gebet niederkniet, wenn er den Boden jener Staaten küßt, welche er besucht – dann sieht man sofort, daß er nicht nur aus Pflichtgefühl und Überzeugung betet, sondern mit seinem ganzen Wesen. Er küßt nicht nur ein Symbol und nicht nur symbolisch, sondern mit seiner ganzen Seele: den Boden, der ihm teuer ist, den er als sein eigen empfindet.

In seinem Aussehen gleicht der Papst vor allem einem Arbeiter bäuerlicher Herkunft. Er ist von fester, erdverbundener Statur, aber zugleich gibt es bei ihm eine verfeinerte intellektuelle Haltung und einen durchgeistigten Ausdruck. Man erkennt gütige, zugleich durchdringende und wissende Augen sowie einen durchgeistigten, um das Leid der Menschheit wissenden Ausdruck des Gesichts. Über allem aber: Verständnis und Kenntnis für alles, was menschlich ist – für alle menschlichen Sünden und Freuden, für alles menschliche Unglück und allen Zweifel. Johannes Paul II. wird zu Recht als „Papst der Menschenrechte" bezeichnet. Ich würde sogar sagen, daß er noch mehr ist: nämlich ein menschlicher Papst. Er leidet an den Leiden des Menschengeschlechtes nicht um des Leidens willen, sondern um gegen das Leiden zu wirken.

Niemand weiß, wie die Geschichte den Papst Wojtyla einst einordnen wird – und ihn selber wird diese Frage gewiß unvergleichlich viel weniger interessieren als das Werk, dem er sich gewidmet hat. Aber bereits heute steht fest: Ein solcher Papst konnte nur aus dem Osten kommen und nur aus Polen. Denn der Osten, Polen, der Papst stellen als das akuteste Problem – und es handelt sich um ein ewiges Problem – das Leben, das Schicksal, die Freiheit sowohl der menschlichen Persönlichkeit wie der Nationen in den Vordergrund. Das aber ist mehr als ein Problem. Das ist die Vorbedingung der gesamten Existenz.

Den Papst aus dem Osten hat aber der Westen gewählt – denn der Westen hat die Mehrheit im Kardinalskollegium. Darin liegt mehr als ein Symbol oder als politische Weisheit. Der Westen und die freie Entwicklung von Persönlichkeiten und Nationen sind schicksalhaft abhängig von den Entwicklungen im Osten.

Wie bei jedem bedeutenden, zu einem Umbruch führenden Ereignis findet auch diesmal die spontane Entwicklung jene Persönlichkeit, welche dem Lauf der Dinge sowohl die gedankliche Grundlage als auch die Richtung gibt. Oder umgekehrt: Die begabte Persönlichkeit spürt, erfaßt und erkennt das Maß des spontanen Laufes der Entwicklung. Haben sich nicht in Papst Wojtyla die Ängste des Westens mit dem Leiden des Ostens in der Suche nach einem Ausweg aus dem drohenden atomaren Tod und aus dem Vegetieren in Unfreiheit miteinander verbunden?

Denn der Papst schreckt vor Schwierigkeiten und vor der Ungewißheit nicht zurück. In der Auseinandersetzung mit der Realität kann er auch Fehler machen – warum auch nicht; nur jene, die nichts tun, sind fehlerfrei. Aber diese Fehler werden verblassen vor der Breite und Weite seines Unterfangens und vor seinem Streben nach dem Guten und nach der Freiheit. Nichts bringt ihn ab von seinem Weg. Keine Spur – jedenfalls, was seinen Geist und seine Aktivität betrifft – hat das Attentat bei ihm hinterlassen. Am Papst ist das Märtyrertum nicht sichtbar, doch das Märtyrertum ist vorausbestimmt, das Märtyrertum ist eingewebt in sein Streben wie auch in die Existenz der ganzen Menschheit.

Er ist ein Papst, den nur die Anhänger der „unfehlbaren", „vollkommenen" Lehre, also die Anhänger der Finsternis und der Unfreiheit, hassen können.

GAST-KOMMENTAR



Milovan Djilas, früher Titos Stellvertreter und Chefideologe der jugoslawischen KP, lebt heute als Schriftsteller in Belgrad FOTO: CAMERA PRESS

IM GESPRÄCH Joop Ave

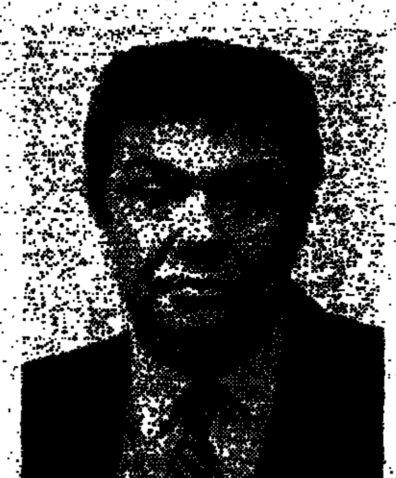
Indonesiens Gastgeber

Von Christel Pilz

Zum Empfang der Touristen, die am 1. April erstmals ohne Visum in Indonesien einreisten, war Joop Ave persönlich zum Jakartaer Flughafen Harlim gekommen. Leicht vornübergebeugt, empfing der hünenhafte Generaldirektor für Tourismus die Gäste und hängte jedem ein Blumengebinde um.

Ein Jahr lang hatte Joop Ave gegen Bürokratie und Sicherheitsbedenken der Militärs gekämpft, die Angst vor Kommunisten, radikalen Muslims und unfreundlichen Journalisten hatten. Nachdem die Visabarriere gefallen ist, können Ausländer aus 27 Ländern, darunter aus der Bundesrepublik, bis zu zwei Monate lang im Lande bleiben. Drei weitere Flughäfen auf den Inseln Sumatra, Ambon und Irian Yaya haben internationalen Status erlangt, und die staatliche Fluggesellschaft Garuda hat ihre Flüge nach Europa auf siebenmal pro Woche verstärkt.

„Ich bin in mein Land verliebt", erklärte der für einen Indonesier ungewöhnlich große und breitschultrige Mann. Er tritt offen auf, westlichen Ausländern gegenüber asiatisch charmant, in der Sache direkt. Er verlangt Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit, gibt selbst das Vorbild dazu. Sein Leben lang war er Diplomat, eine Karriere, die er als Neunzehnjähriger begonnen und nie bereut hat. Aber abgesehen von fünf Jahren bei der UNO in New York hat er all die Jahre zu Hause verbracht. Als rechte Hand des früheren Außenministers und die letzten sieben Jahre als Protokollchef des Präsidenten. In dieser Funktion brachte er im Juli 1979 die Außenminister der Asean und ihrer Dialogfreunde aus der industrialisierten Welt dazu, gemeinsam „Auf Wiedersehn, bleib nicht so lange fort" zu singen – so ein Mensch muß ja Touristikchef werden.



Brachte Staatsgäste zum Singen: Tourismus-Chef Ave FOTO: DIE WELT

Seine Ernennung erfolgte vor einem Jahr, als wegen der Ölflaute die Deviseneinnahmen sanken und Indonesiens Entwicklungsplaner sich auf den Ausbau anderer Devisenquellen besannen. Während der benachbarte Inselstadtstaat Singapur pro Jahr über zwei Millionen Besucher registriert, sind es in Indonesien nur eine halbe Million. Dabei verfügt gerade Indonesien über unzählige touristische Attraktionen. Indonesien ist das Land der Inseln und Vulkane, der Götter und Dämonen, die in kunstvollen Kultstätten, die Wechsel der Geschichte überlebten, wie die Chandis auf dem zentraljavanischen Dieng-Plateau, wie der Götterberg Borobodur, der Hindutempel Prambanan oder die ganze Insel Bali beweisen. In Naturschutz- und Marineparks können Urlauber im Dschungel campen, Steinzeit-Stämme besuchen, von pulverfeinen Sandküsten aus zum Tauchen ausschwimmen. Vieles verlockt zum Entdecken dieses Landes, das mit über 17 000 Inseln das größte Archipel der Welt und mit 150 Millionen Menschen die fünftgrößte Nation darstellt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Strauß-Reisen nach Polen und zu Honecker beschäftigen viele Zeitungen

Münchner Merkur

Strauß schlägt auch ganz neue Töne an. Durch die Pakete, die wir nach Polen schicken, sieht er die Würde des polnischen Volkes beeinträchtigt. Beeinträchtigt ist in Wahrheit doch nur das Prestige des unfähigen, verhaßten polnischen Regimes ... Er äußert sogar Verständnis dafür, daß man in Polen „das Chaos eindämmen mußte". Und durfte dafür Lob von der Parteizeitung einheimsen. Der CSU-Vorsitzende fühlt sich mißverstanden, falsch und gehässig interpretiert. Er wird sehr viel erklären müssen, wenn er der Riesenschar der Zweifler wirklich begreiflich machen will, daß er keinen Zentimeter von seinen bisherigen Grundsätzen abgewichen sei. Oder er muß seine neuen Grundsätze erläutern. Oder seine Ambitionen.

Kölner Stadt-Anzeiger

Daß Strauß, der noch vor kurzem Ost-Berlin des „Mordes" beschuldigte, dem umgekehrt eine „Konfrontationspolitik in Reinkultur" angekreidet wurde, jetzt mit Honecker vor den Kameras scherzt, bedeutet ja nicht nur einen klimatischen Umsturz. Der Mann, der zu Recht als der hartnäckigste und gewichtigste Gegner jedes Kompromisses mit Kommunisten galt, hat diese Rolle offensichtlich abgeworfen. Er hat in einem atemberaubenden Manöver sogar Kohl und Genscher gewissermaßen links überholt.

SÜDKURIER

Mit vollen Händen sei er in die DDR gefahren, und habe dennoch keinerlei Zusagen konkreter Art erhalten. Ein Fehlschlag sei die Reise gewesen, und der Gast zudem Opfer einer gut präfabrizierten Romanze geworden. So äußerte sich Franz Josef Strauß im Dezember 1981 über das Treffen zwischen dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker und Bundeskanzler Schmidt am Werbellinsee. Nun war der bayerische Ministerpräsident selbst in eben diesem Jagdschloß Hubertusstock, und er hatte denselben Gesprächspartner wie Schmidt vor 18 Monaten. Auch er kam, als Vermittler einer Milliardenbürgschaft, mit vollen Händen, und auch er erhielt keinerlei Zusagen konkreter Art. Oder ist das, wieder einmal, alles ganz falsch und bösartig gesehen? **(Konstanz)**

STUTTGARTER ZEITUNG

Eines zumindest macht diese Begegnung deutlich: Die DDR ist daran interessiert, auch nach einer möglichen Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen den Gesprächsfaden mit der Bundesrepublik nicht völlig abreißen zu lassen. Sie sucht in einer kritischen Situation ganz bewußt den Kontakt gerade auch zu ihren entschiedensten politischen Gegnern.

HEILBRONNER STIMME

Für Strauß hat die jetzt abgeschlossene Privatreise allerdings mehr denn je den Verdacht erhärtet, daß er sich weiter als Möchtegern-Außenminister sieht. Und die beiden Minister Genscher und Windelen werden sich fragen müssen, ob ihre Ressorts jetzt im Maximilianeum angesiedelt sind.

Südwest Presse

Fazit: Franz Josef Strauß hat die Prinzipien, nach denen er bisher Politik betrieben hat, vor allem aber in den 13 Jahren sozialliberaler Koalition, praktisch über Nacht über Bord geworfen ... Noch eine Wende zurück zur alten Meinung kann sich Strauß nicht leisten. **(Ulm)**

RHEINPFALZ

Gewiß wurde in Ost-Berlin lange darüber beratschlagt, ob es zu einem Treffen mit dem CSU-Vorsitzenden kommen soll. Und ganz gewiß ist die Entscheidung erst nach den Erklärungen von Strauß in Polen gefallen. Dadurch konnte der Eindruck erzeugt werden, *daß es* die besseren Einsichten des oft als Revanchisten apostrophierten Strauß waren, die ihm das Entree am Werbellinsee verschafft haben und nicht der schnöde Mammon, den er vermittelt hat. **(Ludwigshafen)**

Wie der britischen Friedensbewegung der Atem ausging

Zu viel Emotion und zu viel Labour verschrecken die Interessenten / Von Fritz Wirth

Ein Marathonläufer, dem in der Zielgeraden die Luft ausgeht, ist ein mitleiderregender Anblick. Den britischen Friedensbewegern und -marschierern, die ihr Wettrennen gegen die Stationierung amerikanischer Nuklearwaffen schon vor zwei Jahren als Langstreckenrennen starteten, droht just dieses Schicksal. Sie sind am Ende ihrer Kräfte, ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, da die Objekte ihres Protestes in Sichtweite rücken. Drei Monate vor der Ankunft der ersten amerikanischen Marschflugkörper in Greenham Common hat sich in der britischen Friedensbewegung physische und argumentative Materialermüdung ausgebreitet. Sie steckt in einer tiefen Krise.

Ihre Kampagne verliert an Wirkung, je näher der Anlaß ihres Protestes ins Zielgebiet rückt. Wie ist das zu erklären?

Die britische Friedensbewegung der letzten zwei Jahre stand auf zwei Säulen. Der relativ kleinen Schar der sogenannten „Friedensfrauen" von Greenham Common, Amateurinnen des Protestes in der Anfangsphase, die an Emotionen appellierten und damit zunächst wenn nicht unbedingt Verständnis, so doch Sympathie auslösten; und der etablierten „Kampagne für nukleare Abrüstung", profihafter, älter und mit Argumenten arbeitend.

So unterschiedlich beide Organisationen sein mögen, sie machten den gleichen taktischen Fehler: Sie hängten sich bei ihrem Protestmarathon an die falschen Schrittmacher an. Sie vergeudeten dadurch nicht nur ihre Energien; sie verloren am Ende auch die Orientierung.

Die „Friedensfrauen" von Greenham Common, die sich vor zwei Jahren als schlichte Bürgerinnen des britischen Mittelstandes von Wales auf den Weg nach Greenham Common machten und sich schließlich dort nur deshalb frustriert niederließen, weil sich niemand fand, der mit ihnen ihr Anliegen diskutierte, machten den Fehler, sich von militanten Feministinnen in den Griff nehmen zu lassen. Das schränkte automatisch ihren Appeal auf eine breite Öffentlichkeit ein.

Sie bieten heute eher den Anblick einer gestrandeten und fehlgeleiteten Hippiesekte. Außerdem ließen sie zu, daß ihr „Friedenslager" von Aktivisten aus Skandinavien, der Bundesrepublik und den Niederlanden internationalisiert wurde. Sie entfremdeten sich damit noch mehr vom britischen Bürger, der ja eigentlich angesprochen werden sollte.

Diese Fehler lassen sich noch mit der naiven Amateurhaftigkeit dieser Gruppe erklären. Im Falle der „Kampagne für nukleare Abrüstung" (CND) unter Leitung des katholischen Monsignore Bruce Kent jedoch sind taktische Fehlleistungen weniger verständlich. Sie wählte als Schrittmacher die Labour Party mit ihrer radikal unilateralistischen Abrüstungspolitik und machte damit den gleichen Fehler, der dieser Organisation schon in den 60er Jahren zum Verhängnis wurde: Sie begab sich aufs Terrain der Parteipolitik und entfremdete sich damit jener Gruppe, die der wiedererwachten CND vor zwei Jahren so viel Gewicht und der Regierung Thatcher soviel Anlaß zur Sorge gegeben hatte, vom britischen Mittelstand. Es war das Ende ihres Anspruchs, eine nationale Bewegung zu sein.

Wende und Schlüsselereignis für beide Gruppen waren die jüngsten Unterhauswahlen. Diese Wahl zwang die „Friedensfrauen" von Greenham Common zur Argumentation. Es bekam ihnen nicht, obwohl der Wunsch nach Argumentation und Diskussion einst der Grund ihres Auftretens war. Sie waren und sind zu einseitig auf Emotionen festgelegt.

Die Friedensbewegung des Monsignore Kent beteuerte zwar Überparteilichkeit, wurde damit jedoch unglaubwürdig durch ihre Entscheidung, ihre Agitation im Wahlkampf auf die sogenannten „Marginals", also jene Wahlkreise zu konzentrieren, in denen die Konservativen wegen knapper Mehrheitsverhältnisse besonders verwundbar waren. Die Folge: die Anti-Nuklear-Bewegung geriet voll in die Wahl-Konkursmasse der Labour Party. Sie wird lange Zeit brauchen, sich dem Windsog dieses Schrittmachers wieder zu entziehen.

Kein Zweifel, sie werden weiter demonstrieren und protestieren. Es werden jedoch Rufe ohne Echo bleiben. Sie werden zusammen mit ihren falschen Schrittmachern unter ferner liefen durchs Ziel gehen.







WIE WAR DAS?

Als die Griechen die Amerikaner riefen

Von E. ANTONAROS

Die amerikanischen Stützpunkte, deren Räumung auf Wunsch der in Athen regierenden Sozialisten in fünf Jahren beginnen soll, sind bisher fast auf den Tag genau 30 Jahre alt geworden. Der Gründungsvertrag, der nun vom neuen Stützpunktabkommen ersetzt worden ist, wurde im Jahre 1953 unterzeichnet und in den Jahren danach durch 107 Teilverträge, Annexe und Verlautbarungen ergänzt.

Damals regierte in Athen der Feldmarschall Papagos, ein konservativer ehemaliger Offizier mit politischen Fähigkeiten, der die starke Anlehnung an die Amerikaner befürwortete. Griechenland war kurz zuvor NATO-Mitglied geworden, und Papagos wollte durch die Ankoppelung der Griechen an die Weltmacht Amerika eine Wiederholung dessen verhindern, was er als Griechenlands oberster Kriegsherr erlebt hatte: Von 1944 bis 1949 tobte zwischen Mazedonien und dem Peloponnes der Bürgerkrieg zwischen dem bürgerlichen Lager und den Kommunisten.

Kein anderes europäisches Land hatte nach dem 2. Weltkrieg einen so brutalen Bürgerkrieg erlebt. Die Kommunisten, von Moskau aktiv unterstützt, stießen vor allem in den Jahren 1944 bis 1946, als der von den Nazis demontierte Staatsapparat nicht richtig funktionierte, überall vor. Zeitweilig waren sie an der Schwelle zur Macht, sie massakrierten wahllos ihre Gegner, sie hielten sich nicht an politische Vereinbarungen, sie wollten Griechenland dem kommunistischen Lager einverleiben.

Den Sieg gegen die Kommunisten hatte der bürgerliche Block weitgehend den Engländern, Griechenlands bisherigen Schirmherren im Westen, und vor allem der angehenden Weltmacht Amerika zu verdanken. Der Bürgerkrieg hatte nicht nur zur Folge, daß 10 000 kommunistische Guerilla-Kämpfer mit ihren Familien in die Ostblock-Länder flüchteten, er verlangsamte auch Griechenlands wirtschaftliche Entwicklung um etliche Jahre. Mit Hilfe des vom damaligen US-Außenminister Marshall konzipierten Hilfsprogramms wurde die Wirtschaft wieder angekurbelt. Mit Ausnahme der Kommunisten, deren Partei verboten wurde, wollten damals fast alle Griechen die amerikanische Präsenz in ihrem Lande.

Mit der Zeit änderten sich jedoch die politischen Realitäten. Auch die Basen, wo heute knapp 3700 US-Militärangehörige stationiert sind, übernahmen neue kompliziertere Aufgaben: Nicht nur der Sowjetbereich wurde von den Horchposten „abgehört", auch im Raum Nahost übernahmen diese Einrichtungen eine wichtige Rolle. Die Einstellung der Griechen gegenüber den Amerikanern wurde kritischer: Sehr viele, keineswegs links eingestellte Griechen sind heute noch fest davon überzeugt, daß Washington 1965 beim Sturz der populären Zentrumsregierung von Georgios Papandreou, des Vaters des heutigen Premiers, die Finger im Spiel hatte. Auch eine Duldung der zwei Jahre später erfolgten Machtübernahme durch die Obristen wird den Amerikanern angekreidet. Schließlich wirft Athen den Amerikanern heute noch vor, nichts zur Verhinderung der türkischen Invasion auf Zypern im Sommer 1974 unternommen zu haben.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß Papandreou den jetzt abgeschlossenen Stützpunktvertrag seinen Landsleuten als eine „Vereinbarung zur endgültigen Entfernung" der noch vor einigen Monaten als „Todesbasen" bezeichneten Stützpunkte präsentiert. Es muß nicht so kommen. Beide Seiten haben nunmehr fünf Jahre Zeit, um eine neue Vertrauensbasis zu schaffen. (SAD)



Ein Markenzeichen aus freier Hand: In der Königlich-Preußischen Porzellan-Manufaktur FOTO: KLAUS MEHNER

Bei Spezialitäten zeigt die Berliner Wirtschaft Muskeln

Ein Vorurteil hat sich festgesetzt: Die Berliner Wirtschaft bestehe nur aus verlängerten Werkbänken westdeutscher Großfirmen und erstarre in ideenarmer Subventionsmentalität. Ein Klischee – das einer Nachprüfung nicht standhält.

Von PETER PHILIPPS

Mit unverkennbarem Stolz hat die Industrie- und Handelskammer zu Berlin kürzlich die Export-Bilanz des vergangenen Jahres vorgelegt: Mit einem nominalen Wachstum von 9,2 Prozent auf 6,6 Milliarden Mark hat die Ausfuhr der Berliner Wirtschaft kräftiger zugenommen als im übrigen Bundesgebiet (plus 7,8 Prozent). Wer mit dem Flugzeug in die Stadt einschwebt, sieht unter sich die Grundlage für diesen Erfolg: eine Industrielandschaft, zu deren Struktur und Abwechslungsreichtum es wenig Vergleichbares gibt.

Etwa 2650 Produktionsbetriebe sind über Berlin verstreut mit rund 189 000 Beschäftigten. Sie arbeiten zu 38 Prozent in Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten, zu einem gleich großen Prozentsatz in Firmen mit 100 bis 1000 Mitarbeitern und zu 24 Prozent in Betrieben mit weniger als 100 Arbeitern und Angestellten. Die angebotene Produkten-Palette reicht von kompletten Stromerzeugungsanlagen über hochwertige chemische Produkte bis zur Zigaretten-Fabrikation. Hinzu kommt ein breit gefächerter Dienstleistungssektor.

Trotz eindrucksvoller Großbetriebe mit klangvollen Namen bilden dabei die kleinen und mittleren Unternehmen das eigentliche Rückgrat. Sie haben sich mit Spezialitäten ihre Märkte gesucht.

Einer dieser mittelständischen Betriebe ist die staatliche Porzellan-Manufaktur KPM. Rund 450 Mitarbeiter produzieren am Rande des Tiergartens hochwertiges Kunst- und technisches Porzellan. 1751 wurde das Unternehmen gegründet, 1763 von Friedrich dem Großen gekauft, und heute ist es Eigentum des Landes Berlin. Was der Preußen-König selbst initiierte und später Künstler vom Range eines Schinkel entwarfen, hat auch heute noch, dank eines rührigen Managements, seinen wachsenden Markt im In- und Ausland. Die einzige Porzellan-Manufaktur, die ihre Service noch in absoluter Freihandmalerei fertigt – selbst das berühmte Meißen macht da schon Abstriche –, hat ihre Produkte nicht nur in allen Botschaften der Bundesrepublik Deutschland stehen. Um auch in Zukunft die Nachfrage befriedigen zu können, hat das Unternehmen in den vergangenen fünf Jahren durch eine aufwendige Nachwuchs-Ausbildung eine Malerei-Leistung aufgebaut, die nach Einschätzung des kaufmännischen Geschäftsführers Grimming „einmalig in der Welt ist".

Noch stärker exportorientiert (50 Prozent gehen ins Ausland) ist das technische Porzellan der KPM. Seit 1780 werden die auf Initiative Friedrichs des Großen in diesem Unternehmen erfundenen Laborgeschirre produziert. Sie sind extrem säurebeständig, hart wie Stahl, hochisolierend und dazu noch so hitzebeständig, daß man sie ohne Schaden aus der Tiefkühltruhe auf die heiße Herdplatte und anschließend wieder in die Tiefkühltruhe stellen kann.

Knapp 25 Millionen Mark Umsatz hat die KPM im vergangenen Jahr gemacht. Die für die Zukunft gesteckten Ziele sind ehrgeizig. Dazu gehört auch als Novum, daß man in den kommenden Jahren alle Fachhändler über das System der „geschlossenen Benutzergruppe" an Bildschirmtext anschließen will. Grimming: „Vertriebstechnisch bedeutet dies den Schritt vom 19. ins 21. Jahrhundert."

Viele Kilometer weiter westlich der KPM ist in Berlin ein anderer Spezialitäten-Betrieb angesiedelt. Nicht so geschichtsträchtig, aber als Beispiel für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft dieser Stadt ebenso gut geeignet: die WAM, Kürzel für Waren-Auszeichnungs-Maschinen.

Zwei aneinandergebaute Fabriken leitet der geschäftsführende Gesellschafter Klaus Osterhof, Sohn des Firmengründers und ehrenamtlicher Arbeitgeber-Präsident in Berlin: In der einen werden auf den vom Unternehmen selbst entwickelten und patentierten Maschinen Endlos-Etiketten und hochwertige Formulare gedruckt, in der anderen werden die Maschinen gebaut, mit denen Kunden diese Etiketten auszeichnen können.

Daß dieser Betrieb mit seinen insgesamt rund 250 Mitarbeitern und mit einem Jahresumsatz in der Größenordnung von 25 Millionen Mark international einen guten Ruf hat, beweist nicht nur die für deutsche Firmen inzwischen ungewöhnlich gewordene Tatsache, daß die Japaner den Etiketten-Druck in Lizenzfertigung übernommen haben: Allein aus dem Maschinenbau-Bereich gehen 38 bis 40 Prozent der Produktion in den Export. Und die Produkte der Etiketten-Druckerei findet man nicht nur an Röcken und Mänteln bei C&A, sondern vor allem im Ostblock. Dort werden sie nicht nur für die Auszeichnung der Exporte in den Westen benötigt, sondern kleben beispielsweise auch auf den Marmeladen- und Honig-Gläsern im Moskauer Gum-Kaufhaus.

Die WAM, die nach eigenen Angaben im Bereich des Etiketten-Drucks zu den sechs Größten in der Bundesrepublik Deutschland gehört und im Bereich des Maschinenbaus Marktführer ist, hat sich trotz der Erfolge in den vergangenen Jahren weder auf Lorbeeren noch auf Subventionen ausgeruht. Sukzessive wurden neue Produkte entwickelt und neue Märkte erschlossen, wodurch die Folgen der weltweiten Rezession aufgefangen werden konnten. Der Anteil der elektronischen Auszeichnungsgeräte, die vom Maschinenbau-Bereich heute verkauft werden, hat beispielsweise inzwischen schon rund 50 Prozent erreicht.

Osterhof ist überzeugt, daß Berlin gerade Spezialitäten-Firmen, die „hochwertige Produkte" herstellen, ausgezeichnete Chancen bietet. Die Novellierung des Berlin-Förderungsgesetzes am Ende des vergangenen Jahres, durch die die Hilfen stärker als zuvor an den tatsächlichen Leistungen der Berliner Unternehmen orientiert werden sollen, hat nach seinen Erfahrungen gute Erfolge gezeigt.

Berlin – eine fußkranke Wirtschaft, die nur nach Subventionen ohne Gegenleistung schielt? Die KPM und die WAM, beide willkürlich aus der großen Palette der kleinen und mittleren Produktionsbetriebe herausgegriffen, zeigen exemplarisch das Gegenteil.

Günter Wilitzki, Geschäftsführer der „Berliner Absatz-Organisation" (BAO), beschreibt die Lage so: „Auffallend ist, daß eine große Zahl von Mittel- und Kleinbetrieben lebhaft am Export beteiligt ist. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Unternehmen, die ihre Fertigung aufgrund ihrer hohen technischen Spezialisierung und Entwicklung zu einem großen Teil auf dem Weltmarkt absetzen." Die BAO, eine Einrichtung der Industrie- und Handelskammer, leistet dabei nicht nur mit der Vermittlung von Know-how, sondern auch ganz praktisch durch die Organisation von Einkäufertagungen in Berlin tatkräftige Hilfe.

Dabei ist es für Außenstehende durchaus erstaunlich, daß es im Geschäftsverkehr mit dem Ostblock einschließlich der Sowjetunion so gut wie keine Probleme gibt, im Gegenteil: Der Export Richtung Moskau im vergangenen Jahr hat sogar um 84 Prozent zugenommen. Im gleichen Atemzug kann man dann von Berliner Unternehmern aber hören, daß für viele Betriebe im übrigen Bundesgebiet Berlin immer noch ein weißer Fleck auf der Firmen-Landkarte ist. Dort gilt die Stadt immer noch als unsichere Insel fast wie zu Zeiten der Luftbrücke.

Zwei Probleme sind es vor allem, die neben den gesamtwirtschaftlichen Daten der Berliner Wirtschaft Beschwernis bereiten: Die besondere Lage der Stadt, das fehlende Um- und Hinterland bedingen, daß weder ein genügend großes Reservoir für Wohnraum vorhanden ist noch hochqualifizierte Facharbeiter der Anziehungskraft der Metropole folgen können.

Dafür hat sich ein drittes Problem inzwischen zu einem ansehnlichen Posten auf der Habenseite der Bilanz entwickelt: Die Berliner Universitäten, insbesondere die TU, haben sich vom Schreckgespenst zum guten Geist gemausert. In immer stärkerem Maße beginnt die Wirtschaft die inzwischen wieder befriedeten Einrichtungen der Hochschule zu nutzen. Denn auch dies gehört zu Berlin: ein Forschungs- und Entwicklungspotential, das in dieser Dichte keine andere Region in der Bundesrepublik aufbieten.

Die „Flüchtlinge" entdecken ihre Heimatdörfer wieder

Als junge Leute zogen sie aus ihrem Dorf in die Stadt, die Arbeit und Vergnügen versprach. Jetzt, da die Stadt weniger Arbeit bietet, kommen sie zurück aufs Land – als Handwerker, kleine Unternehmer. In Spanien hat eine Stadtflucht eingesetzt, die die Statistik noch nicht erfaßt.

Von ROLF GÖRTZ

An das langsam sterbende Ziegeldach des leeren Schafstalls gelehnt, reihen sich helle Aluminiumbleche, die auf ihren Zuschnitt warten. Den früheren Bauernhof begrenzt eine weißgekalkte Werkstatt, „la fabrica", wie die Leute im Dorfe sagen. Der Alte, die mehr graue als schwarze Baskenmütze verwegen schief über das ebenso ausgeblichene Haar geschoben, hat diese fabrica zusammen mit seinen Söhnen gebaut. Vor drei Jahren, als diese aus Barcelona auf den väterlichen Hof zurückkehrten.

Über zwei Jahrzehnte hat es der Ältere in der fernen Drei-Millionen-Stadt ausgehalten – bis die Aluminiumfabrik, wo er sein Brot verdiente, Pleite machte. So standen die Brüder auf der Straße jener Stadt, die sie nur als Arbeitsstätte, nie als Heimat empfanden.

Was tun? Entweder mit den anderen Arbeitslosen zwischen den nackten Wohntürmen am Stadtrand und in den winkligen Gassen des Barrio Gotico im Zentrum herumgammeln undD warten, bis die Arbeitslosenunterstützung für 18 Monate verbraucht ist – oder zurück ins Dorf der Meseta, anderthalb Autostunden von Burgos, zweieinhalb von Madrid entfernt.

Die Maschinen, die ihnen die Pleitefabrik in Barcelona statt des ausstehenden Lohnes überließ, luden sie auf einen gemieteten Lkw. Den Rest ihrer Habe packten sie in ihre beiden Autos. So fuhren sie zurück ins väterliche Dorf. Penalba de Castro liegt in einer hübschen Erlensenke am Rande eines Felsplateaus mit einer alten Kirche, einer jahrhundertealten Einsiedelei und Häusern, von denen die meisten mit blinden Fenstern in die Vergangenheit starren. Hier arbeiten die Brüder von morgens um acht bis abends um neun Uhr.

„Die Geschäfte gehen nicht mehr so gut wie vor zwei Jahren", sagen sie. Ihnen fehlen zur echten Kostensenkung noch ein paar moderne Maschinen. „Aber wir kommen klar." Sie denken nicht daran, andere Arbeiter einzustellen, sich mit der Sozialversicherung und Gewerkschaften abzuquälen, und versorgen Dörfer und Städte der Umgebung mit Fensterrahmen, Türen und Dächern aus Aluminium und spanischen Fenstergittern aus nichtrostendem Metall: „Vor allem: Hier zahlen die Leute pünktlich für unsere Arbeit – ganz anders als in Barcelona."

Der Zug, der einst in die Stadt führte, fährt wieder zurück aufs Land. Aber die Bauernsöhne von einst sind heute fertige Elektriker, Klempner, „Fabrikbesitzer" oder Lastwagenfahrer wie Amable Marina, ein paar Häuser weiter. Er stand eines Tages in Bern auf der Straße und steuert jetzt den Lastwagen einer Firma der Kreisstadt. Zum Wochenende kommt er mit Frau und Kindern in das väterliche Haus im Dorf.

Unzufrieden mit dem neuen Leben in der alten Heimat sind die Kinder. So lebt eine Heimkehrerfamilie in einem anderen Dorf im Zwiespalt der Generationen. Der Vater schuf sich ein Auskommen als Maschinenschlosser, Elektriker, Allroundman. Die Mutter sorgt sich um die Schweine und das bißchen Land. Aber die drei in der Großstadt aufgewachsenen Kinder zwischen 12 und 17 finden nicht zurück. Gelangweilt staksen sie im Dorf umher – als „Städter" fühlen sie sich den anderen Kindern weit überlegen: „Nicht mal 'ne Disco habt ihr hier." Sie wollen zurück in die Großstadt, in die moderne Wohnung eines Hochhauses.

Die spanische Statistik hat diesen Gegenstrom der Zeit noch nicht erfaßt. Man zählt weiter wie bisher: Zwischen 1960 und 1981 zogen drei von fünf Millionen Menschen vom Land in die Stadt. Heute leben nur noch 17 Prozent der aktiven Bevölkerung von der Landwirtschaft, ihr Anteil am Bruttosozialprodukt beträgt rund acht Prozent. Und ihr Pro-Kopf-Einkommen erreicht gerade ein Drittel dessen, was die Menschen in der Stadt verdienen. Jeder zweite Bauer ist nur im Nebenerwerb Landwirt.

Der Zug in die Städte und Fabriken brachte mehr Menschen in Bewegung als vor Jahrhunderten die Völkerwanderungen in die besiegten Kalifate des den Mauren wieder abgenommenen Al Andalus oder der Sog in die Weiten des Kontinents auf der anderen Seite des Atlantiks. Madrid und ähnlich Barcelona nahmen in der Zeit bis etwa 1973 jährlich um 100 000 Menschen zu. „Wenn du mich heiraten willst, dann nur in Madrid", sagten die Mädchen des Dorfes zu ihren „Paletos". Die jüngste Völkerwanderung veränderte Spanien so sehr, daß etwa in den Vorstädten der baskischen Industriezonen kaum noch Basken wohnen.

Auch in Penalba de Castro nagelten sie, einer nach dem anderen, ihre Fensterläden zu, gaben den schweren, 20 Zentimeter langen Hausschlüssel dem Nachbarn, der immer auch ein Vetter oder Schwager oder sonstwie verwandt ist. Von den 127 „Nachbarn", also etwa 600 Einwohnern, blieben schließlich nur noch 12 Familien zurück. Und nachdem zwei der letzten fünf Schulkinder vor einem Jahr den gemeinsamen Klassenraum verließen, holt der Schulbus die verbliebenen drei Kinder des Dorfes täglich nach Huerta del Re. Die Schule von Penalba, die erst vor 20 Jahren einen Anbau erhielt, wartet nun wie die anderen Häuser darauf, daß die ersten Dachsparren einstürzen und der Regen von oben her das Haus langsam zerstört.

Von den letzten 12 Familien betreiben nur noch vier die Landwirtschaft im modernen Sinne. Sie allein haben genug Land für den nötigen Maschinenpark, sie allein schicken ihre Söhne auf moderne Fachschulen. Für die übrigen acht reichen die wenigen Hektar gerade, um genug zu essen zu haben für einen Job als Flurhüter, Gelegenheitsarbeiter oder Wächter des ausgegrabenen Palastes aus der Römerzeit. Aber alle ernten sie ihren eigenen Wein, lagern ihn in jahrhundertealten, waagerecht in die kühlen Felsen getriebenen „bodegas". Ein leichter reiner Landwein, den man in den Städten nicht kaufen kann.

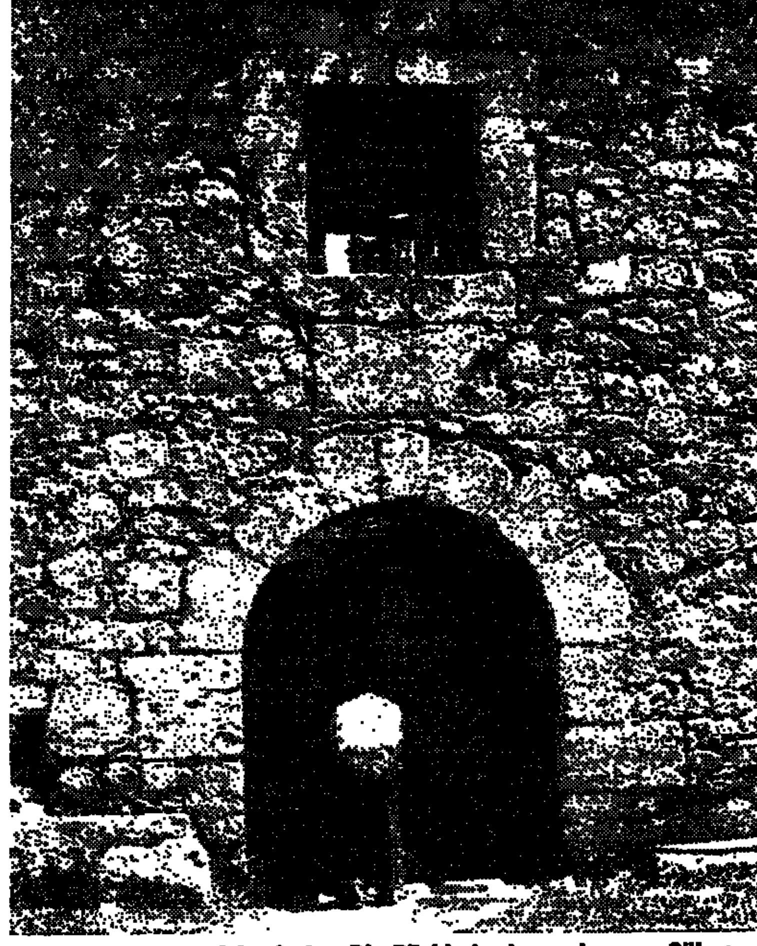
Die Weinernte fällt in die drei Monate, in denen Penalba de Castro auflebt wie in alten Zeiten. Dann reisen 30 Familien aus Madrid, Barcelona und Bilbao an, parken ihre Autos in Schafställen und zeigen einander Kinder und Enkelkinder vor. Das alte Dorf gewinnt einen neuen Reiz.

Die Menschen kommen zu den Schulferien, reparieren die Dächer ihrer Häuser, mauern neue Kamine und tun so, als hätten sie ihr Dorf nie verlassen. Nur zehn Autominuten entfernt herrscht das großstädtisch anmutende Treiben eines modernen Schwimmbades. Und während sich in der Ofenhitze der Madrider Innenstadt lähmende Ruhe ausbreitet, entfaltet sich vor der Einsiedelei von Penalba mit Gottesdienst und Tanz bis in den Morgen die große Fiesta des Dorfes zu Ehren Nuestra Señora de Castro nach einer 500 Jahre alten Tradition.

Weil es keine Umfragen gibt, wissen auch die Soziologen mit dem neuen Phänomen nichts anzufangen: dem Zweitleben eines jungen Mittelstandes, der doch eigentlich wieder um seine Existenz bangen muß. Da gibt es in Galicien im Nordwesten Spaniens versteckte Dörfer zwischen Wäldern, Felsen und Bächen, deren immer wieder zerstückelter Boden schließlich niemanden ernährte. Die Menschen verließen ihre Dörfer, gaben sie aber nicht auf. Nur ein paar Männer, immer auch Verwandte der Abgewanderten, blieben als Wächter, um zu halten, was nur im Sommer lebt.

Dann kommen für die Ferien die Söhne und Enkel der Bauern und Tagelöhner von einst – Architekten, Handwerker, Autoschlosser, Rechtsanwälte, Schulmeister, Lastwagenfahrer und arbeitslose Regisseure. Sie beziehen die flachen, oft windschiefen Häuser ihrer Vorväter, bauen gemeinsam für die Jugend Schwimmbäder, machen aus Scheunen Discos, in denen der Wein nicht bezahlt wird, weil man ihn selber anbaut. Sommergemeinden eines Landes, dessen Rhythmus sich an der Sonne orientieren muß.

Natürlich, in den heißen, schattenlosen Dörfern Andalusiens und der Estremadura wird sich diese Entwicklung nicht einstellen. Dorthin geht der Zug nicht zurück. Dort beginnen verzweifelte Tagelöhner die Güter zu besetzen, brennen Hungernde die Getreidefelder der Reichen nieder. (SAD)



Das Tor öffnet sich wieder: Die Rückkehr der verlorenen Söhne FOTO: ROLF GÖRTZ

Abe: Sicherheit des Westens ist unteilbar

dpa/rtr, Tokio/Washington

Die Bundesregierung hat bei außenpolitischen Konsultationen mit Japan versichert, daß sich an der deutschen Position zum NATO-Doppelbeschluß trotz der jüngsten Debatte um den sogenannten „Waldspaziergang"-Kompromiß in Genf nichts geändert habe. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Berndt von Staden, und sein japanischer Amtskollege Nobuo Matsunaga bekräftigten bei zweitägigen Gesprächen ihre Auffassung, daß eine Verlagerung gegenwärtig auf Westeuropa gerichteter sowjetischer SS-20-Raketen nach Fernost keine akzeptable Lösung der Genfer Mittelstrecken-Raketenverhandlungen wäre.

Nach Angaben eines japanischen Regierungssprechers hat Außenminister Abe in seinem halbstündigen Gespräch mit von Staden noch einmal auf die „Unteilbarkeit der Sicherheit des Westens" hingewiesen. Unter diesem Grundsatz, der auch in die von allen sieben Teilnehmerländern unterzeichnete politische Erklärung beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg Eingang gefunden hat, unterstützt Tokio ausdrücklich den NATO-Doppelbeschluß, verlangt aber die Berücksichtigung seiner eigenen Sicherheitsinteressen bei den Genfer Verhandlungen.

„Zivile Lackierung Polens genügt nicht"

AP/dpa, Bonn/Freiburg

Die Bundesregierung macht die künftige Gestaltung der Beziehungen zu Warschau vom Ausgang gründlicher Beratungen mit ihren Verbündeten in der atlantischen Allianz und den EG-Partnern abhängig. In einem Beitrag für den Pressedienst der Union wies der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, gestern darauf hin, daß auch nach der Aufhebung des Kriegsrechts Vorsicht geboten sei. „Eine zivile Lackierung des seit Dezember 1981 herrschenden Zustandes genügt nicht", schrieb Mertes.

Auf Kritik sind die jüngsten Äußerungen von Franz Josef Strauß in Polen über die Aufhebung des Kriegsrechts bei Vertretern der in Polen verbotenen Gewerkschaft „Solidarnosc" gestoßen, die im Westberliner Exil leben. Der Sprecher des „Komitees zur Verteidigung von Solidarnosc" in Berlin, Edward Klimczak, schrieb gestern in einem offenen Brief an Strauß, er reagiere „mit Befremdung und großer Verbitterung auf die sinngemäße Äußerung" des bayerischen Ministerpräsidenten, wonach die Errichtung der Militärdiktatur in Polen dem Chaos in dem Land Einhalt geboten hätte.

Gegen ein Ende der Päckchen-Aktion für Polen haben sich das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Caritas-Verband ausgesprochen. Im Saarländischen Rundfunk widersprachen damit gestern Vertreter dieser Hilfeorganisationen Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Später hatte Strauß klargestellt, daß er sich lediglich gegen eine weitere Subventionierung der Paket-Aktion gewandt habe.

Das Problem Augsburg ist für die CSU nur formell gelöst

Schiedsgericht schließt 14 Parteimitglieder aus / Konkurrenz bei der Kommunalwahl

PETER SCHMALZ, München

Die über Jahre hinweg beschworene Geschlossenheit der CSU, der die Partei hohe Wahlsiege in Bayern und überdurchschnittliche Einflußmöglichkeiten in Bonn verdankt, gehört vorerst der Vergangenheit an. Die Unruhe unter Mitgliedern und Funktionären über den Milliardenkredit an die „DDR" ist entgegen der Hoffnung der Parteiführung nicht abgeflaut. Die Diskussion der oberbayerischen Bezirksversammlung des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU am Wochenende zeigt, daß sich CSU-Mitglieder nun sogar nicht mehr scheuen, mit bisher nicht gewohnter Kritik öffentlich gegen die Parteileitung anzutreten, wie Generalsekretär Otto Wiesheu selbst erleben mußte. Nach außen demonstriert Wiesheu jedoch unerschütterliche Gelassenheit: „Wir sind halt eine lebendige Partei."

Es ist aber nicht nur der Milliardenkredit, der für Ärger und für Sorgen in der Münchner Parteizentrale sorgt. Ausgerechnet im Jahr vor der bayerischen Kommunalwahl muß die CSU Auseinandersetzungen und Abspaltungen in einigen Rathäusern hinnehmen. Zu dem spektakulären Fall Augsburg hat nun das Landesschiedsgericht einen Schlußstrich gezogen.

14 Mitglieder des Augsburger Stadtrats wurden aus der Partei ausgeschlossen, nachdem sie vor knapp zwei Jahren die CSU-Fraktion verlassen und eine eigene Fraktion unter dem Namen „Christlich-Soziale Mitte" gegründet hatten. Das Landesschiedsgericht sah darin ein parteischädigendes Verhalten, das einem Verstoß gegen die Parteigrundsätze nahe komme.

Die Hintergründe der Augsburger CSU-Affäre sind symptomatisch für die Situation der Partei in Stadt- und Gemeinderäten, die von sozialdemokratischen Bürgermeistern geführt werden. Wie in München bis zum Ausscheiden von Hans-Jochen Vogel 1972, so arrangierte sich auch in Augsburg die CSU mit der SPD-Mehrheit, stellte den zweiten Bürgermeister und praktizierte mehr eine Verwaltungsgemeinschaft mit der SPD denn eine Opposition gegen die Sozialdemokraten.

In Augsburg dagegen schien das Bündnis, das der CSU einige wohldotierte Posten einbrachte, weiterhin tragfähig, bis der Augsburger CSU-Bezirksvorsitzende, Stadtrat und Landtagsabgeordnete Hermann Knipfer von der CSU-Fraktion der Fuggerstadt eine entschiedene politische Auseinandersetzung mit der SPD und deren Oberbürgermeister Hans Breuer forderte. Knipfer holte sich dafür die Zustimmung der Basis, doch CSU-Bürgermeister Ludwig Kotter, CSU-Fraktionschef Hermann Berlin und einige berufsmäßige Stadträte (nach der bayerischen Gemeindeordnung Referenten genannt) zogen nicht mit: 16 CSU-Mitglieder gründeten eine eigene Fraktion, die CSM.

„Wir vertreten die wahren Grundsätze christlich-sozialer Politik", erklärte Berlin. Die „Abtrünnigen" weigerten sich folgerichtig, die CSU-Mitgliedschaft aufzugeben. Mehrfache Schlichtungsversuche des damaligen CSU-Generalsekretärs Edmund Stoiber schlugen fehl, worauf nach der Landtagswahl die Ausschlußverfahren eingeleitet wurden.

Mit dem Ausschluß ist die Angelegenheit für die CSU zwar satzungsgemäß erledigt, nicht aber politisch. Hatte sie vor der Spaltung die Ratsmehrheit, so wird sie sich nach der Wahl im März '84 mit der Oppositionsrolle abfinden müssen, nachdem die CSM ankündigte, mit einer eigenen Liste anzutreten. Listenführer wird voraussichtlich Bürgermeister Kotter sein, der 1972 als CSU-Kandidat mit 49,6 Prozent nur knapp den Oberbürgermeisterstuhl verfehlte. Er gilt in Augsburg als Zugpferd der bürgerlichen Mitte, der sich weiterhin zu den Grundsätzen der CSU bekennt: „Da habe ich mein Hemd nicht gewechselt."

Nahezu deckungsgleich sind die CSU-Probleme in der nördlich von München gelegenen Kreisstadt Freising. Auch hier bewirkte die Basis-Forderung nach spürbarer Opposition den Auszug von neun CSU-Stadträten, unter ihnen der bisherige CSU-Fraktionschef Wolfgang Wicker. Gemeinsam mit einem FDP-Stadtrat gründeten sie den „Freisinger Block". Die Freisinger Spaltung ist für Generalsekretär Wiesheu besonders schmerzhaft, da er in der alten bayerischen Domstadt als Kreisvorsitzender der CSU fungiert.

Wie in Augsburg hat die CSU in Freising die Mehrheit verloren, von bisher 23 der insgesamt 40 Mandate verbleiben ihr nur noch 14, die SPD verfügt über 12. Mit einem schlechten CSU-Wahlergebnis wird gerechnet, da mit den neun Aussteigern die bisherigen kommunalpolitischen Zugpferde die CSU-Fraktion verlassen haben.

Stuttgart hofft auf einen Vorsprung

Neues Zentrum für Mikroelektronik für 60 Millionen Mark / Stiftung beschlossen

XING-HU KUO, Stuttgart

Baden-Württembergs Landeshauptstadt Stuttgart hofft bundesweit und international zu einem Zentrum der Mikroelektronik zu werden. Die Absicht der Landesregierung und des Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU), gerade in diesem entscheidenden Bereich der modernen Technologien, vor allem die auch in diesem Bereich dominierenden bayerischen Nachbarn zu überflügeln, hat jetzt konkrete Formen angenommen.

Die Landesregierung hat entsprechend jetzt beschlossen, in Stuttgart ein „Zentrum für Mikroelektronik" aufzubauen. Dieses neue Institut –, mit dem Bau wurde bereits begonnen – das 1988 fertiggestellt werden soll, stellt einen „Schwerpunkt" innerhalb der Gesamtkonzeption der Landesregierung zur Forschungs- und Technologiepolitik dar.

Für das ehrgeizige Projekt ist die Regierung bereit, 60 Millionen Mark für den Bau und die Investitionen zur Verfügung zu stellen. Regierungssprecher Kleinert unterstrich, daß Stuttgart auf diesem Gebiet einen erheblichen „Vorsprung" haben werde gegenüber anderen deutschen Städten mit ähnlichen Plänen oder Überlegungen, etwa München, Duisburg, Braunschweig oder Kaiserslautern.

Die deutsche Halbleiterindustrie sei gegenwärtig im wesentlichen auf die Produktion integrierter Standardschaltungen „in großer Stückzahl" spezialisiert. Es fehle jedoch, so Kleinert weiter, eine Institution zur Abdeckung des Bedarfs gerade der mittelständischen Industrie nach „Spezialschaltungen in kleiner Stückzahl". Dieses Defizit soll vor allem durch das neue Zentrum unter Leitung von Professor Ernst Lüder von der Universität Stuttgart geschlossen werden, der als einer der besten Fachleute auf diesem Gebiet gilt.

Zwischen Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen war es um den international renommierten Wissenschaftler im Frühjahr zu einem Konflikt gekommen, als Düsseldorf versuchte, ihn aus Stuttgart nach Duisburg zu „lokken". Späth persönlich gelang es jedoch, Lüder zum Bleiben in Stuttgart zu überreden.

Die laufende Finanzierung des neuen Instituts, die nach dem Endausbau 1988 jährlich etwa neun Millionen Mark umfassen werde, soll deshalb zu 60 Prozent durch Aufträge aus der Industrie, von Behörden und Instituten erfolgen. Die Landesregierung beteiligt sich dann nur noch mit 40 Prozent dieser laufenden Kosten. Schon heute gebe es genügend Aufträge, die die genannten 60 Prozent garantierten.

Bei dem Gespräch Späths mit den führenden Vertretern der deutschen Wirtschaft Mitte Juli dieses Jahres sei eine große Bereitschaft festgestellt worden, mit dem neuen Institut zusammenzuarbeiten: 17 von ihnen gründeten „spontan" einen „Verein der Förderer des Instituts für Mikroelektronik". Das Kabinett beschloß daraufhin am 18. Juli, eine „Stiftung des öffentlichen Rechts" zu gründen, die die Aufgabe hat, in engster Zusammenarbeit mit dem neuen Verein auf dem Gebiet der mikroelektronischen Schaltungen und Systeme zusammenzuarbeiten und die schnelle Umsetzung der Forschungsergebnisse in die Praxis bewerkstelligen.

Bei Windstärke 6: Freie Fahrt für Umweltsünder

Grenzschutz fehlt für neues wirksames Konzept das Geld

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Feststellender: HS-GSFLSt" hat sich gemeldet. Im Verkehrstrennungsgebiet Terschelling/Deutsche Bucht bei Tonne DB 5 wurde der Frachter „Otara", Heimathafen Skärhamn, auf Kurs Lettland via Nord-Ostsee-Kanal geortet. „HS-GSFLSt" hat ermittelt, daß aus dem Frachter auf der Steuerbordseite eine gelbbeige Flüssigkeit gepumpt wurde.

Zum ersten Mal, seit Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann für den Bundesgrenzschutz erhöhte Aufmerksamkeit für Umweltverschmutzer auf hoher See anordnete, ist jetzt ein Einsatzbericht von Hubschraubern und von den zwei eigens dafür bestimmten Booten des BGS herausgegeben worden.

Nachdem in der Vergangenheit fast alle angestrengten Prozesse gegen Ölverschmutzer in der Nordsee mit Einstellung des Verfahrens „mangels Beweises" endeten, hat Zimmermann den Bau von vier „Nordseebooten" des Bundesgrenzschutzes vorgeschlagen. Diese mit allen technischen Schikanen ausgerüsteten Schiffe sollen Ölsünder auch wirklich verfolgen können, was oft bisher aus technischen Gründen nicht möglich war: Die vorhandenen Boote sind für den Ostsee-Einsatz gedacht und können ab Windstärke 6 in der Nordsee nicht mehr operieren.

Aus Kostengründen kann das Konzept aus dem Bundesinnenministerium nicht verwirklicht werden. Immerhin aber wurde verstärkte BGS-Hubschrauberüberwachung der Schiffahrtswege angekündigt, und nicht wie bisher nur eins, sondern nunmehr zwei Patrouillen in der Nordsee. Was von den Beobachtern jetzt gemeldet wurde, zeigt die ganze Schwierigkeit einer Verfolgung mit eben nicht hundertprozentigen Mitteln.

Der Verursacher einer 5000 mal 500 Meter große Öllache im gleichen Gebiet, in dem die „Otara" gestellt wurde, ist ebenso unerkannt geblieben wie auch der eines Ölfilms von etwa einem halben Kilometer Umfang vor Juist. Das Wort „unbekannt" in der Spalte „Verursacher" findet sich wieder in der Spalte „Stand der Ermittlungsverfahren".

Hin und wieder eine Erfolgsmeldung

Hin und wieder gibt es auch so etwas wie eine Erfolgsmeldung. So wurde vom Hubschrauber aus nordwestlich Borkum bei Tonne DB 2 bis Tonne DB 4 der Stückgutfrachter „Vjshva Mohini" aus Bombay ausgemacht, der nach England unterwegs war und Öl in die Nordsee pumpte. Nach Aufforderung über Funk wurde der Pumpvorgang eingestellt, die Besatzung des BGS-Hubschraubers brachte immerhin Luftbildaufnahmen mit nach Hause. Da aber wenige Tage später ein Frachter derselben Schiffahrtslinie, die „Vishva Iyoti", in der Ostsee unter Hinterlassung einer dicken Ölspur gesichtet wurde, ist vorstellbar, welche Intensität aufgewendet werden müßte, um die Ölverschmutzer auf dem Meer zur Räson zu bringen.

Alle Fälle, die vom Bundesgrenzschutz-Kommando Küste in Bad Bramstedt jetzt im Nordsee/Ostsee-Einsatz festgestellt wurden, sind an das Deutsche Hydrographische Institut in Hamburg weitergeleitet worden, das als Ordnungswidrigkeiten-Behörde selbst Strafen bis 100 000 Mark verhängen kann (aber noch nie verhängt hat). Die Beibringung von Beweisen gegen Schiffskapitäne als Umweltsünder ist deshalb so schwierig, weil vor allem bei Weiterleitung von Fällen an die Staatsanwaltschaft jeweils Proben des Öls aus dem Wasser und später im ersten Hafen nach der „Tat" aus dem Schiff selbst entnommen und vorgelegt werden müssen.

„Coast Guard" nach amerikanischem Muster

Wenn das fragliche Schiff aber außerhalb der Drei-Meilen-Zone fährt, muß es deutsche Beamte nicht an Bord lassen – es muß der Staat, dessen Hafen angelaufen wird, um Entnahme der Ölprobe gebeten werden. Ein Sprecher des Deutschen Hydrographischen Instituts auf Anfrage: „Es ist uns keine Verurteilung erinnerlich, die über die Staatsanwaltschaft Hamburg wegen einer Ölverschmutzung auf See erfolgt ist." Die Aufnahme eines Schiffes inmitten einer Öl-Lache gilt nicht als Beweis.

Auf Beweis-Jagd wurden nun auch schon Hubschrauber einer Privatfirma eingesetzt, die sonst Lotsen absetzt und Kapazitäten frei hat. Das Personal entnimmt im Auftrag Wasserproben auf Se. Das kann nicht von einem niederländischen Spezialflugzeug aus geschehen, das schon seit längerer Zeit von der Bundesrepublik Deutschland für jeweils 2000 holländische Gulden pro Stunde ausgeliehen wird, um Ölverschmutzer zu entdecken.

Wie lange man so weiterarbeiten kann, ist offen. Denn zu den schon vorhandenen Überwachungsaufgaben kommen bald noch andere. Innerhalb der „Wirtschaftszone" von 200 Seemeilen Ausdehnung von der Küste aus, sind aufgrund der Internationalen Seerechtskonvention Erschließung und Ausbeutung maritimer Bodenschätze erlaubt. Die innerstaatlichen Regelungen, die dafür getroffen werden, und ihre Einhaltung müssen kontrolliert werden. Auf diese Weise bleibt Zimmermanns geplanter „Sicherheitsverbund Nordsee" trotz Geldknappheit immer noch am Horizont sichtbar.

Diese deutsche Version der US-amerikanischen „Coast Guard" sollte nach Vorstellungen aus dem Innenministerium einen Auftrag des Bundestages von 1954 erfüllen, nach dem die verschiedenen Wasserdienste von vier Bundesministerien organisatorisch zusammenzufassen sind: des „Wasserzolldienstes" der Finanzsektion, der „Abteilung Seeschiffahrt" des Verkehrsministers, des BGS und des dem Ernährungsminister unterstehenden „Fischereischutzes".

George-Papier: Zustimmung und Kritik in Union

GISELA REINERS, Bonn

Bei den Sozialausschüssen der Unionsparteien, der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), wächst der Widerstand gegen die „Denkanstöße" des CDU-Abgeordneten Haimo George. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales seiner Fraktion hatte in einem als Ausdruck „privater Meinung" bezeichneten Papier Vorschläge gemacht, wie durch Einschränkungen von Schutzvorschriften, Kürzung der Lohnfortzahlung und zeitweise Unterschreitung von Mindestlöhnen die Lohn- und Lohnnebenkosten so gesenkt werden könnten, daß sie zum Abbau von Arbeitslosigkeit führten.

Unterstützung hatte George von seinem Fraktionskollegen Elmar Kolb erhalten, Vorsitzender des Bundesverbandes der Selbständigen. Kolb hatte zusätzlich vorgeschlagen, Arbeitnehmern höhere Bruttolöhne zu zahlen, damit sie selbst für ihren Krankenversicherungsschutz sorgen könnten. Damit hatte er Gegenliebe beim Handwerkspräsidenten Schnitker gefunden.

Inzwischen hat der CDA-Bezirk Niederrhein, einer der mitgliedsstärksten im Landesverband Rheinland, einen Brief an CDU/CSU-Fraktionschef Dregger geschrieben, in dem gerügt wird, daß Mitglieder von Standesorganisationen, die auch CDU-Abgeordnete seien, zum „Rundumschlag gegen das soziale Netz" ausholten. Die Pläne dienten nicht der „sozialen Sicherung der Arbeitnehmer, sondern dazu, sie auseinanderzudividieren".

CDA-Geschäftsführer Scharrenbroich sagte gegenüber der WELT, es seien zahlreiche Protestbriefe von Kreisverbänden eingegangen, die deutlich machten, daß die „Leidensfähigkeit der Arbeitnehmer" erschöpft sei. Wenn man auf Wachstum zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit baue, müsse als Voraussetzung dafür der soziale Frieden gewahrt bleiben. Wenn man die Solidargemeinschaft der Krankenversicherung zerbrechen wolle, werde diese zum Sammelbecken für die schlechten Risiken und bedürfe der Bundeszuschüsse. Hier sei nicht zu Ende gedacht worden.

Lutz Esser nannte den „George-Vorstoß" in der CDA-Zeitschrift „Soziale Ordnung" einen „Rückstoß in die soziale Steinzeit". Er rückte die CDU in die Nähe der „Komplizenschaft mit der Wirtschaft".

Für die Opposition wandte sich die SPD-Sozialexpertin Anke Fuchs gegenüber der WELT gegen Versuche, den „Sozialstaat aus den Angeln zu heben". George setzte zum „rigorosen Kahlschlag" an. Das bedeute die „Wende von der sozialstaatlichen Ordnung zum primitiven Kapitalismus".

DIE WELT (uspe 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

Dragahn oder Wackersdorf – Wer hat die besseren Karten?

Hasselmann weist auf die Standort-Vorteile für die neue Wiederaufbereitungsanlage hin

Von C. GRAF SCHWERIN

Das Rennen zwischen den beiden Bundesländern Bayern und Niedersachsen um den Standort der ersten Wiederaufarbeitungsanlage in der Bundesrepublik für verbrauchte Kernbrennelemente ist in eine kritische Phase getreten. Die niedersächsische Landesregierung reagierte in diesen Tagen irritiert auf Zeitungsmeldungen, die von einer bereits getroffenen Vorentscheidung des künftigen Bauherrn, der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), zugunsten Bayerns berichteten. Ein sofortiges Dementi der DWK stellte die Regierung in Hannover nicht zufrieden.

Der stellvertretende Ministerpräsident Wilfried Hasselmann, zugleich Chef der Genehmigungsbehörde, ließ die DWK-Vorstandsmitglieder Carsten Salander und Joachim Mischke zu einem dringenden Gespräch zu sich bitten. Diese beiden bestätigten der Landesregierung erneut die „Parallelität" der in München und Hannover eingeleiteten atomrechtlichen Genehmigungsverfahren. Die DWK werde sich bei ihrer Entscheidung zugunsten des bayerischen Standorts Wackersdorf oder des niedersächsischen Dragahn einzig davon leiten lassen, welche Gegebenheiten sie für vorteilig empfindet, erklärten sie gegenüber dem Minister. Hasselmann hat sich offiziell mit dieser Darstellung zufriedengegeben; aber die Zweifel, ob in diesem Poker zwischen den beiden Ländern Bayern vielleicht doch mit gezinkten Karten spielt, sind in Hannover nicht ausgeräumt.

Hasselmann wies bei dieser Gelegenheit nochmals auf die Standortvorteile von Dragahn gegenüber Wackersdorf hin:

- die unmittelbare Nähe zum Zwischen- und Endlager für Atommüll in Gorleben,
- die gute Verkehrsanbindung,
- die Untersuchungen der Reaktorsicherheitskommission und der Strahlenschutzkommission im Auftrag des Bundesinnenministeriums seien abgeschlossen,
- der Sicherheitsbericht werde im September vorliegen.

In München heißt es dagegen, die behördlichen Genehmigungsverfahren seien in Bayern weiter fortgeschritten und die zuständigen bayerischen Gerichte seien bei den zu erwartenden Klagen für die Kernenergie aufgeschlossener.

Beide Länder werden jedes Mittel einsetzen, um die Baugenehmigung der ersten Anlage zu bekommen, zumal der Bau einer zweiten Aufarbeitungsfabrik, der ursprünglich zu einem späteren Zeitpunkt geplant war, energiewirtschaftlich heute nicht mehr opportun erscheint. Für beide betroffenen Regionen sind der Bau und die spätere Betreibung der Anlage ein Wirtschaftsfaktor ersten Ranges.

Der niedersächsische Landkreis Lüchow-Dannenberg, wo der Baugrund von Dragahn in einem bundeseigenen Wald liegt, verzeichnet heute eine Arbeitslosigkeit von 20 Prozent. Dieser wirtschaftliche Grund bewog auch in Niedersachsen die Oppositionsparteien der Sozialdemokraten und Liberalen, dem Projekt zuzustimmen, nicht aber dem von der Regierung vorgesehenen Standort – die einen aus



Landschaftsschutzgründen, die anderen aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen.

Starke politische Widerstände in der Bevölkerung, die Ministerpräsident Ernst Albrecht zwangen, vom ursprünglich vorgesehenen und kostengünstiger gelegenen Standort Gorleben abzusehen, erscheinen, nach Meinung Hasselmanns, gegenwärtig geringer. Die Gemeinderäte hätten sich dem wirtschaftlichen Argument der Regierung gebeugt.

Ob diese Anlage schließlich mit seiner geringen Aufarbeitungskapazität von 350 Tonnen Jahresdurchschnitt wirtschaftlich rentabel sei, bei einem Kostenpreis von 4000 Mark pro Kilo gegenüber 2300 Mark im französischen Cap de la Hague, beantwortete der DWK gegenüber dem Minister mit dem Argument, die Bundesrepublik müsse um jeden Preis über eine eigene unabhängige Anlage verfügen.

In Bayern hat die DWK bereits für den Bau der dort beantragten Anlage einen Architekturwettbewerb ausgeschrieben und eine Lehrwerkstatt errichtet. Man befürchtete nun in Hannover, dort würden Tatsachen zu Lasten Niedersachsens geschaffen. Die DWK will jetzt auch im Norden für Gleichheit der Chancen sorgen.

Da man sich in Hannover der eigenen Verspätung im Genehmigungsverfahren bewußt ist, will man in den Bohrungen in Dragahn beschleunigt fortfahren. Sie waren zur Untersuchung des Baugrunds Anfang Juli begonnen worden und hatten vorübergehend mit Gewalt verbundene Demonstrationen von Atomkraftgegnern ausgelöst. Zwei der geplanten 25 Leitbohrungen in hundert Meter Tiefe sind auf dem Baugelände abgeschlossen. Weitere Bohrungen außerhalb des Baugrunds zur Erprobung des Grundwassernetzes in 300 Meter Tiefe werden folgen.

Die Bohrstellen stehen Tag und Nacht unter polizeilicher Bewachung, und einer der Gründe für die Klärung der Situation war für Hasselmann, die Polizei in ihrem Einsatz „zu motivieren". Trotz des nunmehr eingeschlagenen Tempos soll die Anlage unter „optimaler Sicherheit" errichtet werden, erklärte der Minister.

Die Auseinandersetzung zwischen Bayern und Niedersachsen ist aber auch zunehmend psychologischer Art. Bayern spricht von seiner uneingeschränkten politischen Entschlossenheit, Niedersachsen von „Vorleistungen", die durch den Bau des Zwischenlagers und die Planung des Endlagers in Gorleben erbracht worden seien. Daß Hasselmann hierbei an politische Vorleistungen denke, wurde in seinem Ministerium mit dem Hinweis erläutert, die DWK habe gesagt, daß sie Bayern nicht gegen Niedersachsen „ausspielen" wolle.

Diese Haltung werde nach der zu erwartenden Einschätzung der Gleichwertigkeit der Standorte dazu führen, daß nicht die DWK über den Standort entscheiden werde, sondern Bonn die Entscheidung zugeschoben wird. Bei der Bundesregierung könne Hannover seine vorgegebenen Leistungen voll zur Geltung bringen, und Minister Hasselmann ist überzeugt, in Bonn über die notwendige politische Rückendeckung zu verfügen.

Die in Bayern und Niedersachsen von den Interessierten und Gegnern vorgetragenen Standortargumente verwirren heute mehr, als daß sie zur sachlichen und politischen Aufklärung beitragen. Daß bei den materiellen Interessen die Auseinandersetzung möglicherweise zu einer erneuten Kraftprobe zwischen den beiden Ministerpräsidenten Strauß und Albrecht nach den Sommerferien werden kann, gehört zu den Begleiterscheinungen in diesem Verwirrspiel.

Minister Wilfried Hasselmann hat sich in die Gespräche mit der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernkraftstoffen eingeschaltet. FOTO: SVEN SIMON

Englands Unions suchen Dialog mit Thatcher

dpa, London

Die britischen Gewerkschaften sind offenbar bereit, ihre harte Haltung gegenüber der konservativen Regierung von Premierministerin Margaret Thatcher aufzugeben. Der Gewerkschafts-Dachverband TUC plant, mit Arbeitsminister Norman Tebbit in Gespräche über dessen Pläne zur Gewerkschaftsreform einzugehen. Bisher hatten die „Unions" jegliche Verhandlungen abgelehnt, weil sich die Regierung Thatcher den Forderungen der Gewerkschafter nach Investitionsprogrammen zur Reduzierung der Arbeitslosenzahlen verschlossen hatte.

Arbeitsminister Tebbit hatte gleich nach dem Sieg der Konservativen bei den Unterhauswahlen am 9. Juni einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Macht der Gewerkschaftsführer weiter einschränken und Urabstimmungen sowie geheime Wahlen aller wichtigen Gewerkschaftsfunktionäre obligatorisch machen soll. Außerdem lud Tebbit die Gewerkschaften zu Gesprächen über die Neuordnung der Abgaben von Gewerkschaftsmitgliedern ein, die bisher zu einem bestimmten Teil automatisch zur Finanzierung der Labour Party verwendet wurden.

Vor allem TUC-Chef Len Murray fordert jetzt, dem Ergebnis der jüngsten Unterhauswahlen Rechnung zu tragen und den offenkundigen Willen der Wähler in Hinblick auf eine Gewerkschaftsreform nicht länger zu ignorieren.

Ägypten: Schlag gegen Extremisten

AFP, Kairo

In Ägypten ist eine neue islamische Extremistenorganisation zerschlagen worden. Wie die Presse berichtete, werden zur Zeit rund 60 Personen wegen „Umsturzversuchs" vor dem Gerichtshof für Staatssicherheit verhört. Die jetzt zerschlagene Organisation sei von einer „islamischen Befreiungspartei" gestützt worden, die von einem europäischen Land aus arbeite und „enge Beziehungen zu gewissen arabischen und islamischen Ländern" unterhalte.

Ankara braucht mehr Gefängnisse

AP, Istanbul

In der Türkei werden zur Zeit nach Angaben von Justizminister Kazim Akdogan 38 neue Gefängnisse gebaut, die bis Ende des Jahres fertiggestellt seien und etwa 100 000 Häftlinge aufnehmen sollen. Nach einer Statistik der Regierung hat einer von 27 Türken eine kriminelle Vergangenheit. Von den insgesamt 47 Millionen Türken haben rund 1,2 Millionen bereits Haftstrafen verbüßt. Unter dem Kriegsrecht sind nach Angaben der Militärregierung noch Prozesse mit insgesamt 21 000 Beschuldigten anhängig.

Die populäre Mutterlandspartei irritiert die Generale in Ankara

Sie könnte die Wahl-Chancen der Nationalisten schmälern / Özal lehnt Auflösung ab

E. ANTONAROS, Ankara

Turgut Özal, einstiger Vizepremier und Wirtschaftsstratege der türkischen Militärregierung und erst seit einigen Wochen Chef der rechtsgerichteten Mutterlandspartei (ANA-P), bleibt hart. Er hat alle Avancen der türkischen Generalität ausgeschlagen, er möchte seine eigene Partei aufgeben und sich mit seinen engsten Mitarbeitern der von der Militärjunta unter Staatschef Kenan Evren favorisierten Nationalistischen Demokratie-Partei anschließen.

Ihren bisher konkretesten Vorstoß machten die Generäle Ende letzter Woche, wie der SAD von zuverlässiger Seite in Ankara erfuhr. Bei einem Gespräch mit Özal in Istanbul formulierte Junta-Mitglied und Marinechef Admiral Nejat Tuemer das Angebot der Militärs. Özal sollte mit maximal 25 Gründungsmitgliedern seiner Partei den Nationalisten beitreten, 35–50 Parlamentssitze würde er erhalten, in der neuen Regierung sollte er Vizepremier und Oberster Wirtschaftsplaner werden.

Nach einstündiger Bedenkzeit – die Generäle sollen es sehr eilig gehabt haben – kam Özals klare Absage. Den verdutzten Admiral warnte er vor Strafmaßnahmen, welcher Art auch immer, gegen die Mutterlandspartei. Im Fall eines Verbots seiner Partei, die in der letzten Zeit besonders populär zu werden scheint und daher zu einer Gefahr für die profillosen Nationalisten geworden ist, drohte Özal mit einer öffentlichen Bekanntgabe des Gesprächs in Istanbul.

„Selbst wenn ich ins Gefängnis geworfen werde, werde ich nicht schweigen. Die ganze Welt wird erfahren, mit welchen Druckmitteln das Regime arbeitet", soll Oezal gesagt haben.

Die Bemühungen der Generalität um eine „Entmachtung" Özals sind vor dem Hintergrund ihrer ständig wachsenden Sorgen zu verstehen, daß ihre Lieblingspartei die Wahl am 6. Nomber verlieren könnte. Parteichef Turgut Sunalp, ein wortkarger und farbloser Ex-General, kann die Massen trotz der Rückendeckung durch das Militär nicht begeistern. Während seine Parteibüros in Ankara täglich fast leer sind, kann Özals Parteizentrale mit dem nicht abreißenden Besucherstrom nicht fertigwerden.

Skruppellos haben die Generäle bisher zwar alle Parteien beseitigt, verboten oder entmachtet, die Sunalps programmierte Siegerrolle in Frage stellen könnten. Zunächst wurde die liberalkonservative Großtürkische Partei verboten, die die Parlamentswahlen im Handumdrehen gewonnen hätte, anschließend wurde die gesamte Führungsmannschaft der gemäßigten sozialdemokratischen Partei Sodep von den Generälen abgelehnt. Ähnlichen Säuberungsaktionen fielen zahlreiche Kleinparteien zum Opfer.

Der Militärjunta fällt es allerdings offenbar schwer, ähnliche Methoden gegen Özal anzuwenden. Zum einen würde das türkische Militärregime durch Strafmaßnahmen gegen die Mutterlandspartei auch die letzten Spuren von Glaubwürdigkeit im Ausland verlieren. Zum anderen können die Offiziere kaum eine Persönlichkeit wie Oezal mit einem Betätigungsverbot belegen, die in ihrem Auftrag zwei Jahre lang die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen versuchte. Schließlich würde ein Vorgehen gegen den liberalen Wirtschaftspolitiker Özal die türkische Geschäfts- und Industriewelt verärgern, die voll hinter dem einstigen Vizepremier steht und ihn offensichtlich mit größeren Geldbeträgen ausstattet.

Mit Geld allein kann zwar keine Wahl gewonnen werden, auch in der Türkei nicht. Özals schwierigste Aufgabe besteht darin, das Vertrauen des Durchschnittstürken zu gewinnen, der unter seiner rigorosen Wirtschaftspolitik sehr gelitten hat. Sein Sanierungsprogramm ist beim Mann auf der Straße nicht populär gewesen. Die Inflation wurde zwar besiegt, aber ständig hat Özal die Forderung nach Gehaltserhöhungen abgelehnt. Während seiner Amtszeit kam es auch zum Zusammenbruch zahlreicher kleinerer Banken; Hunderttausende von Kleinsparern verloren dadurch ihre Ersparnisse.

Doch da andere Parteien mit einer gewissen Ausstrahlung fehlen, steigen Özals Erfolgsaussichten. Schließlich setzt er, wenn auch auf eine sehr behutsame Art, auf den islamischen Glauben. Ihm geht es um den Gewinn der Stimmen der Traditionalisten, die in der Türkei trotz der Reformen Kemal Atatürks einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung ausmachen. (SAD)

Moskau droht den Parteimitgliedern

Andropow will Säuberungskampagne verschärfen / Kritik an den Kadern der KPdSU

AFP, Moskau

Mit einer massiven „Säuberungswelle" in den regionalen KPdSU-Organisationen ist nach Auskunft Moskauer Parteimitglieder für die nächsten Monate zu rechnen. Auf Betreiben von Staats- und Parteichef Jurij Andropow sei eine energische parteiinterne Offensive gestartet worden, um „in den eigenen Reihen Ordnung zu schaffen" und „mangelndes Verantwortungsbewußtsein, Disziplinlosigkeit, Unfähigkeit und Korruption von innen her zu bekämpfen".

Ausgangspunkt der Kampagne war Mitte Juni das „ideologische" Parteiplenum. „Nach Jahren der Kritik war es höchste Zeit, auf allen Ebenen tiefgreifende Selbstkritik zu üben und daraus die Konsequenzen zu ziehen", sagte ein Parteimitglied in einem Gespräch mit AFP. Diese Kampagne sei „zweifellos die klügste der vergangenen 30 Jahren".

Seit einigen Wochen vergeht praktisch kein Tag ohne kritische Presseartikel über die Schwächen der Partei anhand von konkreten Beispielen. Nach den Parteikomitees der Region Saratow und der Moldauischen, Ukrainischen und Lettischen Sowjegepubliken stehen neuerdings die estnischen Parteiverantwortlichen im Kreuzfeuer der Kritik. In einer von der Presse verbreiteten Erklärung warf der dortige Erste Parteisekretär Karl Vaino den Mitgliedern seines Politbüros vor, Parteiresolutionen zu ignorieren. Zahlreiche Kader ließen wichtige Angelegenheiten im „Formalismus versanden". Die Erziehung der Jugend lasse zu wünschen übrig, die Soziologen seien „von den Realitäten des täglichen Lebens abgeschnitten", die konkreten Bedürfnisse der Bevölkerung blieben unberücksichtigt.

Auch auf sehr hoher Ebene würden nötigenfalls Sanktionen verhängt, wird in Moskauer Parteikreisen versichert. Jüngstes Beispiel ist der stellvertretende Ministerpräsident Ignati Nowikow, der 20 Jahre das Staatskomitee für das Bauwesen leitete. Er verlor seinen Posten dem Vernehmen nach im Zusammenhang mit dem Skandal um das Unternehmen „Atommach" in Wolgodonsk, dem größten Hersteller für Kernkraftausrüstung der Sowjetunion. Das Werk sei „völlig verantwortungslos" gebaut worden. Wegen ungeeigneter Bodenbeschaffenheit seien Betriebshallen abgesackt und unbrauchbar geworden.

Inoffiziell hieß es, zuständige Funktionäre hätten „ihre eigenen Taschen mit denen des Staates verwechselt". Zement sei tonnenweise für persönliche Zwecke abgezweigt worden, was zum Teil die „katastrophal schlechte Bauqualität" erkläre.

Die neue Kampagne für mehr Ordnung, Disziplin und Moral in der Sowjetunion hatte sich bereits in der vergangenen Woche angekündigt, als bekannt wurde, daß die Staatsanwälte auf allen Ebenen verpflichtet worden seien, gegen Verbrecher, Wirtschaftsverbrecher und andere Rechtsverletzer wirksamer vorzugehen.

Die „Rettungsfront" betreibt Gemayels Sturz

Syrien als treibende Kraft / Eine Art Gegenregierung

PETER M. RANKE, Beirut

Ein maronitischer Christ, ein sunnitischer Moslem und ein reicher Clan-Führer der Drusen bilden das Rückgrat des syrischen Einflusses in Libanon: Ex-Präsident Suleiman Frandschieh (73), Ex-Regierungschef Raschid Kerame (62) aus Tripolis und Drusenführer Walid Dschumblatt aus dem Schuf. Sie bilden als „politisches Kommando" praktisch eine Gegenregierung und wollen im Auftrag der Syrer den libanesischen Präsidenten Amin Gemayel durch Terror und Kampf gegen die Bevölkerung sowie die neue libanesische Armee stürzen.

Das syrische Regime des Präsidenten Assad hat eingesehen, daß Gemayel und sein Regierungschef Wazzan nicht bereit sind, das Abzugsabkommen mit Israel und die enge Bindung an die USA zu kündigen. Der Gegenzug der Syrer besteht darin, das von ihren Truppen besetzte Nord- und Ostlibanon praktisch zu annektieren und durch ihr libanesisches „Trio infernal" verwalten zu lassen.

Gleichzeitig gewähren sie den Drusen-Milizen Dschumblatts und seiner PSP (Parti Socialiste Progressiste) sowie anderen Milizen jede Schützenhilfe zum Kampf gegen die Christenmilizen und die Armee. Syrische Raketen-Artillerie setzt als zweite Front von den Bergen des Metn und des Kesruan nördlich der Beirut-Damaskus-Straße die Feuerüberfälle fort.

Ein gemeinsames Ziel

Frandschieh, Kerame und Dschumblatt sind seit langem willfährige Instrumente der syrischen Besatzungspolitik Libanons. So viel diese Männer persönlich unterscheidet, so haben sie doch ein Ziel: ein „arabisches" Libanon, in dem die politische Vormacht der christlichen Maroniten und der neuen Armee gebrochen wird. Es ist das gleiche Ziel, das Walids Vater Kamal Dschumblatt im „Bürgerkrieg" 1975/76 als Chef der „Nationalen Bewegung" verfolgte und an dem er scheiterte. Jetzt nennt sich die neue Bewegung von rund einem Dutzend Parteien und Grüppchen „Nationale Rettungsfront" für die Einheit Libanons.

Erste Kommando-Aktionen der neuen „Front" haben neben der Beschießung Beiruts und neben den Kämpfen zwischen Dschumblatt-Drusen und Christen in den Schufbergen am Wochenende bereits stattgefunden.

Die drei Verantwortlichen für den neuen Kampf gegen die Staatsmacht Libanons sind:

Suleiman Frandschieh, der von 1970 bis 1976 Staatspräsident war. Er wurde vom Parlament mit einer durch seine eigene Stimme erzielten Mehrheit gewählt. Wegen einer Mordaffäre in seinem Heimatort Zghorta, der von den Frandschiehs beherrscht wird, hatte er jahrelang im syrischen Asyl bei der Familie Assad (jetzt syrischer Präsident) in Lattakiye gelebt.

Das „Kleeblatt"

Als Präsident stoppte Frandschieh die Reformpolitik seines Vorgängers Schehab und beseitigte den politischen Einfluß der Armee, was die Palästinenser begünstigte. Er rief während des Bürgerkrieges im Sommer 1976 die syrischen Truppen ohne Absprache mit Regierung und Parlament ins Land. Heute ist er ein reicher Geschäftsmann, der Nordlibanon und die Straße nach Syrien mit seiner Marada-Brigade (3000 Mann) beherrscht.

Raschid Kerame war unter Frandschieh während des Bürgerkriegs Ministerpräsident. Damals bekämpften sie sich. Heute ist Kerame der Herr der nordlibanesischen Hafenstadt Tripolis, wird dort aber von der islamischen Widerstandsbewegung unter Faruk Mokaddem wegen seiner Willfährigkeit gegenüber Syrien scharf bekämpft. Er hat also nicht die sunnitischen Moslems Nordlibanons hinter sich, hat aber gute Verbindungen nach Beirut. Im „Kleeblatt" ist er ohne Hausmacht und daher schwach.

Walid Dschumblatt hat trotz seiner Drusen-Miliz von etwa 700 bis 1000 Mann nicht die politische und geistige Statur seines Vaters Kamal Dschumblatt, der im März 1977 als Gegner der Syrer vom syrischen Geheimdienst im Schuf ermordet wurde.

Als Führer des Drusen-Clans der Dschumblattis ist Walid zu Politik und Einflußnahme in Libanon gezwungen. Seit Jahren schon sind die Syrer die Waffenlieferanten der Dschumblattis gegen die Drusen des Yasbeki-Clans und die maronitischen Christen in den Schuf-Bergen. Der Schuf ist seit dem 11. Jahrhundert die Heimat der Drusen. Als verfolgte Minderheit sind sie in Syrien, Libanon und Israel ein kämpferisches Volk. Daher ist Walid Dschumblatt mit dieser Gefolgschaft in dem neuen Dreier-Bündnis durchaus ernst zu nehmen. (SAD)

Moslems strebten eigenen Staat in Jugoslawien an

Prozeß in Sarajewo / Koran-Zitate zur Verteidigung

C. GUSTAF STRÖHM, Wien

Mit Zitaten aus dem Koran und umfangreichen Erläuterungen über die Religion und Ethik des Islams haben einige der 13 Angeklagten, die wegen „islamischen Nationalismus, Bildung einer Geheimorganisation sowie feindlicher Propaganda" vor einem jugoslawischen Gericht stehen, ihre Verteidigung eingeleitet. Der 26jährige Hasan Cengic, von Beruf Imam (Geistlicher), begann vor den kommunistischen Richtern des Bezirksgerichts von Sarajevo (Bosnien-Herzegowina) seine Verteidigungsrede mit einem Gebet, das er – ebenso wie andere Zitate – zunächst in arabischer Sprache vortrug. Cengic forderte den Protokollführer auf, „Gott" im Gerichtsprotokoll mit großen Anfangsbuchstaben zu schreiben. Der Gerichtsvorsitzende mußte den jungen bosnischen Moslem ermahnen, serbokroatisch zu sprechen, da nur dies die Verhandlungssprache sei.

Die älteren unter den 13 Angeklagten gehörten während und nach dem Zweiten Weltkrieg bereits der Geheimorganisation „Junge Moslems" an und waren deshalb von kommunistischen Gerichten damals zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Die Anklageschrift beschuldigt nun *diese Moslem-Gruppe, sie habe sich zum Ziel gesetzt*, eine „ethnisch reine" (das heißt von allen Nicht-Moslems befreite) islamische Republik Bosnien-Herzegowina zu schaffen und diesen Staat von Jugoslawien abzutrennen. In diesem islamischen Staat auf europäischem Boden sollten nach den Regeln des islamischen Fundamentalismus und eines „militanten Islam" die „Einheit von Glaube und Gesetz" und die „Einheit von Religion und Staat" hergestellt werden. Die Gruppe hatte eine „islamische Deklaration" vorbereitet, in der panislamische Ideen verbreitet wurden.

Politische Lehrstunde

Cengic soll den islamischen Religionsunterricht, den er erteilt, in eine politische Lehrstunde umgewandelt und die Notwendigkeit proklamiert haben, aus den von Moslems bewohnten Gebieten des heutigen Jugoslawiens einen islamischen Staat zu schaffen. Um die Nicht-Moslems (orthodoxe Serben oder katholische Kroaten) aus diesen Gebieten zu vertreiben, sollten die Moslems einen „Dschihad", einen heiligen Krieg, durch die Moslems ausrufen und alle „Ungläubigen und Kommunisten" vernichten.

Außerdem wird Cengic vorgeworfen, er habe die Moslems in Bosnien-Herzegowina aufgefordert, „die Konfrontation mit allen Nicht-Moslems und allen Kommunisten" zu suchen. Er habe seinen Zuhörern in zahlreichen öffentlichen Vorträgen suggeriert, daß die Moslems durch das kommunistische Regime bedroht seien und sich wehren müssen. Von den islamischen Theologen habe er verlangt, sie müssen nicht nur Prediger, sondern „Soldaten und Helden" sein.

1000 pilgern nach Mekka

Der Gerichtsvorsitzende versuchte immer wieder, Cengic auf diese Punkte festzunageln: „Haben Sie gesagt, daß die Moslems in Gefahr sind? Haben Sie gesagt, daß man die jungen Leute (im Sinne des Islams) versammeln muß?"

Das Wiederaufleben von panislamischen Ideen in Bosnien, wo es allein 40 Prozent Moslems unter den Einwohnern gibt, steht mit der islamischen Renaissance in der arabischen Welt in engem Zusammenhang. Zwar sind die jugoslawischen Moslems weder Araber noch Türken, sondern Südslawen – aber in den letzten Jahren haben 300 jugoslawisch-islamische Studenten Hochschulen in Kairo und Bagdad besucht. Jährlich pilgern etwa 1000 jugoslawische Moslems nach Mekka. Von hier kommen dann die Ideen des islamischen Fundamentalismus und Nationalismus nach Jugoslawien.

Die jugoslawischen Kommunisten, die zu Titos Lebzeiten die Moslems in Bosnien geradezu hofiert haben, sehen sich jetzt besorgniserregenden Entwicklungen gegenüber. Etwa 15 000 islamische Kinder im schulpflichtigen Alter besuchen nicht mehr die staatlichen Schulen, sondern nur noch den islamischen Religionsunterricht. In einzelnen Dörfern boykottieren die dort lebenden Moslems die offizielle jugoslawische KP-Presse und akzeptieren nur noch das Mitteilungsblatt der islamischen Glaubensgemeinschaft.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Pflichten und Ambitionen

„Die Bruder-Wirtschaft und die Grundsätze des Beamtentums"; WELT vom 13. Juli

Sehr geehrter Herr von Loewenstern,

man kann Ihrer Zeitung gewiß nicht nachsagen, daß sie ausgesprochen beamtenfreundlich sei, was auch nicht unbedingt erwartet werden sollte. Es ist völlig ausreichend, wenn die WELT dem Berufsbeamtentum eine konstruktive Kritik und das zugehörige Maß an Objektivität zukommen läßt. So mußte Ihr Artikel geschrieben werden. Sie monieren zutreffend, daß die Beamten selbst etwas gegen deutlich erkennbare Zerfallserscheinungen tun müssen.

Eine Ursache der offen zutage tretenden Friktionen ist Verlust des Begriffs vom Berufsbeamtentum, wie dies dem Grundgesetz, dem Bundesbeamten- und den Länderbeamtengesetzen entspricht.

Der Berufsbeamte muß seine ganze Arbeitskraft dem freiwillig übernommenen und mit Anstellungsurkunde übertragenen Amt zur Verfügung stellen. Dies gehört untrennbar zum öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis, d. h., Voraussetzung ist eine zweifelsfreie und uneingeschränkte Loyalität zum Staat als Dienstherr. Dies muß den Beamten befähigen, in strenger Beachtung des Artikels 3 des Grundgesetzes alle Bürger gleich zu behandeln, also in Ausübung des übertragenen Amtes niemanden zu bevorzugen und niemanden zu benachteiligen. Wer sich im Gegensatz hierzu einer anderen Loyalität unterworfen weiß, ist als Berufsbeamter fehl am Platze. Deshalb ist zu Recht gefordert, daß hinsichtlich einer Parteizugehörigkeit und -tätigkeit, ein solches Maß an Zurückhaltung beachtet werden muß, die das Vertrauen in seine Loyalität nicht beeinträchtigt.

Es kann nicht bestritten werden, daß dieses unerläßliche Maß an Zurückhaltung in zunehmendem Maße nicht beachtet wird. In der Öffentlichkeit besteht weitgehend der Eindruck, daß das Verhalten mancher Beamter nicht an den Regeln der Beamtengesetze orientiert ist, sondern daß in anderer Richtung orientierte Ambitionen die Triebfeder für das Tun und Unterlassen ist. Die Schlagworte vom Privileg und vom Berufsverbot tragen nicht unwesentlich zur Verwirrung bei. Niemand muß Berufsbeamter werden, und kein Dienstherr muß irgend jemanden als solchen auf Lebenszeit und mit der rechtsverbindlichen Zusage der Altersversorgung anstellen.

Wer politische Ambitionen hat und diese auch in Ausübung seines Dienstes kultiviert, verstößt gegen die übernommene Treuepflicht und setzt sich dem Verdacht aus, daß ihm seine Verpflichtung aus Artikel 3 GG gleichgültig ist.

Wer in seiner Beamtenposition primär einen parteipolitischen Auftrag sieht, übernommen hat und ausführt, darf nicht als Beamter auf Lebenszeit angestellt werden, seine anders geartete Loyalität läßt bestenfalls einen Auftrag auf Zeit zu.

Dieser Konflikt wird noch potenziert, wenn sogar hohe und höchste Richter durch öffentliche Äußerungen die Vermutung für sich haben, daß ihr Auftrag als unabhängiger Richter und der Grundsatz der Gewaltenteilung, ihre richterliche Unbefangenheit nicht mehr voraussetzungslos gegeben ist.

Die Ausräumung aller berechtigten Bedenken ist aber nicht nur eine Aufgabe der Berufsbeamten und Richter, sie ist in mindestens dem gleichen Maße Auftrag der Dienstaufsicht und der politischen Kräfte, mit Nachdruck darauf zu drängen, daß die grundgesetzliche Rechtsordnung ohne Abstriche eingehalten wird und Verstöße unverzüglich geahndet werden.

Wer zuläßt oder gar betreibt, daß die rechtsstaatliche Grundordnung aufgeweicht, unterhöhlt, zerstört wird, muß mit der klaren Reaktion derjenigen rechnen, die nicht untätig zusehen, wann und wieder Staat nach der Ordnung des Grundgesetzes unterminiert wird.

In den von Ihnen völlig zutreffend gerügten Verfallserscheinungen werden Versäumnisse in der Vergangenheit sichtbar, die nicht verniedlicht werden dürfen und auch nicht untätig hinnehmbar sind.

Mit freundlichen Grüßen
Richard Ott,
Emmendingen

Antrag läuft

„Politisches Versäumnis"; WELT vom 14. Juli

Ich mache dem Redakteur Heinz Heck den Vorwurf, daß er fälschlich der nordrhein-westfälischen Landesregierung vorwirft, in Sachen Kernkraft ein schlechtes Beispiel zu geben. Heinz Heck schreibt: „Ein gutes (oder besser ein schlechtes) Beispiel ist das ebenfalls SPD-regierte Nordrhein-Westfalen, wo Anträge für den Bau von Kernkraftwerken ebenfalls seit Jahren in den Schubladen schlummern."

Dies ist schlicht falsch. Auf Antrag der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen läuft ein Genehmigungsverfahren für einen Leichtwasserreaktor in Hamm.

Mit freundlichen Grüßen
Wolf Schöde, Pressereferat
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Nicht billiger

„Privatkrankenversicherung: Kostenkurve flacht ab"; WELT vom 20. Juli

Sie schreiben, die Kostenentwicklung in der privaten Krankenversicherung habe sich 1982 abgeflacht und liege bei 6,4 Prozent.

Dazu muß ich Ihnen sagen, daß meine Privatversicherung von 1982 auf 1983 um 13 Prozent erhöht wurde. 1972 bezahlte ich 252,50 DM, 1983 bezahlte ich 1166,50 DM; das sind in 10 Jahren 460 Prozent.

Leider ist meine Rente von DM 2000,– nicht so gestiegen und wird auch nicht so steigen.

Valentin Korte,
Emden

Wort des Tages

„Kunst, Niveau, Anständigkeit, Gesinnung – es ist nicht leicht! Daß es aber mit Geld allein nicht zu machen ist, darauf können Sie sich verlassen."

Kurt Tucholsky, dt. Autor (1890–1935)

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Arbeit mit Vergnügen verbunden hat Außenminister **Hans-Dietrich Genscher**. Der Minister, Mitglied der Gesellschaft der Freunde Bayreuths, ließ sich die Meistersinger-Aufführung zur Eröffnung der Bayreuther Festspiele nicht entgehen. Mit seinem jugoslawischen Amtskollegen **Lazar Mojsov**, mit dem Genscher Sonntag und Montag konferiert hatte, unternahm er einen weiteren kulturellen Ausflug. Beide Herren besuchten gestern die Luther-Ausstellung in der Veste Coburg.

EHRUNG

Bundespräsident **Karl Carstens** hat dem Freiburger Diplomingenieur und Unternehmer **Rudolf Schlatterer** das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Rudolf Schlatterer, Präsident des Bundesverbandes Behälterschutz der Fachorganisation des Tankanlagenbaus und der Gütegemeinschaft Tankschutz, hat durch technisches Fachwissen Umweltschutz betrieben. *Auf seine Initiative hin entstanden eine* Fülle von Sicherheitsvorschriften in diesem, wie es heißt, „risikoreichen Dienstleistungsbereich". Rudolf Schlatterer ist seit 1971 in seinem Fach Mitglied des Beirates „Lagerung und Transport wassergefährdender Stoffe" im Bundesinnenministerium.

BUNDESPRÄSIDENT

Barfuß nicht „im Park", sondern im Watt wandert Bundespräsident **Karl Carstens** demnächst zwischen den Inseln Föhr und Amrun. Am 27. August will der Wanderpräsident erstmals über Meeresboden mit wahrscheinlich großem Gefolge ziehen. Denn schon jetzt ist vorauszusehen, daß diese Carstens-Wanderung „Urlauberströme" in Bewegung setzt. Offiziell begleitet werden Karl Carstens und Ehefrau Veronica vom Kieler Landtagspräsidenten **Rudolf Titzck**, der mit dem Bonner Ehepaar im Norden der Insel Föhr zur Wattwanderung aufbricht. Zu den Stopps der Wanderer gehört auch das Prominentendörfchen Nebel, wo unter anderem Kammersänger **Hermann Prey** und Tatort-Kommissar **Hans-Jörg Felmy** sowie der Schauspieler **Peer Schmidt** Feriendomizile besitzen. Bei seiner Eröffnungsrede beim 83. Deutschen Wandertag in Fulda hatte Bundespräsident Carstens die Stiftung einer „Eichendorff-Plakette" bekanntgegeben. Sie soll jenen Gebirgs- und Wandervereinen verliehen werden, die sich nicht nur um die Förderung des Wanderns bemühen, sondern dabei auch das Umweltbewußtsein ihrer Mitglieder schärfen.





Renntag: Heinrich Lummer, links, neben ihm Präsidentengattin Gitte Liesenfeld. Die glücklichen Sieger, Ehepaar Jacobs, rechts, mit Dressurreiter Karl Prinz zu Salm.

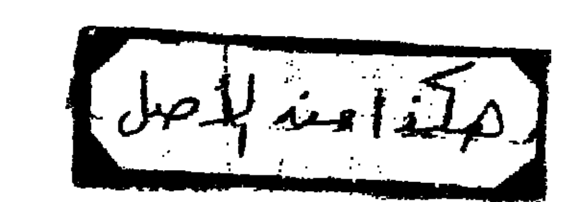
VERANSTALTUNG

Ein „Wahlberliner", Bürgermeister **Heinrich Lummer**, ließ es sich nicht nehmen, den „Großen Preis von Berlin" beim Düsseldorfer Reiter- und Rennverein persönlich zu überreichen. Wie das Publikum hatte es auch Heinrich Lummer von seinem „Ehrensitz" gerissen, als der dreijährige „Abary", im Besitz des Bremer Kaffee-Industriellen **Walther Jacobs**, wider alle Prognosen das Rennen machte und den favorisierten „Orofino" schlug. Lummer, in einem ersten Kommentar: „Da sieht man wieder einmal, daß die dreijährigen Pferde eine gute Chance haben." Der Bürgermeister gehörte zu der sehr zahlreichen Prominenz, die sich um Konsul **Herbert Liesenfeld**, den Präsidenten des Düsseldorfer Reiter- und Rennvereins, geschart hatte. Auf den Rennplatz kamen auch **Dr. Friedrich Vogel**, der Staatsminister im Kanzleramt, der amerikanische Gesandte **William Hunt Edgar** und Frankreichs Gesandter **Jacques Bernière** und natürlich das gefeierte Züchter-Ehepaar **Walther** und **Ingeborg Jacobs**. Wiederholt ist in den letzten Jahren die Frage diskutiert worden, ob der Große Preis von Berlin nicht wieder in Berlin ausgetragen werden sollte. Lummer: „Keine Chance. Man hat sich nicht entschließen können, neben der Berliner Trabrennbahn eine Galopprennbahn zu bauen."

„Wo laufen sie denn?" Frankreichs Gesandter Jacques Bernière nahm Töchterchen Florence huckepack.



Kenner unter sich: Gestütsinhaber Erich Ellebrecht-Kemena und Sohn Stefan. FOTOS: KBI



FECHTEN

Letzte Chance für den Säbel

ANDREAS SCHIRMER, Wien

Der von „Musketier"-Filmen geprägten Vorstellung vom Fechten werden die Säbelfechter am ehesten gerecht. Mit wildem Geschrei preschen sie über die Planche, hieben und stechen mit ihren Waffen aufeinander ein. Trotz aller faszinierenden Lebendigkeit fristet diese traditionellste Fechtart nur ein Schattendasein.

Besonders in Deutschland rangiert das Säbelfechten in der Popularitätsskala der Sportarten ganz unten. Bei den Weltmeisterschaften in Wien war erneut festzustellen, daß die deutschen Fechter trotz systematischer Aufbauarbeit den Akteuren aus dem Ostblock fast chancenlos gegenüberstanden. Im Einzelwettbewerb vermochte keiner der fünf Nationalfechter die Vorrunden-Klippe zu überspringen. „Mathematisch haben wir das gleiche Resultat erzielt wie bei der letzten WM. Aber Stillstand bedeutet im Sport Rückschritt", resümierte der enttäuschte Bundestrainer Ignace Corteyn.

Allerdings konnte in der Geschichte des Säbelsports noch nie ein deutscher Einzelfechter eine Medaille bei Weltmeisterschaften oder Olympischen Spielen gewinnen. Weit in der Statistik zurückgeblättert werden muß, wenn man Mannschaftserfolge aufspüren will. Den einzigen WM-Titel gewann Deutschland 1906, Bronze gab es 1931, 1935 und 1937 sowie bei den Olympischen Spielen 1936.

Für die deutschen Säbelfechter steht in der Donaumetropole die Zukunft auf dem Spiel. Schafft das WM-Quintett Dieter Schneider, Jürgen Nolte, Jörg Volkmann, Jörg Stratmann und Freddy Scholz die Olympia-Qualifikation mit der Mannschaft (achter Platz) nicht, wird diese Waffe hierzulande voraussichtlich bald ausrangiert. „Wir werden alles mögliche versuchen, um in Los Angeles dabei zu sein", hofft der deutsche Meister Jürgen Nolte aus St. Augustin die Olympianorm noch zu erreichen.

„Für keine Waffe gibt der Veband so viel Geld aus", meint Horst Wauschkun, Vizepräsident des Deutschen Fechter-Bundes (DFB). Nachdem ein Säbelnationalteam 1979 für die WM in Melbourne nicht vorgesehen war und auch 1980 wohl keine Mannschaft für die Olympischen Spiele nominiert worden wäre, arbeitete der DFB ein Konzept zur Wiederbelebung des Säbelfechtens aus.

Vielversprechend legte sich das junge Team ins Zeug, belegte bei der WM 1981 den sechsten Platz. Im letzten Jahr in Rom wurde die Anfangs-Euphorie gedämpft, es reichte nur zum neunten Rang.

Im Gegensatz zu den bisher wenig erfolgreichen Aufbauversuch des DFB haben die Franzosen in Wien gezeigt, daß die Phalanx des Ostblocks zu durchbrechen ist. Die Franzosen brachten nach neun Jahren wieder einen Athleten ins WM-Finale. „Die Franzosen sind die größten Sieger im Säbel. Sie haben konsequenter als wir gearbeitet", bekennt Bundestrainer Corteyn.

Für die Misere der Säbelfechter gibt es mehrere Gründe. Es fehlt an Nachwuchs und an qualifizierten Trainern. Junge Fechter wählen lieber den leichteren Weg zum Erfolg, orientieren sich an den Degen- und Florett-Vorbildern, die alljährlich bei Weltmeisterschaften Medaillen erkämpfen. Derzeit gibt es in Deutschland mehr Floretttrainer als Säbelfechter. Das sagt schon alles über die Szene der Säbelfechter.

TENNIS / Vorwurf an den Verband: Warum war kein Arzt beim Federationcup-Team dabei? – Verbale Angriffe der Sylvia Hanika

Bettina Bunges Problem mit den labilen Nerven

H.-J. POHMANN, Zürich

Zuerst erschien sie nicht zur Pressekonferenz. Als den Journalisten dann die Fragen an Eva Pfaff und Claudia Kohde ausgingen, spurtete Bundestrainer Klaus Hofsäß los und schleppte die deprimierte Bettina Bunge schließlich doch noch an. Mit weinerlicher Stimme versuchte die Ranglisten-Erste des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) ihre Aufgabe im zweiten Satz gegen Hana Mandlikova zu erklären. „Seit dem Turnier in Eastbourne, zwei Wochen vor Wimbledon, plagt mich diese Sache am linken Gesäßmuskel. Am Samstag wurde es schlimmer, aber ich hatte trotzdem gehofft, das Match durchzustehen." Hätte sie in diesem Moment jemand angetippt, sie wäre mit Sicherheit vor Schreck umgefallen. So angeknackt hockte sie da, vom strahlenden Lächeln des Tennis-Darling blieb noch nicht einmal ein Schatten übrig. Es war allen Anwesenden klar, daß die Verletzung nicht ausschlaggebend war, sondern daß Bettina Bunge auch Probleme mit ihren Nerven hatte. Schon seit Monaten wirkt die Deutsch-Amerikanerin labil. Angefangen hat dies mit ihren Ohrenproblemen in den Wintermonaten. Zu einer Operation, die den leichten Hörschaden auf beiden Ohren hätte beheben können, konnte sie sich nicht durchringen. Denn die Gefahr, daß das Gleichgewicht beeinträchtigt wird, bestand. So fühlt sich Bettina in der Öffentlichkeit unwohl, ganz besonders bei Interviews. Ständig ist sie beunruhigt, die Fragen richtig zu verstehen und dementsprechend zu beantworten. Diese Unsicherheit hat sich mittlerweile auf den Platz übertragen. Längst spielt sie ihre Einzel nicht mehr von oben herunter, vielmehr geht das Streben der Weltranglisten-Neunten dahin, ihre Position auf der Computerrangliste der WTA (Women Tennis Association) zu verteidigen. De Abgang von Bettina Bunge in Zürich bei dem Weltmeisterschafts-Finale gegen die CSSR (1:2) vor einem Millionen-Publikum an den Bildschirmen ist schon sehr tragisch. Auch wenn Schmerzen vorhanden waren, aus der Nähe betrachtet wäre zumindest ein „zu Ende spielen" möglich gewesen. Unverständlich, warum in diesem Zussmenhang nicht die einmalige, jedem zustehende fünfminütige Veletzungspause auf dem Platz ausgenutzt worden ist. Außerdem, wo war der Arzt des DTB? Während zur Daviscup-Begegnung nach Brasilien und Israel mit einem Arzt gereist wurde, verzichtete man auf eine Betreuung in Zürich. Wurde die Verletzung von Bettina Bunge nicht richtig eingeschätzt oder war kein Geld mehr vorhanden, da schon zu viele Funktionäre angereist waren?

Schade nur, daß dieses unerfreuliche Ende die ansonsten gute; Vorstellung des deutschen Teams überschattete. Denn Trainer Hofsäß hatte es wiederum geschafft, drei gute Einzelspielerinnen zu einem Team zusammenzuformen und das Erreichen des Endspiels ist trotz der 1:2-Niederlage gegen die CSSR immer noch ein Erfolg für den DTB.



Mit den Nerven völlig am Ende: Bettina Bunge, die im Finale gegen Hana Mandlikova aufgab, mußte hinterher vom Bundestrainer und einem Betreuer getröstet werden. FOTO: AP

Dafür schimpfte die Weltranglisten-Achte Sylvia Hanika, die vom DTB für den Federationscup nicht gemeldet worden ist, gestern kräftig über verlogene Funktionäre des Verbands und über die Lustlosigkeit von Bettina Bunge. Tatsächlich hätte Sylvia Hanika erst einmal, wie gewünscht, aus sportlichen Gründen nominiert werden müssen. Das wäre auch bis zum April als letztmöglichen Termin möglich gewesen. Ob aber eine Mannschaft mit der launischen Münchrerin tatsächlich in Zürich stärker gewesen wäre, ist nicht zu beweisen. Dafür hat die Linkshänderin in den letzten Monaten zu wenig gute Resultate erzielt.

Ganz im Gegenteil, sie verlor bei den Großen Poensgen-Spielen (Mannschaftsmeisterschaften der Verbände) gegen die Schweizerin Petra Delhees (Kohde gewann in zwei Sätzen) und unterlag in Berlin ebenfalls Helena Sukova.

SPORT-NACHRICHTEN

Steve Ovett verletzt

London (dpa) – Der englische Mittelstreckler Steve Ovett bangt um seine Teilnahme an der Leichtathletik-Weltmeisterschaft in Helsinki, die in zwei Wochen beginnt. Im 800-m-Finale der britischen Meisterschaften in London wurde der Olympiasieger erst vom Nagelschuh eines Konkurrenten getroffen und zog sich dabei eine zehn Zentimeter lange Rißwunde am Fuß zu. Wenig später griff sich Ovett an den rechten Oberschenkel (Foto) und gab das Rennen humpelnd mit einer leichten Muskelzerrung auf. „Ich muß jetzt abwarten, wie sich die Verletzung entwickelt", meinte der 1500-m-Weltrekordler im Hinblick auf Helsinki.

Tour: Weitere Dopingfälle

Paris (dpa) – Nach der Schluß-Etappe der Tour de France wurde in Paris bekannt, daß nach dem 20. Teilstück der Franzose Jacques Bossis und der Belgier Didier Vanoverschelde des Dopingmißbrauchs überführt werden konnten. Zuvor waren schon Zoetemelk (Holland) und die Franzosen Bazzo, Rodriguez und Clerc aufgefallen.

Abramczik zu Bocholt?

Dortmund (sid) – Rüdiger Abramczik, ehemaliger Nationalspieler vom Bundesligaklub Borussia Dortmund, wird seine Karriere möglicherweise bei Olympia Bocholt in der Amateuer-Oberliga Nordrhein fortsetzen. Die Dortmunder, die dem 19maligen Nationalspieler keinen neuen Vertrag mehr gaben, würden bei einem Wechsel keine Ablösesumme kassieren. 1980 zahlte der Klub 1,1 Millionen Mark für Abramczik an Schalke 04.

Briegel verletzt

Frankfurt (sid) – Als Knöchelprellung am linken Fuß erwies sich eine Verletzung, die sich Fußball-Nationalspieler Hans-Peter Briegel vom 1. FC Kaiserslautern gegen den Hamburger SV (0:2) zugezogen hatte. Briegel, der eine mehrtägige Pause einlegen muß, erlitt die Verletzung im Zweikampf mit Dieter Schatzschneider.

Cha-Transfer geplatzt

Frankfurt (sid) – Die Verhandlungen über einen Transfer des südkoreanischen Fußball-Stars Bum Kun Cha von Eintracht Frankfurt zu Bayer Leverkusen sind gescheitert. Die Klubs konnten sich nicht auf eine Ablösesumme einigen. Frankfurt beharrte auf einer Forderung von 1,1 Millionen Mark plus Mehrwertsteuer.

Arm wieder angenäht

Sydney (sid) – Dem australischen Golfprofi Jack Newton wurde der rechte Arm erst amputiert und später wieder angenäht. Der 33 Jahre alte Profi war mit dem Arm an den laufenden Propeller eines Flugzeuges geraten.

TENNIS

Borg plant Comeback

dpa, München

Der fünfmalige Wimbledonsieger Björn Borg (Schweden) hat gestern bei einer Pressekonferenz in München bestätigt, daß er an ein Comeback denkt. Der Schwede erklärte, daß er im nächsten Jahr einige kleinere Turniere spielen werde. Von der Teilnahme an den Turnieren in Wimbledon und Flushing Meadow 1985 wollte der 27jährige jedoch nichts wissen. „Dieses Gerücht ist vollkommen falsch", dementierte er entsprechende Berichte in der neuesten Ausgabe des „New York Magazine". In der Zeitung wird Borgs Agent Bob Kain so zitiert: „Er wird dann und wann Turniere spielen. Wenn es ihm Spaß macht, sehen wir weiter. Es geht ihm nicht ums Geld, er sucht den Wettbewerb."

Der zu Beginn dieses Jahres vom Turniersport zurückgetretene Schwede setzte jedoch lächelnd hinzu: „Man weiß nie, was in Zukunft passiert." Zur Zeit spiele er zwar jeden Tag Tennis, aber „mit meiner Frau Mariana".

Zu den anstehenden Verfahren des Tenis Pro councils gegen den Argentinier Guillermo Vilas (31) wegen angeblicher verbotener Annahme von Startgeldern beim Turnier in Rotterdam meinte Borg: „Das ist ein Problem, das es schon immer gegeben hat und gibt." Das Wichtigste sei, daß die Spieler zu diesen Turnieren kommen und gewinnen wollen und das beste Tennis spielen. Das wolle auch der Zuschauer.

Björn Borg wurde in München als Namensträger einer exklusiven Herrenbekleidungs-Kollektion präsentiert. Björn Borg, der zu der Kollektion einer schwedischen Firma „eigene Ideen" und seinen klangvollen Namen beisteuert, wird 2,5 Prozent des Nettoumsatzes erhalten.

Nicht den Stab brechen

Als 10:10-Favorit hat der fünfjährige Galopperhengst Orofino am Sonntag im Große Preis von Berlin in Düsseldorf gegen den dreijährigen Hengst Abary verloren. Ein Rennen, das für ihn eigentlich nur reine Formsache sein würde. Doch der Turf-Sport erlebte wieder einmal eine große Überraschung.

Sicher paßt diese Niederlage gegen den Sechstplazierten aus dem Derby vor drei Wochen nicht in das Konzept, besonders für mögliche Verkaufsgespräche war die Niederlage alles andere als fördernd. Aber es wäre falsch, jetzt gleich den Stab über Deutschlands rennsport aus dem Derby-Jahrgang nicht nur einen Orofino (wie vor zwei Jahren) und mit Abstrichen Anno (vor einem Jahr) zur Verfügung hat. Es deutet vieles darauf hin, daß der Jahrgang 1980 ein besonders guter ist. Im Aral-Pokal am 14. August in Gelsenkirchen werden die vier Erstplazierten des Derbys: Ordos, Nandino, Ocos und Solo dies untermauern.

Der Erfolg von Abary in Düsseldorf ist aber auch der Beweis dafür, daß die immer wieder vorgenommene Verpflichtung englischer Spitzenjockeys im Derby keineswegs die richtige Entscheidung sein muß. Trainer Jentzsch kritisierte, daß Willie Carson auf Abary viel zu früh resigniert hätte. Besitzer Walther Jacobs war schon unmittelbar nach dem Derby unzufrieden mit der Leistung des Stars von der Insel. Jacobs machte schon 1968 schlechte Erfahrungen mit Lester Piggott, der den Favoriten Literat nicht zu seiner Zufriedenheit über den Kurs brachte. Mit Meinberg und Piggott war das 1974 nicht anders, vor drei Jahren erlaubte sich Joe Mercer einen unmöglichen Derby-Ritt auf dem Röttgener Hengst Wauthi. Die Engländer nehmen die Aufgabe im Derby allzu oft sehr leicht. Sie machen es in der Gewißheit, zwei Stunden später wieder im Flugzeug zu sitzen – mit der fetten Gage in der Tasche. Sie haben den deutschen Jockeys gegenüber den Vorteil, abgeklärter zu sein. Aber das führt eben oft auch zu einer Überschätzung des eigenen Könnens. In den letzten 20 Jahren haben nur drei aus England für den Derby-Ritt eingeflogene Jockeys gewonnen: 1967 Lester Piggott mit Luciano, 1969 Brian Taylor mit Don Giovanni und 1972 Geoff Lewis mit Tarim. Das sollte zu denken geben.

STAND ● PUNKT

Grand-Prix-Galopper Nummer eins zu brechen. Voreilige Experten sprachen nach dem Rennen schon vom „Ende der Träume".

Trainer Sven von Mitzlaff sollte sich trotz der Niederlage nicht davon abbringen lassen, das Ziel Prix de L'Arc de Triomphe am 2. Oktober in Paris weiter anzupeilen. Es gibt zwei prominente Beispiele der letzten Jahre, die beweisen, daß eine Niederlage nicht unbedingt das Ende einer großen Laufbahn bedeuten muß. Der legendäre englische Hengst Brigadier Gerard verlor 1972 in York den Bedson and Hedges Gold-Cup gegen Roberto, der weder vorher noch nachher diese Leistung bestätigte. Brigadier Gerard hat 18 Rennen bestritten – und nur dieses eine Mal verloren. Am 17. August 1980 ging Nebos als 11:10-Favorit an den Start des Gelsenkirchener Aral-Pokals – er unterlag Wauthi. Anschließend siegte Nebos im Großen Preis von Baden und lief als Fünfter im „Arc" in Paris das Rennen seines Lebens.

Diese Hinweise sollen nun keineswegs die Leistung von Abary trüben. Es besteht die große Hoffnung, daß der deutsche Galopp-

KLAUS GÖNTZSCHE

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Rot – Mannheim 1:11, Solingen – Bielefeld 2:0, Hamburg – Kaiserslautern 2:0, Kuppenheim – Rastatt 2:4, Kreisauswahl Biedenkopf – Kassel 1:3, Speldorf – Essen 1:3, Versberg – Uerdingen 1:16, Unterhaching – Bayern München 1:3, Kreßborn – Offenbach 0:11, Sindlingen – Frankfurt 0:5, Oldenburg – Bremen 1:21, Rangendingen – Düsseldorf 1:10, Neuborger – Meppen 1:6, Salmrohr – Aberdeen 2:0, Hamm – 1. FC Köln 1:2, Hamm – Aachen 2:1.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Kitzbühel (100 000 Dollar), Herren-Einzel, Finale: Vilas (Argentinien) – Leconte (Frankreich) 7:6, 4:6, 6:4.

Offene Meisterschaften der Niederlande in Hilversum (75 000 Dollar), Herren-Einzel, Finale: Smid (CSSR) – Taroczy (Ungarn) 6:4, 6:4.

Grand-Prix-Turnier in Washington (200 000 Dollar), **Herren-Einzel, Halbfinale:** Clerc (Argentinien) – Martinez (Bolivien) 6:3, 6:2, Arias (USA) – Korita (USA) 7:6, 6:3. – **Doppel, Halbfinale:** McNamee/Taygan (Australien/USA) – Birner/Miller (CSSR/Australien) 6:4, 6:2, Dickson/Motta (USA/Brasilien) – Gottfried/Orantes (USA/Spanien) 6:3, 6:3.

Jugend-Europameisterschaften in Blois/Frankreich, Endspiele: Mädchen der Altersklasse bis 14 Jahre: Steffi Graf – Sabine Hack (beide Deutschland) 6:3, 6:2. – **Doppel:** Graf/Hack – Bourdais/Niox-Chateau (Frankreich) 6:4, 6:4.

Mädchen der Altersklasse bis zwölf Jahre: Michaela Kriebel (Deutschland) – Witzova (CSSR) 6:7, 6:3, 6:1. – Doppel: Sonneveld/van Dierendonck (Niederlande) – Kriebel/Czoske (Deutschland) 6:0, 6:2.

Jungen der Altersklasse bis zwölf Jahre: Arne Thoms (Deutschland) – Oliver Fuchs (Österreich) 6:4, 6:2 (sid).

MOTORSPORT

Neunter Lauf zur Formel-2-Europameisterschaft in Misano/Italien: 1. Palmer (England) Ralt-Honda 1:09:37,74 Std., 2. Martini Minardi-BMW 1:10:41,61, 3. del Castello March-BMW 1:10:50,60, 4. Dacco (alle Italien) Toleman-Hart eine Rd. zur. – **EM-Stand:** 1. Palmer 44 Punkte, 2. Gabbiani (Italien) March-BMW 39, 3. Thackwell (Neuseeland) Ralt-Honda 26, 4. Danner (Deutschland) March-BMW 19.

FECHTEN

Weltmeisterschaften in Wien, dritter Finaltag, Säbelfinale: V. Etropolski (Bulgarien) – dalla Barba (Italien) 10:8, um Platz drei: H. Etropolski (Bulgarien) – Meglio (Italien) 10:3. – **Herren-Florett, Mannschaftswettbewerb, Vorrunde:** Deutschland (Gey 3 Siege/0 Niederlagen, Beck 2/0, Hein 2/0, Behr, alle Tauberbischofsheim 1/0, Reichert, Bonn 1/0) – Jugoslawien 9:0, Deutschland (Gey 2/1, Beck 0/2, Hein 3/0, Behr 3/1, Reichert 1/0) – China 9:4. Viertelfinale: Deutschland (Behr 3/1, Gey 2/2, Beck 2/2, Hein 2/2) – Frankreich 9:7, Kuba – Italien 9:7, „DDR" – UdSSR 9:6, Ungarn – Polen 9:7.

Halbfinale: Deutschland (Behr 3/1, Gey 3/1, Beck 2/1, Hein 0/3) – Kuba 8:6, „DDR" – Ungarn 9:5.

RADSPORT

5. Internationale Coca-Cola-Trophy für Profis, zehnter Veranstaltungstag in Schramberg, Rundstrecken-Rennen (80 km): 1. Fritz (Jestetten) 1:56:46 Std., 2. Rinklin (Singen), 3. Betz (Sindelfingen) beide gleiche Zeit. – **Gesamtwertung:** 1. Braun 65 Punkte, 2. Thurau 58.

WASSERSPRINGEN

Deutsche Meisterschaften der Kunst- und Turmspringer in Heilbronn: Kunstspringen Frauen 3 m: 1. Kopp (Offenbach) 515,31 Punkte, 2. Döbrich (Frankfurt) 512,79. – Kombination Frauen: 1. Kopp 888,15, 2. Piotraschke 835,59. – Turmspringen Männer: 1. Dörr (Gelnhausen) 588,33, 2. Plewka (Aachen) 584,91, 3. Killat (München) 575,46. – Kombination Männer: 1. Killat 1213,77, 2. Dörr 1176,51.

GOLF

Deutsche Senioren-Mannschaftsmeisterschaft, Endrunde der im Fernkampf qualifizierten besten zwölf Clubs in Kronberg: 1. Köln-Refrath 1236 Schläge (für drei Vierer und zweimal sechs Einzel), zum dritten Mal nach 1979/82, 2. Dortmund 1245, 3. Hamburg-Ahrensburg 1261, 4. Bremen-Vahr 1284, 5. Bad Wildungen 1286, 6. Hamburg-Walddörfer 1293. – Beste Einzelspieler: Senioren: Noldt (Ahrensburg) 78+72=150 Schläge bei Standard 68 vor Philipps (Köln) 79+73=152. – Seniorinnen: Schwill (Dortmund) 75+78=153 vor Venten (Köln) 79+77=156.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 10, 14, 19, 27, 39, 44. Zusatzspiel: 7. (Ohne Gewähr)

KRITIK

Vernichtende Bewunderung

Vier Reporter der ARD sind dem **„Fluch eines Vergnügens"** nachgegangen, dem Fluch nämlich, der dem Massentourismus anhaftet. Es ist ein Teufelskreis: Wo es schön ist, wollen viele Leute urlauben, wo indes viele Leute urlauben, ist es nicht mehr schön. Anders ausgedrückt: Auch die Fremdenverkehrswirtschaft hat ihre Rentabilitätskurven. Einerseits wird ein Hotelzentrum erst rentabel, wenn es 1000 Betten anbieten kann. Damit aber verliert es seine Attraktivität. Die Leute bleiben fort und die theoretisch errechnete Rentabilität ist hin.

Eine andere Sache. Gibt man vielen Menschen die Möglichkeit des Naturgenusses, so trampeln sie dieselbe Natur zu Tode, die zu bewundern sie ausgezogen waren. Gibt man den vielen Menschen keine Chance des Naturerlebnisses, so ziehen sie auf eigene Faust querfeldein und vernichten noch mehr schützenswertes Leben.

Was also tun? Die Filmemacher wissen es nicht. Niemand weiß es. Und es ist kein Trost, wenn man erfährt, mit welcher Zynik unsere westlichen Nachbarn eine der schönsten Landschaften Europas, die Provence, mit entsetzlichen Bettenburgen bepflanzen. Da sind wir ja geradezu Grüne! (Zumindest im Bewußtsein.)

Fazit: Ein Film, der zum Nachdenken reizt; hoffentlich denken die Fremdenverkehrsfachleute mit. Hoffentlich erreicht es auch die Leute, die zu bestimmen haben, wie das Bild unserer Heimat werden soll.

VALENTIN POLCUCH

Zuviel Licht schadet nur

Echt oder nicht, das ist nur eine der Fragen bei den ausspionierten Protokollen aus Prag, die der Romanautor Hans Herlin in **„Satan ist auf Gottes Seite"** (ZDF) offengelassen hat. Wer zum Beispiel erschoß gleich zu Anfang den Agenten? Herlin war offensichtlich der Ansicht, zuviel Licht in der Geschichte über obskure Praktiken im undurchsichtigen Geschäft eines Geheimdienstes könne der Faszination nur schaden.

Um so besser kann man dann den nur für Eingeweihte verständlichen Jargon des Agentenbüros ausspielen. Auch läßt sich in die Seele eines Chefs hineinleuchten, der, vor der Pensionierung stehend, schnell noch seinen Gegenspieler auf der anderen Seite austricksen will. Vor allem läßt sich vorführen, daß in diesem schmutzigen „Ersatzkrieg" ein Mensch weniger wert ist als ein Bauer im Schachspiel.

Und doch geht die Rechnung nicht auf. Vielleicht weil nicht weniger als drei Autoren am Drehbuch schrieben, findet sich der Betrachter nur mühsam zurecht. Und er läuft ständig Gefahr, die Orientierung jederzeit zu verlieren, weil Regisseur Wolfgang Staudte entscheidende – zugegeben: streng geheime – Details in Sekundenbruchteilen ablichtet. Gute Schauspieler, die man freilich alle schon besser gesehen hat, eine routinierte Kameraführung und Schnittechnik richten deshalb gar nichts aus: Ein obskurer Film kommt heraus, demgegenüber selbst ein verzwickter Simmel-Thriller übersichtlich ist.

KATHRIN BERGMANN

STUDIO

Das Zentralorgan der ungarischen KP „Népszabadság" hat jetzt indirekt eingeräumt, daß der Chef des **Ungarischen Rundfunks und Fernsehens MRT**, Richierd Nager, aus politischen Gründen abgelöst wurde. Der Wechsel wurde von westlichen Korrespondenten mit einem sowjetischen Protest gegen eine Sendung in der TV-Reihe „Chronik" erklärt, die den Untergang der ungarischen 2. Armee in der zweiten Januar-Hälfte 1943 bei Woronesch nordwestlich von Stalingrad (vormals Zaryzin, heute Wolgograd) schilderte. „Népaszabadság" veröffentlichte auf der Titelseite eine Karikatur, die den alten und den neuen MRT-Chef in der Funktion von Nummern-Girls auf einer Fernsehbühne mit Souffleurkasten von einem Bildschirm umrahmt zeigt. Der alte MRT-Chef Richierd Nager verläßt den Bildschirm, winkt zum Abschied und zwinkert den Zuschauern zu. Der neue MRT-Chef Mihály Korndisz, bis dahin Leiter der Kultur-Abteilung des ZK, betritt den Bildschirm mit einem eher skeptischen Blick. Überschrift: „Neues Programm ..."

*

Bei den **Internationalen Filmfestspielen in Moskau** vom 7. bis 21. Juli wurden fünf mit dem WDR koproduzierte Filme gezeigt: „Als die Igel größer wurden", ein Zeichentrickfilm von Ursula und Franz Wintzensen nach einer Idee von Gert K. Müntefering, „Die Heartbreakers" von Matthias Seelig (Buch) und Peter F. Bringmann (Regie), „Heller Wahn" von Margarethe von Trotta und „Kaltgestellt", ein Film von Bernhard Sinkel und Alf Brustellin, sowie „Lola" von Rainer Werner Fassbinder.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Vom Webstuhl zur Weltmacht
Die Geschichte des Hauses Fugger in sechs Episoden
11.25 Fecht-WM
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.20 *Unsere kleine Farm*
Neue Gesichter
16.10 Tagesschau
16.15 Weiße Russen
Film von Richard Blank
Der heute 81jährige Nikolai Lugowol wurde in Leningrad geboren. Als Junge verließ er seine Heimat, da seine Eltern der kommunistischen Ideologie nichts abgewinnen konnten. Vor 23 Jahren ließ er sich in München nieder, wo heute noch viele russische Emigranten in der Tradition der „Weißen" leben. Was bringt sie dazu, ihre Sprache und Kultur in fremder Umgebung zu erhalten?
17.00 Eine Sommerfahrt (1)
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Professor Grzimek
Zwischen Springböcken und Mundbrütern
21.00 Report
Themen: 1. Der stille Kampf am Ende der Welt – Die Sowjets und Spitzbergen / 2. Agentenzentrale Nowosti? – Die Sowjets und die Eidgenossen / 3. Interview mit Herbert Hellenbroich – Präsident des Bundesverfassungsschutzes
21.45 Der Aufpasser
Diamanten für die Dame
Mit Dennis Waterman, George Cole. u. a.
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut' abend
Die ARD-Talkshow
mit Joachim Fuchsberger
Zu Gast: Alice und Ellen Kessler
23.45 ARD-Sport Extra – aus Wien Fecht-WM 1983
Finale Florett Damen – Mannschaftswertung (Ausschnitte)
00.15 Tagesschau

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Pinocchio
Im Dorf der fleißigen Bienen
15.45 Till, der Junge von nebenan
Der große Freund
16.20 Ferienkalender
16.45 Die Schlümpfe
Der 100. Schlumpf
17.00 Mosaik
Für die ältere Generation
„Frisch auf den Tisch"
Wie frisch gelangen die landwirtschaftlichen Produkte auf unseren Tisch? Wie frisch sollten sie sein, um die ursprünglich vorhandenen Nährstoffe noch zu enthalten? Wie ist es z. B. mit der Butter, die uns auf dem Umweg über den „Butterberg" erreicht? – Dazu Tips und Rezepte
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Lechtaler Buam
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rate mal mit Rosenthal
Heiteres Spiel für Leute wie du und ich
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Louis de Funès
Jo – Hasch mich, ich bin der Mörder
Französischer Spielfilm (1971)
Regie: Jean Girault
Anschl.: Ratschlag für Kinogänger „Höllenjagd bis ans Ende der Welt"
21.00 heute-journal
21.20 Arbeit gibt es genug
Verschüttete Berufe werden wieder entdeckt
22.05 Unser Kosmos (7)
22.45 Sport aktuell – aus München
Intern. Leichtathletik-Sportfest
23.45 heute

III.

WEST

18.00 Marco (3)
Zeichentrickserie für Kinder
Treppauf, treppab durch Genua
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

18.00 Meikel gründet einen Verein
Meikel hat sich in den Kopf gesetzt, *alle Dinge, die rund sind,* eckig zu machen. Er hat dafür sogar einen Wissenschaftler gewonnen, der unsinnige Theorien entwickelt. Es gibt auch einen Verein, der dafür eintritt, daß alles Runde abgeschafft wird. Selbst die Bahn wird für eckige Räder interessiert.
18.30 Spaß m III.
Mit Bills Klamottenkiste
19.00 Beat Club
Viva
Fernsehdebüt der Heavy-Metal-Formation
19.15 Frauengeschichten
U. Ranke-Heinemann
Ein Film von Christa Auch-Schwelk

WEST/NORD/HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Magdeburg gestern und heute
Magdeburg, eine Stadt, deren Geschichte und deren Gesicht im Laufe der Jahrhunderte vom Krieg geprägt worden ist. Es begann mit dem 30jährigen, als Magdeburg fast restlos zerstört wurde, und setzte sich fort bis 1945. Die einstige Festung Preußens ist heute industrielles Zentrum: nicht schön, aber interessant.
21.00 Formel Eins
ARD-Hitparade
21.45 Design
Grafik-Design Milton Glaser
Der im Jahre 1929 in New York geborene Grafiker gehört zu den international berühmten Künstlern und Lehrern
22.40 Vor vierzig Jahren
Deutsche Wochenschau vom 4. August 1943
Kommentar: Karl-Heinz Jaußen
23.10 Letzte Nachrichten

Nur für WEST
23.15 Soap oder Trautes Heim (17)
Eine unglaubliche Familiengeschichte
Nur für NORD/HESSEN
23.15 Dallas
Angst um Miß Ellie (1)

SÜDWEST

Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Kann Diät krank machen?
20.15 Biegen oder Brechen
Geboren in Boppard:
Michael Thonet
21.00 Die unvergeßliche Nacht
US-Spielfilm (1940)
Mit Fred MacMurray, Barbara Stanwyck u. a.
Regie: Mitchell Leisen
22.30 Vocal Summit II
Eine Jazz-Sendung

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 „Ich werde nicht sterben, sondern leben"
Reportage über die Martin-Luther-Ausstellung
19.30 Formel Eins
ARD-Hitparade
20.15 Unter Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
Die Gesundheitsküche
21.45 Z. E. N.
Im Garten von Veitshöchheim
21.50 Im Gespräch
22.35 Dallas
Die Erbin
23.20 Rundschau

Strauß-Besuch: Dresdner geschlagen

● Fortsetzung von Seite 1

stung Königstein in der Sächsischen Schweiz und eine Dampferfahrt auf der Elbe.

Strauß will nach Beendigung seiner „DDR"-Reise von Erfurt aus nach Basel (Schweiz) fliegen, um dort die CSU-Landtagsfraktion zu treffen. Für den Flug Erfurt–Basel hat ihm Ost-Berlin eine „Überfluggenehmigung" erteilt.

dpa, Bonn

Das Treffen zwischen Strauß und Honecker ist von der Bundesregierung und der Union in Bonn positiv aufgenommen worden.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sprach zwar davon, daß die jüngsten ostpolitischen Strauß-Aktivitäten „opportunistisch" wirkten, begrüßte aber zugleich, daß der CSU-Vorsitzende offensichtlich versuche, Anschluß an die vor Jahren geschaffenen Fakten im Ost-West-Verhältnis zu finden. Die in Ost-Berlin erscheinenden Tageszeitungen berichteten auf den Titelseiten über das Treffen am Werbellinsee.

Regierungssprecher Peter Boenisch erklärte, daß Bundeskanzler Helmut Kohl immer der Ansicht gewesen sei, daß solche Begegnungen zu begrüßen seien. Er betrachte sie als nützlich für die gegenseitigen Beziehungen in schwieriger Zeit. Zugleich ging Boenisch auf die Lambsdorff-Kritik an der Kreditvergabe an die „DDR" ein: Der Wirtschaftsminister habe am 29. Juni im Kabinett die Entscheidung als politisch richtig bewertet. CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu forderte von Lambsdorff eine Klarstellung seiner Haltung.

Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher sprach in einem Interview des Deutschlandfunks „mit großer Befriedigung" von einer Kontinuität in der Deutschland- und Außenpolitik. Dies sei „ein großer Gewinn". „Bekanntlich" habe die FDP mit anderen alle Grundsatzentscheidungen in der Deutschland- und Außenpolitik durchgesetzt.

„Das Ganze bezeichnet ihr noch als national"

Telefonische Umfrage in der „DDR" zur Strauß-Reise

GREGOR KONDECK, Bonn

Offensichtlich reserviert und mit Skepsis beobachten Bewohner der „DDR" den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der CSU, Franz Josef Strauß, bei Erich Honecker. Dies ergab eine telefonische WELT-Umfrage in der „DDR", bei der die Teilnehmer gefragt wurden: „Was versprechen Sie sich von dem Besuch des CSU-Vorsitzenden Strauß bei Honecker für die deutsch-deutschen Beziehungen?"

Eine Grafikerin aus Weimar erklärte dazu: „Gar nichts. Hier wird westdeutsche Innenpolitik, wie schon so oft, auf unserem Rücken ausgetragen, und das Ganze bezeichnet Ihr dann noch als national." Eine Redakteurin aus Leipzig sagte: „Überhaupt nichts, genausowenig wie von dem Kredit."

Ein Mitarbeiter der Feuerwehr im Bezirk Dresden erklärte, nachdem er den ersten Schreck über den Anruf überwunden hatte: „Ihre Politiker sind doch alle gleich. SPD oder CDU – nationale Politik, das ist für euch ein Fremdwort. Erst waren wir eure ‚Brüder und Schwestern' und jetzt bezahlt Ihr unsere Funktionäre und verhindert den Bankrott. Nun wissen wir überhaupt nicht mehr, wen wir wählen sollten, wenn wir es könnten."

Ein Pfarrer der evangelischen Landeskirche Thüringens in Erfurt sagte: „Gespräche sind besser als das Verharren auf vereisten Positionen. Ich glaube nur, daß dieser Besuch wenig Erfolg haben wird. Mir persönlich bereitet es mehr Sorge, wenn ich daran denke, daß wieder sehr viele Jugendliche wie bei dem Besuch von Willy Brandt bei uns in Erfurt sehr unvorsichtig sein werden und dies anschließend mit Freiheitsentzug büßen müssen."

Ein Augenzeuge aus Dresden beantwortete die Frage nicht, erklärte aber: „Bis spät in die Nacht hinein haben viele Leute vor dem ‚Newa' (ein Hotel auf der Prager Straße – die Red.) in Dresden auf Strauß gewartet. Keiner hat sich von euch sehen lassen, auch nicht seine Mitarbeiter, um mit diesen Menschen zu sprechen. So etwas nennt man feige, denn nur wir haben dabei unsere persönliche Freiheit zu verlieren, Ihr doch nicht."

Ein Arbeiter aus Wittichenau im Bezirk Cottbus sagte: „Hoffentlich wird der Umtausch heruntergesetzt und meine 78jährige Mutter wird nicht mehr so an der Grenze schikaniert. Anfang dieses Monats haben sie sie vier Stunden gefilzt, als sie zu uns zu Besuch kam. Alles andere interessiert mich nicht. Ich glaube nicht mehr an eine deutsch-deutsche Entwicklung. Daran glauben hier nur noch unsere jungen Leute."

Bei der Umfrage waren 100 Personen in Erfurt, Weimar, Görlitz, Risa, Leipzig, Dresden, Radeberg, Pirna, Grimma, Groshartau, Bad Schandau, Stolpen und Wittichenau angerufen worden. 40 Teilnehmer legten sofort auf, nachdem sie erfuhren, daß der befragende Journalist aus der Bundesrepublik Deutschland anruft.

25 Teilnehmer gaben ausweichende Antworten, darunter ein Diplomingenieur aus Dresden: „Was fragen Sie mich da? Dafür ist mein Parteisekretär zuständig." Ein anscheinend verunsicherter Drogist aus Görlitz erklärte: „Wollen Sie mich verladen? Wir wissen uns gegen unsere Klassenfeinde zu schützen oder soll ich Ihnen einen schönen Gruß an Ihren Führungsoffizier ausrichten?"

Lediglich vier Befragte schätzten den Besuch positiv ein. Darunter ein Mann aus Pirna, der dazu sagte: „Das finde ich positiv. Da kann man sehen, daß unser Genosse Honecker sich mit jedem unterhält – auch mit Strauß."

Eine Hausfrau aus Grimma im Bezirk Leipzig erklärte nur: „Ach wissen Sie, Politik interessiert mich nicht. Mich interessiert vielmehr, wann ich endlich wieder genügend Windeln für meine Kinder kaufen kann."

Hochrufe auf verschwundenen Strauß

hrk, Dresden

So wie sich der von Kanzler Helmut Schmidt und SED-Chef Erich Honecker vor zwei Jahren entdeckte „Geist vom Werbellinsee" alsbald verflüchtigte, so blieb Franz Josef Strauß nach Speis, Trank und Talk bei Honecker am Sonntag leibhaftig verschollen. Rund 150 Dresdner harrten an diesem lauen Sommerabend vergebens vor dem Interhotel „Newa", um den bekanntesten deutschen Politiker und bisherigen Belzebub der „DDR"-Medien zu empfangen. Sie hätten ihn vermutlich aus Neugier oder politischer Sympathie schier erdrückt.

Aber die Strauß-Familie befand sich bereits seit 20 Uhr nahe einem dunklen Berggäßchen auf den Elbhöhen in SED-„Internierung" – im Hause des Vorsitzenden des Rates des Bezirks. „Ich warte nun schon seit zweieinhalb Stunden – kommt denn der Franz Josef nicht hierher? Die Nachricht von seiner Dresden-Reise habe ich im Rias gehört", berichtete ein junger Mann in der Menge vor dem Hotel. Als Ersatz für Strauß und gleichsam als Klagemauer für alle ihre, trotz der in der Menge mitschwimmenden Sicherheitsleute, vorgetragenen Sorgen und Bedenken dienten den Dresdnern die Journalisten aus dem Westen vor dem Hotel.

Nach den Vorgängen in Jena um die kirchliche Friedensbewegung, nach den Ausweisungen und nachdem dort kürzlich 60 Mann schweigend auf ihre Ausreisewünsche aufmerksam machten, scheint manches anders in der „DDR": Der Hang zur Wahrhaftigkeit, der Drang, was gesagt werden müßte, auch auszusprechen, prägt sich sogar bei Älteren markanter als früher aus. Viele Deutsche hier verinnerlichen Helsinki erst jetzt.

„Für den Milliardenkredit, den Ihr uns gegeben habt, erwarten wir politische Gegenleistungen von unserer Regierung, daß zum Beispiel auch mal jüngere Leute reisen können", sagt ein Familienvater im besten Mannesalter. „Laß mich doch, bei uns können wir doch sagen, was wir wollen, und weshalb soll ich mich nicht für eine Westzeitung fotografieren lassen?" weist der Mann seine vorsichtigere Frau zurück. Hastig stößt ein 46jähriger Maschinist hervor: „Wir dürfen nie aufeinander schießen, wir Deutsche müssen uns die Hände reichen."

Nachts zuvor waren 20 junge Burschen über Dresdens Prager Straße zu Strauß' vermeintlichem Hotel gezogen und hatten ihm aus voller Brust singend ein Ständchen dargeboten: „Hoch, hoch, Franz Josef Strauß lebe hoch – herzlich willkommen in Dresden, in Dre-s-den ..." Vergebens versuchte ein Gruppenaufpasser, so berichteten später Augenzeugen, die Sänger durch ein „Gegenlied" zu übertönen.

Bei der Zusammensetzung des Miniatur-Pressepools, der zur Berichterstattung über den Strauß-Besuch zugelassen war, fühlten sich vor allem die rund 20 in Ost-Berlin teilweise schon zehn Jahre arbeitenden West-Korrespondenten schmählich übergangen. Da waren die „DDR"-Gastgeber gegenüber Frau Marianne und Sohn Max doch wesentlich höflicher: sie spannten – sozusagen als Begleitprogramm – für den Rest der Strauß-Familie einen Landauer vor Schloß Hubertusstock an, der samt Förster in Uniform die beiden Gäste durch den deutschen Eichenwald traben ließ. Erst im Laufe des Montag bekamen die mitreisenden Journalisten Strauß zu Gesicht – im Dresdner Zwinger.

Amin Gemayel überraschend zu Mitterrand nach Paris

AFP/AP/rtr, Beirut/Paris

Nach erbitterten Kämpfen zwischen Yassir Arafat ergebenen Palästinensern und Gegnern des PLO-Führers in der Palästinenser-Bewegung Al Fatah ist den „Dissidenten" in der Nacht zum Montag ein Vorstoß nach Jdita im Nordwesten von Schtauras gelungen. Nach Angaben von Pressekorrespondenten haben die bewaffneten Auseinandersetzungen zwölf Tote und 30 Verletzte gefordert. Der libanesische Rundfunk meldete unter Berufung auf die Polizei, daß beide Seiten Artillerie und Raketen eingesetzt hätten.

Wie Arafat nahestehende Palästinenser berichteten, halten sich seit gestern nacht die Rebellen in der strategisch wichtigen Ortschaft Jdita verschanzt, die mit Rücksicht auf die Zivilbevölkerung bisher nicht bombardiert wurde.

Angesichts dieser neuen schweren Kämpfe im ostlibanesischen Bekaa-Tal hat PLO-Chef Yassir Arafat in seinem tunesischen Exil eine Sitzung des 60köpfigen Zentralrates der Palästinenser einberufen. Bisher hatte der Chef der PLO Forderungen nach Einberufung eines großangelegten Palästinenser-Treffens widerstanden. Aus Palästinenser-Kreisen verlautete, daß Arafat bei einer solchen Konferenz nicht mit einer ernsten Herausforderung für seine Autorität innerhalb der PLO fürchten müsse.

Mit den wieder aufgebrochenen Kämpfen in der Bekaa-Ebene war zum ersten Mal seit über drei Wochen der von neutralen Palästinensergruppen vermittelte Waffenstillstand vom 1. Juli zwischen den Arafat-treuen Verbänden und mit dem Fatah-Rebellen Abu Musa sympathisierenden Einheiten gebrochen worden.

Der libanesische Staatschef Amin Gemayel ist gestern nach seinem mehrtägigen Aufenthalt in den USA überraschend in Paris eingetroffen, um dort mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand Gespräche über die Situation in Nahost zu führen.

Nach einer einstündigen Unterhaltung mit Mitterrand gestern mittag erklärte Gemayel vor Journalisten, die libanesische Armee werde nach dem Teilrückzug israelischer Truppen aus dem Schuf-Gebirge in dieses Gebiet einrükken. Zu der Frage einer Sicherheitsgarantie für das Schuf-Gebirge durch die 2000 in Libanon stationierten französischen Soldaten der internationalen Friedenstruppe ist es während der Unterredung mit Mitterrand offensichtlich nicht gekommen. Frankreich stellte für eine derartige Garantie vier Bedingungen: Die gewählten libanesischen Instanzen müßten einen Antrag an die französische Regierung richten. Die anderen beteiligten Länder an der Friedenstruppe müßten sich mit Paris koordinieren. Die Nachfrage nach einer solchen Maßnahme müßte tatsächlich vorhanden sein und schließlich müßten vorher die Miliztruppen der Drusen und Fallangisten, die sich in diesem Gebiet heftige Kämpfe liefern, der Forderung zustimmen.

Der libanesische Regierungschef forderte gestern in Paris erneut ein von den Vereinten Nationen kontrolliertes Referendum in den von Syrien und Israel besetzten Gebieten des Landes. Dieses Referendum werde nach seinen Worten die Suche des libanesischen Volkes nach „Legitimation" beweisen.

Simón-Bolivar-Preis für Juan Carlos und Mandela

Deklaration von Caracas: Frieden für Lateinamerika

AFP/rtr/AP, Caracas

König Juan Carlos I. von Spanien und Vertreter des seit 1964 inhaftierten südafrikanischen Rechtsanwalts und Apartheid-Gegners Nelson Mandela haben bei den Feiern zum 200. Geburtstag des südamerikanischen Nationalhelden Simon Bolivar in Caracas den ersten von der Unesco ausgesetzten Simon-Bolivar-Preis entgegengenommen.

An der Feier in der Altstadt von Caracas, wo Bolivar am 24. Juli 1783 geboren wurde, nahmen als Ehrengäste die Staatspräsidenten von Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela sowie UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar, OAU-Generalsekretär Alejandro Orfila, Unesco-Generaldirektor Mahtar M'Bow, der kolumbianische Literaturnobelpreisträger Gabriel Garcia Marquez und der französische Verteidigungsminister Charles Hernu teil. Anläßlich dieses Jubiläums haben die Staatschefs sechs lateinamerikanischer Staaten zum Frieden in Mittelamerika aufgerufen. In einer „Deklaration von Caracas" fordern Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Panama, Peru und Venezuela ein Ende der ausländischen Einmischung in der Region. Zugleich unterstützen sie die Friedensinitiative der vier Contadora-Staaten Kolumbien, Panama, Venezuela und Mexiko. In der Deklaration wird die Einheit Lateinamerikas „als historische Notwendigkeit und fundamentales politisches Ziel" hervorgehoben. Die sechs Staaten verlangen eine Reduzierung der Rüstungsausgaben und die Verwendung der freiwerdenden Mittel für Entwicklungsprojekte.

Gebietsgewinne ablehnen

Die für die Verleihung der Simon-Bolivar-Preise gebildete Jury unter Vorsitz des venezolanischen Schriftstellers Uslar Pietri zeichnete Juan Carlos I. für seine Verdienste um den friedlichen Übergang von der Diktatur zur Demokratie in Spanien und Nelson Mandela für seinen Kampf um die Menschenrechte und die Abschaffung der Apartheid in Südafrika aus. In seiner Dankesrede äußerte der spanische Monarch die Hoffnung, daß die Konflikte in Lateinamerika bis zum 500. Jahrestag der Entdekkung des amerikanischen Kontinents im Jahr 1992 beigelegt seien. Ohne namentliche Anspielung auf ein bestimmtes Land erklärte Juan Carlos, das amerikanische Völkerrecht, das auf das Gedankengut des „Libertadors" zurückgehe, fordere die friedliche Regelung aller internationalen Konflikte und lehne jegliche Gebietsgewinne auf dem Weg des Krieges ab. Juan Carlos versicherte, er werde sich auch für die vollständige Befreiung Afrikas und den Kampf gegen die Apartheid einsetzen.

Gedenkausstellung eröffnet

Den Preis für den inhaftierten Nelson Mandela nahmen aus den Händen von Unesco-Generalsekretär Mahtar M'Bow die Tochter des Bürgerrechtlers und der Vorsitzende des verbotenen „Afrikanischen National Kongresses" (ANC), Oliver Tambo, entgegen. Unter dem Beifall der mehr als zweitausend Ehrengäste umarmten der spanische König und Königin Sophia sowie alle anwesenden Staatschefs die Tochter Mandelas und den ANC-Vorsitzenden. In seiner Dankesrede ging Oliver Tambo auf die Unterdrückung der Apartheid-Gegner in Südafrika ein und verlas eine Botschaft Nelson Mandelas, in der dieser erklärt, er sei zum Sterben bereit, um sein Ideal von einer freien und demokratischen Gesellschaft zu verwirklichen.

Zuvor hatten die Ehrengäste eine Gedenkausstellung über Simon Bolivar eröffnet und an einer Parade von Angehörigen der Streitkräfte der Anfang des 19. Jahrhunderts von Bolivar regierten Länder – Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Panama, Peru, Venezuela – teilgenommen.

US-Flottenmanöver als Akt der Bedrohung bezeichnet

Kritik im Kongreß / Nicaragua bereit zu verhandeln

rtr/AP, Washington/Managua

Während acht amerikanische Kriegsschiffe weiterhin Kurs auf die Pazifikküste Mittelamerikas nehmen, hat sich der verbale Konflikt zwischen den USA und Nicaragua weiter verschärft. Der von den Vereinigten Staaten ausgeübte Druck habe zum Ziel, das „Betragen der Sandinisten zu ändern", erklärte der US-Botschafter in Managua, Anthony Quainton, im amerikanischen Fernsehen. Am nicaraguanischen Friedensplan, der in der vergangenen Woche von Regierungschef Ortega vorgestellt worden war, kritisierte Quainton, die Vorschläge seinen unvollständig, vor allem was die Deokratisierung Nicaraguas anbetreffe.

Der sandinistische Innenminister Tomas Borge warnte in Managua die USA vor einer „Apokalypse" in Mittelamerika. Die Entsendung einer Kriegsflotte bedrohe nicht nur sein Land, sondern alle Nationen Lateinamerikas. Nicaragua sei bereit, mit den USA über Frieden zu verhandeln, aber auch darauf vorbereitet, zur Beendigung des Konflikts in Mittelamerika „in die Schützengräben zu gehen".

Die Mittelamerika-Politik des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan ist auch bei führenden demokratischen Kongreßabgeordneten auf scharfe Kritik gestoßen. Senator Christopher Dott nannte die Abhaltung großer amerikanischer Seemanöver vor beiden Küsten Nicaraguas einen „Akt der Bedrohung", der ohne Absprache mit dem Kongreß durchgeführt werde. Dies könne eine Verletzung des Gesetzes über die Vollmachten des Präsidenten im Kriegsfall sein.

Nach einem Artikel der „New York Times" soll die amerikanische Regierung eine Ausweitung geheimer Operationen in Mittelamerika planen. Vorgesehen seien mehr Unterstützung für rechtsgerichtete Rebellen sowie einen Sabotagefeldzug gegen kubanische Einrichtungen in Nicaragua.

Die von US-Präsident Ronald Reagan neu ernannte überparteiliche Beraterkommission für die Mittelamerika-Politik der Reierung hat ebenfalls gestern ihre Arbeit aufgenommen. Reagan traf mit dem Leiter des neuen Gremiums, Henry Kissinger, zusammen, um ihm das Mandat für die Erteilung von Empfehlungen genauer zu erläutern.

Auf Amerikas „Ölschutz" angewiesen

dpa/VWD/rtr, Paderborn

Westeuropa und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland sind auf den militärischen „Ölschutz" Amerikas angewiesen. Diese Ansicht hat der Vorstandsvorsitzende der Veba AG, Rudolf von Bennigsen-Foerder, auf dem traditionellen Libori-Mahl in Paderborn vertreten. Ohne das Engagement der Vereinigten Staaten wäre der ölreiche Nahe Osten nicht vor einem Zugriff des Ostens zu bewahren. Die USA seien nur wenig von Öl-Importen aus dem Nahen Osten abhängig. Sie können sich mit den Öl-Reserven Kanadas und Mexikos selbst versorgen. Der Veba-Chef knüpfte daran die Frage: „Was wäre, wenn die USA den Ölschutz Europas in europäische Hände legen würden?"

Die energiepolitische Situation der Bundesrepublik stufte von Bennigsen dabei als besonders ungünstig ein. Großbritannien, Norwegen und Holland seien Europas Öl- und Gas-Länder. Frankreich setze auf die Kernenergie. Der deutsche Reichtum an Steinkohle habe seine Bedeutung für Europa eingebüßt. Wenn man die Bundesrepublik „ein wenig selbstkritisch" sehe, so sei sie in der historisch kurzen Zeit seit Ende des Zweiten Weltkrieges von einem energiereichen und autarken zu einem energiearmen und abhängigen Staat geworden.

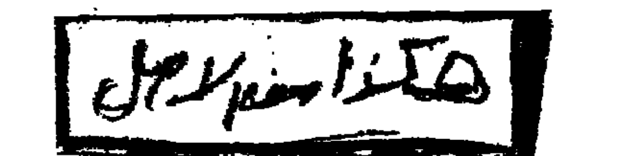
In der Vergangenheit habe es die deutsche Energiepolitik versäumt, mit einem breiteren Anlegen des Zugangs zu nationalen und internationalen Energien der Kohle einen angemessenen Platz zu sichern. Einen Ausweg aus der Krise des heimischen Bergbaus könne künftig nur im Wege der Mischung kostengünstiger Primärenergien mit der deutschen Steinkohle gefunden werden. Andernfalls würden im internationalen Wettbewerb weitere deutsche Produkte vom Markt verdrängt. So sieht der Veba-Chef angesichts hoher Strompreise Gefahren für die deutsche Düngemittel-Produktion und im weiteren Sinne für die Chemie-Industrie insgesamt.

Peking: Kritik an Linksabweichlern

AFP, Peking

Die Opposition in der chinesischen Volksarmee gegen den politischen Kurs der Nach-Mao-Ära ist bei weitem noch nicht gebrochen. Das ist einem gestern veröffentlichten Beitrag im Parteiorgan „Volkszeitung" des stellvertretenden Politkommissars der Garnison von Peking, Yang Baibing, zu entnehmen. Darin heißt es, der Einfluß von Linksabweichlern in den Streitkräften ist immer noch groß. Für sie sei „links gleichbedeutend mit Revolution und rechts mit Konterrevolution". Schuld daran sei die ungenügende ideologische Arbeit. Yang rief eindringlich zum Kampf gegen die „linksradikale Ideologie" in der Armee auf, damit die neue politische Linie respektiert werde.

General Li Deshang, Kommandeur der wichtigen Militärregion von Sheng Yang an der chinesisch-sowjetischen Grenze, hatte bereits im April die Ausmerzung der aus der „Zeit der Konterrevolution übriggebliebenen Linksideen" als prioritäre Aufgabe der 4,2 Millionen Mann starken Volksarmee bezeichnet.



Paradepferd lahmt noch

sz. – Weil es immer noch an stichhaltigen Beweisen für einen allgemeinen, sich selbst tragenden Konjunkturaufschwung mangelt, wird neben der Autoindustrie bei jeder nur möglichen Gelegenheit das Paradepferd Bauwirtschaft aus dem Stall geholt und dem noch zweifelnden Publikum vorgeführt. Zwei bis drei Prozent reales Wachstum des Bauvolumens im Inland 1983 und vielleicht sogar etwas mehr im kommenden Jahr sollen Optimismus verbreiten. Doch langsam kommen selbst der Baubranche Zweifel, ob die Freude am Anfang des Jahres nicht verfrüht war. Die zum Konjunkturzugpferd Nummer 1 auserwählte Bauwirtschaft droht erheblich zu lahmen.

Ein reales Plus beim Auftragseingang im Wohnungsbau von 35 Prozent und im Wirtschaftsbau von 13 Prozent sind, was oft verschwiegen wird, nur zwei tragende Säulen. Vom Wohnungsbau profitieren im wesentlichen nur die kleinen Baufirmen. Die großen sind zu 60 Prozent von den Kassen der öffentlichen Hand abhängig, und die sind nun mal fast leer. Da kann auch ein leicht steigendes Bauvolumen nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein erheblicher Teil der Branche noch im Konjunktur-Dämmerschlaf liegt.

Selbst den Unternehmen, denen es wieder bessergeht, droht erhebliche Gefahr, wenn die großen, die bisher ihr Heil im Auslandsbau fanden, mit Macht auf den Inlandsmarkt zurückdrängen. Seit auch in den Opec-Ländern das Geld knapper wird, fließen die Aufträge längst nicht mehr so reichlich. Nur 1,2 Milliarden Mark waren es im ersten Quartal 1983. So gestehen schon heute einige große Baufirmen ein, sich verstärkt um Inlandsaufträge zu bemühen. Selbst bei steigendem Bauvolumen wird dann die Bauwirtschaft noch lange kein Paradepferd sein.

Kein Zutrauen

lf – Der Devisenhandel muß derzeit ein Wechselbad nach dem anderen über sich ergehen lassen. Der Dollarkurs, der im Juli aus Furcht vor einer weiteren Zinssteigerung in den USA während des Handels bereits einmal die Marke von 2,60 Mark berührt hatte, fiel nach den Einlassungen von Volcker vor dem Bankenausschuß des Senats in der vorigen Woche bis auf 2,5669 Mark zurück. Der Grund: Volcker schien in den Augen der Devisenhändler klargestellt zu haben, daß es zu dem lange befürchteten Zinsanstieg in den USA nicht kommen werde. Doch am gestrigen Montag stieg der Dollarkurs auf 2,6142 Mark, einen neuen Höchststand seit 7½ Jahren. Der überraschende Anstieg der Geldmenge und die kräftige Konjunkturerholung in den USA haben den Befürchtungen neue Nahrung gegeben, daß die Zügel der US-Geldpolitik entgegen Volckers Erklärungen doch straffer angezogen werden müßten. Börsianer haben zu ihrem eigenen Gespür für die Marktkräfte mehr Zutrauen als zu noch so schön klingenden Deklamationen der Politiker. Und damit sind sie in der Vergangenheit nicht schlecht gefahren.

KONJUNKTUR / OECD empfiehlt Bonn Stimulierung der privaten Nachfrage

Allzu restriktive Etatpolitik kann den beginnenden Aufschwung gefährden

HEINZ HECK, Bonn

Korrekturen am Bonner Wirtschaftskurs empfiehlt die OECD in ihrem Deutschlandbericht: Um die private Nachfrage rasch zu stimulieren, sollte die von der Bundesregierung geplante Senkung des Lohn- und Einkommensteuertarifs vorgezogen werden. Die internationale Organisation läßt aber offen, wie der Einnahmeausfall der öffentlichen Hand zu finanzieren sei und begrüßt im Prinzip die Bonner Pläne zur Haushaltskonsolidierung.

Wie bereits im „Konjunkturausblick" Mitte Juli gibt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris auch im gestern veröffentlichten Länderbericht eine etwas skeptischere Wachstumsprognose als die Bundesregierung: Hatte noch am Samstag Wirtschaftsstaatssekretär Otto Schlecht die Bonner Erwartungen für 1984 mit 2,5 Prozent als „realistisch" bezeichnet, so bleibt die OECD bei rund 1,7 Prozent realen Wachstums für 1984. Die OECD und die Bundesregierung neigen zu der Auffassung, daß die konjunkturelle Erholung in der Bundesrepublik mehr als früher vom Inlandsmarkt bestimmt werde. Die OECD erwartet aber für 1984 nur eine Zunahme des privaten Verbrauchs um 0,4 Prozent, während die Bundesregierung eine einprozentige Zunahme unterstellt.

Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt werden übereinstimmend skeptisch beurteilt, und es wird mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl gegenüber diesem Jahr von 2,3 auf 2,5 Millionen gerechnet (8,6 auf 9,3 Prozent der Erwerbspersonen). Die Preissteigerung dürfte in beiden Jahren mit jeweils drei Prozent relativ bescheiden ausfallen. Angesichts der vom Ausland ausgehenden schwächeren Impulse wird in Bonn wie bei der OECD mit einem Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses von rund zwölf Milliarden 1983 auf etwa fünf Milliarden Mark 1984 gerechnet.

Breiten Raum nehmen im Deutschlandbericht die Ausführungen zur Entwicklung der Bruttoanlageninvestitionen ein. Die OECD erwartet für 1984 eine reale Steigerung um 5,0 (1983: 1,8) Prozent, davon im einzelnen bei Bauleistungen 6,2 und bei Maschinen und Ausrüstungen 3,2 Prozent. Die Erholung der Investitionstätigkeit sei „zum großen Teil" den 1982 beschlossenen staatlichen Förderungsmaßnahmen zuzuschreiben.

Die OECD folgt gleichsam auf etwas niedrigerem Niveau den Bonner Projektionen. Sie hält es auch – wie die Bundesregierung – für „dringend geboten . . ., an dem mittelfristigen Ziel der Haushaltskonsolidierung festzuhalten." Zugleich klingt jedoch die Befürchtung an, daß der Abbau der strukturellen Haushaltsdefizite den Wirtschaftsaufschwung gefährden könnte. Denn der private Verbrauch werde infolge „maßvoller Tarifabschlüsse" und starker steuerlicher Abschöpfungen schwach bleiben, die Staatsausgaben dürften eben wegen der Konsolidierung „nur geringe Nachfrageimpulse" auslösen. Die OECD schließt nicht aus, daß die Beschäftigung weiter sinke und der Aufschwung sich „möglicherweise nicht selbst trage".

Die Staatsausgaben dürften in realer Rechnung in den nächsten Jahren „allenfalls nur geringfügig wachsen, während die Belastung der Verbraucher durch Steuern und Sozialabgaben in den nächsten Jahren zunehmen dürfte". Für die Unternehmen werde sich die Steuerlast etwas vermindern. Die OECD gibt zu bedenken, „daß die negativen Primäreffekte der gezielten finanzpolitischen Änderungen auf das Wachstum der Gesamtnachfrage in den drei Jahren bis 1984 mehr als drei Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachen könnten".

In diesen Schätzungen des OECD-Sekretariats seien die positiven Auswirkungen des Abbaus der öffentlichen Defizite auf das Geschäftsklima, die Kapitalmärkte und die Höhe der auf diese Weise „für den privaten Sektor freigesetzten Ressourcen" nicht berücksichtigt. Ergänzend heißt es, daß die OECD die vertrauensbildende Wirkung dieser Haushaltspolitik nicht so hoch einschätze wie die Bundesregierung. Der Dissens zwischen Bonn und der Pariser Behörde läuft darauf hinaus, daß die Bundesregierung einen dauerhaft gesicherten Wirtschaftsaufschwung auch durch Haushaltskonsolidierung anstrebt, während die OECD – ohne dies deutlich einzugestehen – der kurzfristig angelegten Nachfragebelebung den Vorzug gibt und den Schuldenabbau in die mittlere Frist hinausschiebt.

WEINÜBERSCHÜSSE

Bonn will keinen Anbaustopp bei der EG beantragen

Nea. Frankfurt

Aus rechtlichen Gründen wird, wie verlautet, die Bundesregierung nun doch darauf verzichten, bei der EG-Kommission einen auf drei Jahre befristeten vollständigen Anbaustopp für neue Weinbergsflächen in der Bundesrepublik zu beantragen. Unter dem Eindruck der Weinüberschüsse, wachsender Absatzschwierigkeiten und sinkender Preise hatte der Deutsche Weinbauverband sich in den letzten Monaten für eine solche Maßnahme stark gemacht.

Rechtliche Bedenken erhebt vor allem das Land Baden-Württemberg. Dort geht man dem Problem der Überschüsse schon seither mit differenzierten Anbaubeschränkungen auf Landesebene zu Leibe. Außerdem treten Lagerprobleme wie in anderen Regionen dank der straff organisierten Genossenschaften hier nur in Grenzen auf.

Auf Länderebene dürften auch Maßnahmen liegen, die anstelle des allgemeinen Anbaustopps (der nur von Brüssel aus verhängt werden kann) jetzt die Überschußprobleme bekämpfen sollen. Der rheinland-pfälzische Weinbauminister Otto Meyer hat bereits die Richtung angedeutet: Man werde in einer Landesverordnung die Maßstäbe für die Genehmigung neuer Rebflächen (deren „Weinbauwürdigkeit" durch Kommissionsgutachten nach genau festgelegten Kriterien festgestellt werden muß) so drastisch hinaufschrauben, daß die Flächenausdehnung sich in Grenzen hält und praktisch verhindert wird.

Obwohl dies die Gefahr einer weiteren Auseinanderentwicklung der deutschen Weinanbaugebiete in sich trägt, hat sich auch Vizepräsident Karl Fuhrmann vom Deutschen Weinbauverband gegenüber der WELT grundsätzlich für diesen Weg ausgesprochen. Er sei zwar persönlich enttäuscht, daß alles so langsam gehe. Aber eine freie Wirtschaft sei besser beraten, von sich aus Anforderungen hochzuschrauben oder auch zum Beispiel die Ertragsmengen pro Hektar zu begrenzen, als alles dem Staat zu überlassen. Fuhrmann, Weingutsbesitzer in der Pfalz, glaubt im übrigen, daß spätestens die Weinernte 1983 auch dem letzten deutschen Winzer klarmachen wird, daß es so nicht weitergehen kann. Noch liegen 60 Prozent der Ernte 1982 in den Kellern. Das hervorragende Wetter und der ausgezeichnete Zustand der Rebstöcke lassen nicht nur eine erneut mindestens durchschnittliche Erntemenge erwarten, sondern sie mindern automatisch auch die Kaufbereitschaft des Handels, der im Herbst angesichts der punktuell zu erwartenden Lagerprobleme schon jetzt mit einem weiteren Absinken der Erzeugerpreise fest rechnen zu können glaubt. Vor allem an der Mosel, wo der Abnahmepreis mit etwa einer Mark pro Liter Faßwein zwar noch deutlich höher als in Rheinhessen, der Südpfalz und Teilen der Nahe liegt, aber die wesentlich höheren Arbeitskosten in den Steillagen längst nicht mehr deckt, wird für diesen Fall mit finanziellen Zusammenbrüchen gerechnet.

Kritische Sanierungsphase

Von REINER GATERMANN, Kopenhagen

Dänemarks Ministerpräsident Poul Schlüter hat das Parlament für den 9. September zu einer Sondersitzung einberufen. Einziger Punkt der Tagesordnung: die Kürzung des staatlichen Finanzausgleichs an die Provinzen und Gemeinden um umgerechnet rund 378 Millionen Mark, nachdem er zuvor bereits um 840 Millionen Mark reduziert worden war. Die Vier-Parteien-Mitte-Rechts-Koalition verfügt über keine eigene Mehrheit, ist deshalb auf die Stimmen der sozialliberalen und der Fortschrittspartei (Mogens Glistrup) angewiesen. Der konservative Schlüter erklärte angesichts der fundamentalen Bedeutung des am 9. September anstehenden Beschlusses für die Wirtschaftspolitik der Regierung Neuwahlen auszuschreiben, falls sein Kabinett eine Abstimmungsniederlage erleiden sollte.

Dies wäre für Dänemark ein schwerer Rückschlag und es ist zu hoffen, daß es nicht so weit kommt. Denn das Land befindet sich derzeit in einer kritischen Sanierungsphase. Das Kabinett Schlüter hat die währungs- und finanzpolitischen Weichen so gestellt, daß sich Dänemark endlich vom Rand des volkswirtschaftlichen Abgrunds abwenden kann. Es gibt erste Anzeichen für eine Besserung der wirtschaftlichen Situation. Parlamentswahlen würden politische Unruhe schaffen und sollten – was heute unwahrscheinlich erscheint – die Sozialisten eine regierungsfähige Mehrheit bekommen, käme auch die Unsicherheit und Unentschlossenheit zurück, die die sozialdemokratische Politik der letzten Jahre bis zur Regierungsübernahme durch Schlüter im September 1982 prägte und die zum größten Teil dafür verantwortlich ist, daß Dänemark in eine Dauerkrise rutschte.

Da hilft es wenig, wenn der frühere sozialdemokratische Finanzminister Knud Heinesen jetzt beteuert, der derzeitige Wirtschaftskurs würde auch nach einem Regierungswechsel beibehalten und die Furcht vor einer Rückkehr der Sozialdemokraten sei unbegründet. Skepsis ist allerdings angebracht, denn warum führte dann nicht schon Anker Jörgensen eine solche Politik und warum torpediert er jetzt die Anstrengungen Schlüters?

Aber auch ein bürgerlicher Wahlsieg würde den Sanierungsprozeß beträchtlich stören, nicht zuletzt deswegen, weil – laut Meinungsumfragen — die Konservativen auf Kosten ihrer Koalitionspartner erhebliche Gewinne verbuchen würden, was die Regierungsverhandlungen erschweren könnte.

Der kräftige Tritt auf die Ausgabenbremse, die Abschaffung der indexierten Löhne und Gehälter, die mäßigen Tarifabschlüsse, (rund vier Prozent) und das verbesserte internationale Konjunkturklima zeigen in Dänemark Wirkung. Die Teuerung hat den niedrigsten Stand seit 14 Jahren erreicht, im ersten Halbjahr betrug sie 2,1 Prozent, die Prognose für das Gesamtjahr liegt bei sechs nach 10,1 Prozent in 1982, das Defizit in der Leistungsbilanz wird voraussichtlich auf ungefähr 3,8 Milliarden Mark zurückgehen nach 5,2 Milliarden im Vorjahr.

Die bisherige Politik hat Dänemark auch international Anerkennung verschafft. Noch bedeutender als die positive Beurteilung durch die OECD dürften die sich abzeichnenden Bestrebungen auf dem internationalen Kapitalmarkt sein, Kopenhagen wieder die höchste Kreditwürdigkeit zuzuerkennen, die dem Land Ende vergangenen Jahres genommen wurde. Auf die ausländischen Kapitalmärkte wird Dänemark noch viele Jahre angewiesen sein.

Ende 1983 wird die Auslandsschuld mit 200 Milliarden Dänen-Kronen, etwa 56 Milliarden Mark, eine weitere magische Grenze durchstoßen; allein der entsprechende Zinsendienst kostet in diesem Jahr ungefähr 5,6 Milliarden Mark. Nach Ansicht des Wirtschaftsrates wird Dänemark frühestens 1990 in der Lage sein, mit dem Abbau seiner Auslandsschuld zu beginnen.

Von den Dänen werden Opfer verlangt, und zwar nicht durch sinkendes Realeinkommen, aber durch Abstriche bei den Sozialleistungen und im Krankenwesen. Am härtesten trifft die restriktive Wirtschaftspolitik allerdings den Arbeitsmarkt. Dänemark wird auch 1984 mit einer wachsenden Zahl der Erwerbslosen (über zehn Prozent) rechnen müssen. Einmal stellt der öffentliche Sektor keine zusätzlichen Beschäftigten ein, und zum anderen schrumpft die Industrie. Ihre Investitionen kommen nur langsam in Gang. Mit den fallenden Zinsen von etwa 23 auf gut 14 Prozent ist hier jedoch eine Trendwende in Sicht. Die Bürger zeigen für die Maßnahmen der Regierung allerdings großes Verständnis, eine überwiegende Mehrheit stützt ihre Politik. Einen besseren Vertrauensbeweis kann sie kaum bekommen.

AUF EIN WORT



„Wir werden auch 1983 mit einer geschwächten Zahlungsbereitschaft, hohen Zinsrückständen und bestenfalls einer leicht zurückgehenden Zahl der Zwangsmaßnahmen rechnen müssen."

Dr. Hans-Dieter Schrader, Vorstandsvorsitzender der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank AG, Hannover
FOTO: DIE WELT

EG: Preisanstieg verlangsamt

AFP, Brüssel

Die Verbraucherpreise im EG-Raum sind im Juni um 0,4 Prozent nach 0,7 Prozent im Mai gestiegen. Für die letzten zwölf Monate verlangsamte sich die Inflation auf 8,2 Prozent, wie die Gemeinschaft in Brüssel mitteilte, und pendelte sich somit auf dem Niveau von Ende 1978 ein. Für die einzelnen Mitgliedsländer weist die Statistik den Preisanstieg von Juni 1982 auf Juni 1983 wie folgt aus: 1,2 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland, 5,2 Prozent in Frankreich, 6,4 Prozent in Italien, ein Prozent in den Niederlanden, 3,7 Prozent in Belgien, 2,7 Prozent in Luxemburg, 2,9 Prozent in Großbritannien, 5,3 Prozent in Irland, 3,1 Prozent in Dänemark und 11,5 Prozent in Griechenland. Im letzten Berichtsmonat verzeichneten die Niederlande und Griechenland mit jeweils 0,1 Prozent sowie Großbritannien mit 0,2 Prozent die niedrigsten Inflationsraten.

KREDITWESEN-GESETZ

Banken grundsätzlich für Pflicht zur Konsolidierung

DANKWARD SEITZ, München

Auch wenn in Anbetracht der internationalen Verschuldungsprobleme die Banken bei einer Bilanzkonsolidierung vor eine schwere Aufgabe gestellt werden, stimmen sie einer Bankenaufsicht zu. Dies erklärte der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth, vor der Münchner Wirtschaftspresse zu der Ankündigung des Bundesfinanzministeriums, noch in diesem Jahr eine Novelle zum Kreditwesengesetz (KWG) mit Schwerpunkt auf Konsolidierung vorzulegen.

Angemessene Übergangsfristen seien aber unabdingbar, wenn nachteilige Folgen für die deutsche Exportwirtschaft vermieden werden sollten. Man sei auch bereit, bis zum Inkrafttreten der KWG-Novelle ein Gentlemen's Agreement abzuschließen, wenn dabei eine ausreichende Flexibilität gewahrt werden könne.

Schroeder-Hohenwarth plädierte dafür, das Kreditvolumen nicht auf einen bestimmten Wert festzuschreiben, sondern den Banken einen „Atmungsspielraum" von zwei Punkten zu gewähren. Alleine schon der Kreditbedarf der deutschen Wirtschaft erfordere Flexibilität, wenn die Konjunktur richtig anziehe. Von den Banken erwarte man dann die Finanzierung der anstehenden Investitionen, was aber bei einer Festschreibung des Kreditrahmens nicht immer möglich wäre. Berücksichtigen solle man auch, daß die deutschen Banken von vielen Seiten oft zu internationalen Kreditengagements gedrängt würden. Entschieden widersprach Schroeder-Hohenwarth dem Vorwurf, daß die Banken heute zu hohe Kreditengagements hätten. Ein Überschreiten des 18fachen des Eigenkapitals in konsolidierter Rechnung könne nicht als Fehlverhalten bezeichnet werden. Die rechtmäßige Obergrenze für den Kreditspielraum liege derzeit erheblich über dieser Marke.

MILCHWIRTSCHAFT

Verbraucher fordern Abbau der Überkapazitäten

HEINZ HECK, Bonn

„Die Bundesregierung muß, wenn sie wirklich auf eine sparsamere Agrarpolitik hinaus will, mehr Mut zum Markt zeigen." Dazu ermuntert die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Entwicklung auf dem Milchmarkt. Die AgV kritisiert zugleich die bisher bekanntgewordenen Bonner Pläne, die sie als „bauernverbandsnahes Konzept" bezeichnet.

Langfristiges Ziel der Milch- wie der Agrarpolitik müsse es sein, die Überkapazitäten stufenweise abzubauen. Allein mit den Milchsubventionen, die sie für die EG auf über 20 und für die Bundesrepublik auf mehr als sechs Milliarden Mark beziffert, könnten in der Bundesrepublik 30 000 bis 40 000 Arbeitsplätze jährlich geschaffen werden, von der „unvorstellbar großen Verschwendung von Boden, Arbeit und Kapital" ganz zu schweigen. Zur Abhilfe empfiehlt die AgV keinen Preisdruck, sondern nur ein Einfrieren der staatlichen Mindestpreisgarantien.

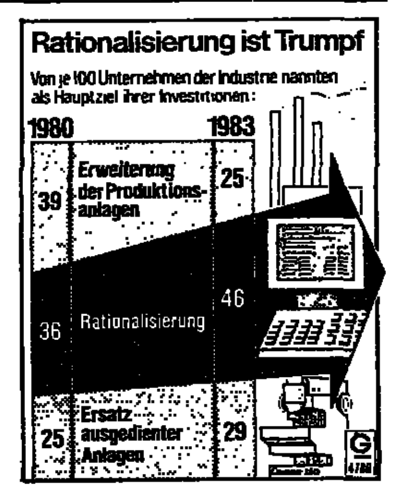
Kritisiert wird, daß die Bundesregierung nur den Ausgabenzuwachs auf dem Milchmarkt begrenzen will. Wenn Bonn versuche, durch Mengensteuerung, preisgarantierte Produktionsquoten (wie bei Zucker) und durch Zurückdrängen preiswerter Futtermittel die Überschußproduktion zu dämpfen, so bedeute dies nur eine weitere Erhöhung der volkswirtschaftlichen Kosten. Denn eine allenfalls geringe Entlastung der Steuerzahler würde durch verstärkte Preisbelastung der Verbraucher erkauft. Europa würde sich weiter von den Weltmärkten abkoppeln, und die Wettbewerbsfähigkeit der EG-Milchwirtschaft werde weiter geschwächt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

US-Dollar auf höchstem Stand seit Januar 1976

Frankfurt (rtr) – Der US-Dollar ist zum Wochenbeginn auf den internationalen Devisenmärkten auf seinen höchsten Stand seit Anfang Januar 1976 geklettert. Der amtliche Mittelkurs der US-Währung wurde in Frankfurt mit 2,6142 Mark festgestellt und lag damit um gut 2,5 Pfennige über dem Freitagsfixing von 2,5885 Mark. Etwas schwächer wurde dagegen das Gold gehandelt. Das Vormittagsfixing lag in London mit 423,25 Dollar je Feinunze geringfügig unter dem Nachmittagsfixing am Freitag von 423,50 Dollar.

Nach Aussage von Händlern haben der überraschende Anstieg der US-Geldmenge und die kräftige Erholung der amerikanischen Konjunktur Befürchtungen über eine restriktivere amerikanische Geldpolitik und damit steigende Zinsen wieder verstärkt.



Nur jedes vierte Industrieunternehmen will in diesem Jahr seine Produktionskapazität erweitern. Vor drei Jahren waren es noch 39 Prozent. Der Anteil der Unternehmen, die vor allem Geld in die Rationalisierung stecken wollen, ist dagegen seit 1980 auf 46 Prozent gestiegen. QUELLE: GLOBUS

Stromverbrauch gestiegen

Bonn (HH) – Nach Stagnation in den Vormonaten registriert die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) für Juni eine Zunahme des Stromverbrauchs aus dem öffentlichen Netz von 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Für das erste Halbjahr insgesamt betrug der Zuwachs 1,1 Prozent auf 160 Milliarden Kilowattstunden. Da in dieser Zeit der Primärenergieverbrauch gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 um rund drei Prozent zurückging, sieht die VDEW in der deutlich überproportionalen Stromverbrauchszunahme den langfristig zu beobachtenden Trend bestätigt, daß Strom als Ersatz für Öl und zum Energiesparen genutzt werde.

Finanzpolitik kritisiert

Düsseldorf (rtr) – Die Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen dürfen nach Auffassung der 16 Industrie- und Handelskammern (IHK) im bevölkerungsreichsten Bundesland in den kommenden zehn Jahren nur noch halb so schnell wachsen wie die Einnahmen, wenn das Land aus seiner Finanzmisere herauskommen soll. In einem finanzpolitischen Memorandum kommen die Kammern zu dem Ergebnis, daß die Schulden des Landes ohne drastische Sparmaßnahmen in den nächsten drei Jahren auf rund 100 Milliarden und bis 1990 auf 176 Milliarden Mark anwachsen werden. Ohne Einschnitte werde die jährliche Deckungslücke bereits Ende dieses Jahrzehnts 30 Prozent des Haushaltsvolumens betragen. In dem Memorandum wird vor allem das „rasante Tempo" kritisiert, in dem Nordrhein-Westfalen immer mehr Geld immer schneller ausgebe. Seit 1977 seien die Ausgaben um ein Drittel schneller gestiegen als in den anderen vergleichbaren Flächenländern, während der Zuwachs an Einnahmen gleichzeitig um zwei Drittel niedriger ausgefallen sei.

Stahlexporte gestiegen

Tokio (VWD) – Die Stahlexporte Japans lagen im Juni um acht Prozent über dem Niveau des Vormonats und um 4,4 Prozent über dem Ausfuhrergebnis im Juni 1982. Dies geht aus vorläufigen Zahlen des japanischen Verbandes der Eisen- und Stahlhersteller hervor.

Neue Schuldscheine

Frankfurt (AFP) – Die öffentliche Hand ist zur Zeit mit verschiedenen Schuldscheinofferten im Markt. Der Bund verkauft Laufzeiten von sechs bis zehn Jahren bei Renditen von 8,2 bis 8,33 Prozent. Das Land Hessen offeriert dreijährige Titel mit einem Netto-Ertrag von 7,75 Prozent, vierjährige mit 8,01 Prozent und fünfjährige mit 8,11 Prozent. Das Land Rheinland-Pfalz bietet dagegen Schuldscheine mit langen Laufzeiten an.

BUNDESBAHN

Keine Angaben über Abbau von Personal

dpa/VWD, Frankfurt

Nur eine konsequente Ausnutzung aller Rationalisierungsmöglichkeiten, eine Senkung der Personalkosten und eine qualitative Verbesserung des Angebots bietet der Deutschen Bundesbahn (DB) in den nächsten Jahren eine Überlebenschance. Zur Erhöhung der Flexibilität sowie zur Kostenreduzierung kündigte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bundesbahn, Reiner Gohlke, in einem Gespräch mit dpa/VWD auch eine stärkere Zusammenarbeit mit privaten Firmen im Verladebereich sowie im Gleis- und Signalbau an.

Über das Ausmaß des geplanten Personalabbaus wollte Gohlke, der seit gut einem Jahr an der DB-Spitze steht, keine näheren Angaben machen. „Im Augenblick reden wir nicht von Entlassungen", betonte er. Die Bahn-Führung sei gegenwärtig zusammen mit Experten des Bundesverkehrsministeriums dabei, ein Sanierungskonzept für die Bahn zu erarbeiten. Der DB-Chef äußerte sich zuversichtlich, daß bis zum Herbst eine klare Aufgabenstellung für den Schienenverkehr aufgestellt werden kann. Sie müsse der Bahn die Möglichkeit einräumen, „in den nächsten Jahren zu überleben".

Bereits veröffentlichte Zahlen über Personalabbau und Streckenstillegungen bezeichnete Gohlke als „Gedankenspiele", da mit Entscheidungen im Wirtschaftskabinett erst im Herbst zu rechnen sei. Gleichwohl gab der ehemalige IBM-Manager zu erkennen, daß erhebliche Einschnitte in das Streckennetz gegen die zahlreichen Einwände regionaler Politiker beabsichtigt sind.

Nach Meinung von Gohlke ist es sinnvoller, stärker in Neubaustrekken und Rationalisierungsvorhaben zu investieren, als Tausende veralterter Brücken außerhalb der Ballungsgebiete zu erneuern. Die klare Favorisierung für den Busverkehr in der Fläche bei gleichzeitiger Streckenstillegung untermauerte der Bahn-Chef mit dem Hinweis auf 4,5 Milliarden Mark Verlust im Personennahverkehr, während im Busverkehr ein Deckungsgrad von 105 Prozent erzielt werde.

Die finanzielle Talfahrt der DB hielt angesichts der ungünstigen Konjunkturentwicklung auch im 1. Halbjahr 1983 an. Die Einnahmen im Personen- und Güterverkehr blieben um rund 102 Millionen DM hinter den Erwartungen zurück. Gohlke hofft jetzt auf eine konjunkturelle Belebung im 2. Halbjahr, um die Rückstände in seinem 83er Wirtschaftsplan wenigstens teilweise einholen zu können.

ENTWICKLUNGSPOLITIK / Umverteilung beseitigt keine Armut – Anstrengungen zur Selbstversorgung notwendig

EG sucht den politischen Dialog mit Dritter Welt

Von VOLKMAR KÖHLER

Negative weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen schränken den Spielraum für entwicklungspolitische Initiativen sehr stark ein. Einerseits wächst der Bedarf der ärmeren Länder nach verstärkter Unterstützung in einer Zeit sinkender Exporterlöse und einer zunehmenden Verschuldung; andererseits sind der Hilfe der Industrieländer durch eigene Probleme wie Arbeitslosigkeit und ebenfalls hohe Staatsverschuldung noch engere Grenzen gesetzt.

Die Europäische Gemeinschaft hat sich bemüht, auf diese Herausforderung mit neuen Weichenstellungen zu antworten. In einem Kernbereich der Entwicklungszusammenarbeit, der Nahrungsmittelhilfe, wurde die seit langem überfällige Reform im Hinblick auf eine mehr auf entwicklungspolitische Ziele orientierte Politik in die Wege geleitet. In der Gemeinschaft besteht Einigkeit darüber, daß Nahrungsmittellieferungen ohne ein langfristiges Konzept, das auf die Entwicklung des eigenen Agrarpotentials der Empfängerländer gerichtet ist, nur als unmittelbare Katastrophenhilfe zu rechtfertigen sind. Über diesen Sonderfall hinaus aber müssen alle Unterstützungsaktionen daran gemessen werden, ob sie dem Ziel einer Verringerung der Dauerabhängigkeit von Hilfslieferungen und einer Verstärkung der Eigenanstrengungen zu einer verbesserten Nahrungsmittelversorgung der vom Hunger bedrohten Bevölkerungen dienlich sind.

Weiterhin gilt es, die in der Struktur der EG-Agrarpolitik begründete Versuchung zu bekämpfen, die Nahrungsmittelhilfe an Entwicklungsländer nur als eine bequeme Möglichkeit der Überschußverwertung aufzufassen. Andererseits muß dem in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Irrglauben, daß das Problem des Hungers in der Dritten Welt ausschließlich eine Sache der Umverteilung sei, entgegengewirkt werden. Am wichtigsten ist aber, die Empfängerländer selbst davon zu überzeugen, daß nur verstärkte Anstrengungen zur Selbstversorgung einen Ausweg aus der Sackgasse bieten.

Den Rahmen für diese Überzeugungsarbeit soll ein politischer Dialog zwischen Gebern und Empfängern bilden, ein Prinzip, das die Europäische Gemeinschaft in Zukunft global auf allen Kooperationsgebieten mit ihren Partnern in den Entwicklungsländern anwenden will. Er soll vor allem die Möglichkeit eröffnen, die zahlreichen, oft nur in losem Zusammenhang miteinander stehenden Einzelaktionen, die das Bild der Entwicklungszusammenarbeit in der Vergangenheit prägten, zu einem Ganzen zu verbinden und dem Empfängerland zu helfen, seine Planung in allen entwicklungsbestimmenden Sektoren zu koordinieren.

Die Notwendigkeit und die Chancen des Politik-Dialogs standen auch im Mittelpunkt der Diskussionen über das der EG-Kommission zu erteilende Mandat, für die im September beginnenden Verhandlungen mit den 63 Unterzeichnerstaaten des Zweiten Abkommens von Lomé über eine Fortsetzung der Zusammenarbeit. Diese Verhandlungen, deren Vorbereitung während des deutschen Ratsvorsitzes ein gutes Stück vorangekommen ist, müssen angesichts begrenzter finanzieller Spielräume mit Realismus und Augenmaß geführt werden.

Das Verhandlungsziel der Gemeinschaft für „Lomé III" besteht darin, die bewährten Hilfemechanismen des laufenden Abkommens, das von neutralen Betrachtern als das fortschrittlichste und umfassendste Kooperationsmodell zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern bezeichnet worden ist, beizubehalten und gleichzeitig an die veränderten Rahmenbedingungen der Nord-Süd-Zusammenarbeit in der zweiten Hälfte der 80er Jahre anzupassen. Das neue Abkommen soll den langfristigen Charakter der Zusammenarbeit stärker betonen, indem es neben zeitlich begrenzten Investitionsmaßnahmen auch die Inangriffnahme sogenannter „thematischer Aktionen" wie die Aufforstung von Wüstenrandgebieten ermöglicht.

Das Abkommen soll außerdem Bestimmungen enthalten, die einen flexibleren Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel entsprechend den Prioritäten der Partnerländer ermöglichen. Die traditionelle Projektförderung wird durch Hilfen für Sektorprogramme und zur Instandhaltung früherer Investitionsvorhaben ergänzt.

In den Verhandlungen über „Lomé II" wird sich erweisen, ob die neuen von der Gemeinschaft entwickelten Konzepte von den Entwicklungsländern akzeptiert werden. Insbesondere ist zu hoffen, daß sie von ihnen als Chance verstanden werden, die Wirksamkeit der Hilfe zu verbessern, und nicht als Versuch, mehr Einfluß auf ihre „inneren Angelegenheiten" nehmen zu wollen.

Von dem Berg der ungelösten Probleme zwischen Nord und Süd konnte die Europäische Gemeinschaft, was ihren Verantwortungsbereich betrifft, in der ersten Jahreshälfte allenfalls ein paar Brokken abtragen. Dafür ist der Spielraum der Entwicklungspolitik gegenüber den Belangen der Agrar- und Handelspolitik noch zu gering. Solange die seit geraumer Zeit beschworene Reform in diesen Bereichen auf sich warten läßt, wird die Gemeinschaft auch ihre Beziehungen zu den Entwicklungsländern nur schrittweise verbessern können.

Der Autor, Dr. Volkmar Köhler, ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

ITALIEN / Entlassungen in der Petrochemie angekündigt

Tief in den roten Zahlen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Neben den von der EG-Kommission angeordneten Stillegungen in der Stahlindustrie zeichnen sich in Italien ähnliche Eingriffe jetzt auch in der Petrochemie ab. Nach Berechnungen der Enichimica, Chemietochter des staatlichen Energiekonzerns Eni, dem rund 90 Prozent der Kapazitäten in diesem Bereich gehören, müssen von den jetzt 32 000 Arbeitsplätzen bis 1986 mindestens 6500 aufgegeben werden, um die Verluste auf erträgliche Werte zu reduzieren. Im Jahre 1983 rechnet Enichimica mit einem Verlust von 750 Milliarden Lire (1,27 Milliarden Mark), fast 200 Milliarden Lire mehr als im vergangenen Jahr. Pro Kopf der Belegschaft sind das annähernd 25 Millionen Lire (42 250 Mark).

In einer jetzt der Regierung vorgelegten Konzernstudie über die Ursachen des Petrochemie-Desasters hebt Enichimica vor allem die extreme Zersplitterung der Produktion (auf insgesamt 24 Werke) und deren Ferne von den Hauptkonsumzentren hervor. Während die internationale Konkurrenz organisch gewachsen ist, mußte der Staatskonzern in den letzten drei Jahren aus sozialen Gründen laufend Anlagen und Arbeitsplätze von Firmen übernehmen, die in Konkurs geraten waren. Enichimica kaufte außerdem vor wenigen Monaten die meisten Kunststoffwerke des privaten Chemiekonzern Montedison, die dieser zu schließen angedroht hatte.

Außer diesem strukturellen Handikap wird Enichimica dadurch belastet, daß 90 Prozent des in diesem Jahr wahrscheinlich 5060 Milliarden Lire (8,4 Milliarden Mark) erreichenden Umsatzes aus Commodities bestehen, deren Wertschöpfung sehr gering ist. Ein Ausbau des Sekundär- und Feinchemie-Anteils wird nur auf lange Sicht möglich sein, weil der Technologie-Einkauf schwierig ist und die Forschung nicht improvisiert werden kann. Gegenwärtig werden nur 5 Prozent der Enichimica-Produktion mit eigenen Verfahren erbracht gegenüber 60 Prozent beispielsweise bei Bayer und BASF.

Große Mängel bestehen auch im Marketing. Während sämtliche großen internationalen Konzerne im Ausland mit eigenem Verkauf oder sogar Produktionsniederlassungen operieren, waren bis vor kurzem alle (inzwischen in Enichimica konzentrierte) Eni-Chemietöchter auf den Auslandsmärkten mit Vertretern tätig. Und auch das nur unzureichend. Allein Bayer bearbeitet den italienischen Markt über seine Mailänder Filiale mit mehr Vertretern als Enichimica in der ganzen Welt unterhält. Kein Wunder, daß bisher die Eni-Chemietochter Anic nur 20 Prozent ihres Umsatzes im Ausland machte, gegenüber einem Auslandsanteil von 76 Prozent bei Bayer, 61 Prozent bei ICI und 53 Prozent bei Rhone-Poulenc. Das soll allerdings schon 1983 besser werden: In diesem Jahr ist für Enichimica eine Exportquote von 34 Prozent vorgesehen.

SAUDI-ARABIEN / Das Ölexportland muß sparen – Heimische Wirtschaft fördern

Abstriche an Entwicklungsprogrammen

dpa/VWD, Manama

Deutsche und internationale Unternehmen, die in Saudi-Arabien an Entwicklungsprojekten beteiligt sind oder sich um neue Aufträge bemühen, merken nicht nur am Rückgang der Zahl und des Volumens von Projekten, daß auch das größte Ölexportland der Welt zu sparen begonnen hat.

Durch königliches Dekret sind seit kurzem neue Regelungen eingeführt, die ausländischen Unternehmungen im Lande manches Kopfzerbrechen bereiten werden. Angesichts der sinkenden Öleinnahmen und des Haushaltsdefizits – letzteres ein neues Phänomen in den bisher superreichen Golf-Ölländern, mit dem sich die Regierenden erst einmal vertraut machen müssen – gibt es in Saudi-Arabien eine Reihe von Abstrichen an Entwicklungsprogrammen. Betroffen sind sogar Großprojekte wie neue Meerwasserentsalzungsanlagen und Neu- oder Erweiterungsbauten von Flughäfen.

Um die einheimische Wirtschaft zu fördern, schreibt das königliche Dekret nun vor, daß jedes ausländische Unternehmen, das einen Zuschlag für ein saudisches Projekt hat, mindestens dreißig Prozent des Auftragsvolumens an saudiarabische Subunternehmer weitergeben muß. Die Ausschreibungsvorschriften wurden so geändert, daß einheimische Unternehmen mehr Chancen haben. Schließlich müssen die ausländischen Unternehmen bei Projekten im Lande Materialtransporte, Verpflegung der Arbeitskolonnen und vieles andere einheimischen Firmen übertragen.

Ausländische Unternehmen haben nach Angaben unterrichteter Kreise zu bedenken gegeben, daß diese Bestimmungen in vielen Fällen die Planungen erheblich verteuern. Auch bei den deutsch-saudischen Wirtschaftsgesprächen während des Lambsdorff-Besuches in Riad wurden Bedenken vorgebracht. Die saudische Seite deutete an, daß man solche Bedenken prüfen wolle.

Angesichts des Haushaltsdefizits im Mitte April begonnenen Etatjahr 1983/84 von 10,2 Milliarden US-Dollar (über 25 Milliarden Mark) bei einem Gesamtetatvolumen von 75,4 Milliarden Dollar (rund 185 Milliarden Mark) werden weitere erhebliche Abstriche an öffentlichen Projekten erwartet. Gleichzeitig aber fördert diese Lage voraussichtlich eine Entwicklung, die bei den deutsch-saudischen Wirtschaftsgesprächen als wünschenswert bezeichnet wurde: Gemeinschaftsprojekte mittlerer und kleinerer deutscher Firmen mit saudischen Partnern. Es gibt bereits 55 solcher Einrichtungen.

Elektronik als Ersatz für Stahl

ds, Mailand

Die Stadt Genua soll in den nächsten Jahren zum „Europäischen Elektronikzentrum" ausgebaut werden, als Ersatz für die Stahlkapazitäten, die auf dem EG-Altar geopfert werden müssen. Mit diesen Plänen hofft der Präsident der Staatsholding IRI, Romano Prodi, die Zustimmung von Regierung und Gewerkschaften für die Stillegungen in der Stahlindustrie zu gewinnen, die die Mutterholding des Stahlkonzerns Finsider als unvermeidlich ansieht. Den IRI-Plänen zufolge, sollen im Raum Genua neue Kapazitäten vor allem für die Nachrichtenelektronik angesiedelt werden. Außerdem ist vorgesehen, Genua zum Sitz einer Hochschule für Elektronik-Techniker und Manager zu machen. Als Kristallisationspunkte für diese Vorhaben sind die IRI-Fernsprechgesellschaft SIP und das Elektronik-Unternehmen Elsag vorgesehen.

Im Stahlbereich sind Gespräche zwischen führenden privaten Firmen und Finsider im Gange, um die Privaten zu einem Abbau ihrer Flachstahlkapazitäten zu bewegen. Im Falle eines solchen Abbaues könnte, so hofft Finsider, mehr eigene Kapazitäten vor den Stillegungen retten, als die EG-Kommission verordnet hat. Gespräche sind auch im Profilstahlbereich im Gange.

EG / Über zehn Prozent sind ohne Anstellung

Hoher Anteil Jugendlicher

AFP, Brüssel

Über zehn Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung im EG-Raum sind ohne Anstellung. Die jüngste in Brüssel veröffentlichte Gemeinschaftsstatistik weist einen leichten Rückgang der Arbeitslosenzahlen in den EG-Ländern ohne Griechenland auf 11,4 Millionen im Juni aus, was 10,2 Prozent der Erwerbsfähigen entspricht. Saisonbereinigt ging die Arbeitslosenquote um 0,8 Prozent zurück.

Ende Juni zählte die EG 4,3 Millionen Arbeitslose im Alter von weniger als 25 Jahren. Sie machten 37,6 Prozent aller Arbeitslosen aus. Die Zahl der männlichen Stellungslosen ging um 1,4 Prozent leicht zurück, während die Zahl der Frauen ohne Anstellung um ein Prozent zunahm.

Abnehmende Arbeitslosenzahlen verbuchten Dänemark (um 6,2 Prozent), Großbritannien (2,1 Prozent), Frankreich (1,8 Prozent) und Bundesrepublik Deutschland (ein Prozent). Hingegen nahm die Zahl der Arbeitslosen in den Niederlanden (5,3 Prozent), Italien (ein Prozent) und Irland (0,9 Prozent) weiter zu.

An absoluten Arbeitslosenzahlen weist die EG-Statistik für Ende Juni 2,126 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland, 1,877 Millionen in Frankreich, 2,68 Millionen in Italien, 792 700 in den Niederlanden, 545 100 in Belgien, 2,983 Millionen in Großbritannien, 2142 in Luxemburg, 189 100 in Irland und 227 000 in Dänemark aus.

Der jeweilige Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung wurde auf 7,9 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland, 8,2 Prozent in Frankreich, 11,9 Prozent in Italien, 14,2 Prozent in den Niederlanden, 13,4 Prozent in Belgien, 1,3 Prozent in Luxemburg, 11,5 Prozent in Großbritannien, 14,9 Prozent in Irland und 8,5 Prozent in Dänemark beziffert.

WEINERNTE 1982 / Mengenrekord in Westeuropa

Große regionale Unterschiede

H. HILDEBRANDT, Bremen

Die wichtigsten westeuropäischen Weinanbauländer erzeugten 1982 insgesamt 232,5 Millionen Hektoliter Wein und damit die größte je zuvor erzielte Menge.

An der Spitze lag Frankreich mit 79 Millionen hl, dicht gefolgt von Italien mit 76 Millionen hl. Spanien hielt mit 39 Millionen hl den dritten Platz vor der Bundesrepublik mit 15,7 Millionen hl und Portugal mit 10 Millionen hl. Den Schluß bildeten die kleineren Anbauländer Österreich und Griechenland mit jeweils 5,5 und die Schweiz mit 1,8 Millionen hl.

Dabei differierte der Mengenzuwachs bei den einzelnen Anbauländern erheblich. In der Bundesrepublik lag der Ertrag um 60 Prozent über dem letzten Fünfjahresdurchschnitt, in Frankreich dagegen bei 14 Prozent. Italien erzielte nur ein Plus von etwa 2 Prozent, in Spanien gab es ein kleines Minus von 0,5 Prozent. Auch innerhalb der einzelnen Anbauländer gab es von Region zu Region unterschiedliche Ergebnisse.

Über die Qualität des Jahrgangs 1982 weiß das Bremer Importhaus Reidemeister & Ulrichs zu berichten, daß in den drei großen Anbauländern Frankreich, Italien und Spanien nicht nur brauchbare und gute Qualitäten herangewachsen sind, sondern teilweise sogar überdurchschnittliche. So verzeichneten beispielsweise die französischen A. O. C.-Qualitätsweine einen Höchstertrag. Ihr Anteil am Gesamtabsatz französischer Weine erreichte inzwischen 22 Prozent.

Das große Angebot hilft die Preise stabilisieren. Positiv wird auch die Qualität italienischer Weine bezeichnet, bei denen die Mengenergebnisse wegen der Trockenheit vor allem in den südlicheren Anbaugebieten hinter den Erwartungen zurückblieben. Nahezu die gleiche Aussage gilt für Spanien.

Sparmaßnahmen in Irland

VWD, Dublin

Eine Reihe von Sparmaßnahmen hat die irische Regierung am Montag angekündigt. Um im Rahmen des Haushaltsbudgets zu bleiben und die Zielsetzung, die Kreditaufnahme 1983 auf nicht mehr als 12,5 Prozent des Bruttosozialprodukts zu begrenzen, einzuhalten. Nach Angaben von Finanzminister Alan Dukes würde die Mittelaufnahme das Ziel von 1,67 Milliarden (rund 5,4 Milliarden Mark) Punt um möglicherweise 100 Millionen Punt überschreiten, wenn keine Sparmaßnahmen ergriffen würden. Am härtesten wird die Iren eine Erhöhung der Zigarettensteuer um fünf Prozent treffen. Außerdem wird ein geplantes Unterstützungsprogramm für die Armen verschoben.

GROSSBRITANNIEN / Gewaltkur der Regierung steigert Produktivität, aber:

Erst 1986 sinken Arbeitslosenzahlen

dpa/VWD, London

Die britischen Medien brachen in wahre Begeisterungsstürme aus: Der Luxusauto-Hersteller Jaguar, so war vor kurzem zu lesen, erlebe zur Zeit international einen wahren Höhenflug. Umsatzsteigerungen von bis zu 100 Prozent in den USA und von weltweit 42 Prozent innerhalb eines Jahres habe das Unternehmen erreicht. Endlich, so jubelte die Presse, sei einem Unternehmen der Durchbruch gelungen, das noch vor wenigen Jahren zu den größten Sorgenkindern der Briten-Wirtschaft gehörte.

Das „Wunder Jaguar" schien all denen recht zu geben, die seit vier Jahren die Politik von Premier Margaret Thatcher unterstützten: Das Unternehmen hatte viele Arbeitnehmer entlassen, die Produktivität erhöht und durch strikte Qualitätskontrollen sein zuvor arg in Verruf geratenes Produkt verbessert. Arbeitskämpfe gehören bei Jaguar der Vergangenheit an: Wer wagt schon, angesichts der hoffnungslosen Lage auf dem Arbeitsmarkt – 3,1 Millionen Arbeitslose – zu streiken?

So wie Jaguar haben Tausende britischer Unternehmen in den letzten Jahren gearbeitet. Dank der „Ausdünnung" der Belegschaften und verstärkter Automatisierung hat sich die Produktivität der Industrie in den vergangenen zwei Jahren um rund 15 Prozent erhöht. Die „London Business School" (LBS) prophezeit für dieses Jahr ein Wachstum der Produktivität um sieben und 1984 um weitere vier Prozent. Ein typisches Beispiel ist die Fluggesellschaft British Airways, die ihre Belegschaft in kurzer Zeit um 20 000 Mitarbeiter auf rund 37 500 reduzierte und nach hohen Defiziten wieder in die Gewinnzone flog.

Der Anstieg der Industrie-Produktion in diesem Jahr könnte die Thatcher-These von der Heilung der Wirtschaft durch Gesundschrumpfen bestätigen. Unternehmen, die die „Gewaltkur" der Tories überlebten und trotz drastischer Hochzins-Politik und jahrelang im internationalen Vergleich überbewerteter britischer Währung aushielten, sind heute – wie es Thatcher-Anhänger ausdrücken – gesünder denn je zuvor. Stolz verkündete die Premierministerin kürzlich, daß Britanniens Stahlindustrie jetzt effizienter sei als die der Bundesrepublik.

Doch die als Erfolg gepriesenen Statistiken sagen nicht viel über den wahren Zustand der britischen Wirtschaft und schon gar nicht über den Konjunkturverlauf aus. Zwar hat sich die Industrieproduktion in fast allen Bereichen erhöht, doch wird dabei verschwiegen, daß sie noch immer um rund 16 Prozent unter dem Volumen von 1978 – vor Beginn der Rezession – liegt. Viel weiter bergab, so monieren Kritiker, konnte es nicht mehr gehen. Zwar ist in den vergangenen Monaten endlich auch die Nachfrage nach Konsumgütern auf der Insel gestiegen, doch – wie die Handelsbilanz zeigt, lediglich zugunsten der Importe.

Vor allem die sozialistische Opposition attackiert die Wirtschaftsverbände, die den Begriff Produktivität zu einem Götzen gemacht hätten, dem – so die Kritiker – Millionen Beschäftigte geopfert werden. Als wolle er die Kritiker bestätigen, forderte der Chef des Arbeitgeberverbandes CBI, Sir Terence Beckett, die Regierung zum Abbau weiterer 360 000 Beamtenstellen in den nächsten Jahren auf. Nur so könne der öffentliche Dienst Großbritanniens „wettbewerbsfähig" gemacht werden. Die überwiegend konservative Presse unterstützt die Regierung seit Monaten durch ständig neue Erfolgsmeldungen über den Konjunkturverlauf und die Zukunft der britischen Wirtschaft.

Tatsächlich nutzen die „erschlankten" Unternehmen ihre durch mehr Produktivität erhöhten Gewinne zur Rationalisierung und nicht zu Neueinstellungen. Niedrige Lohnabschlüsse unterhalb der jährlichen Inflationsrate sollen in diesem Jahr weiter dazu beitragen, die Lage der Unternehmen zu verbessern. Das erwartete Wachstum des Bruttosozialprodukts um 1,75 Prozent in diesem Jahr und um 2,25 Prozent 1984 wird selbst nach Meinung amtlicher Stellen an der hoffnungslosen Lage der britischen Arbeitslosen kaum etwas ändern. Frühestens ab 1986, so erwarten Optimisten, könnte die Zahl der Arbeitslosen sinken – allerdings keineswegs auf 2,9 Millionen.

KATHREINER / Dividende bleibt unverändert

Verlangsamtes Wachstum

DANKWARD SEITZ, München

Skeptisch, aber nicht pessimistisch, beurteilt die Kathreiner AG, Poing, die Entwicklung des Einzelhandels in den kommenden Monaten. Das allgemein unbefriedigende Konsumklima sowie der immer stärker werdende Wettbewerb lassen nach Ansicht von Rolf Sonne, Alleinvorstand dieser bayerischen Einzel- und Großhandelsgruppe, die Zukunft in keinem optimistischen Licht erscheinen. Insbesondere der Handel müsse wohl Abschied nehmen von dem verstärkten Umsatzdenken der Vergangenheit.

Bei deutlich verschlechterten Rahmenbedingungen und einem Rückgang der Einzelhandelsumsätze um 2,5 Prozent 1982, konnte sich zwar auch Kathreiner nicht diesem Trend entziehen. Doch stieg der Umsatz immerhin noch um 4,2 Prozent auf 683 Mill. DM, auch wenn damit erstmals nicht mehr eine zweistellige Zuwachsrate wie in den Vorjahren erzielt werden konnte.

Hauptumsatzträger blieb der Einzelhandelsbereich mit 550 Mill. DM (plus 5,8 nach 14,7 Prozent), von dem wiederum 489 Mill. DM (ebenfalls plus 5,8 nach 15,8 Prozent) auf die unverändert 36 Krone-Märkte und -Center entfielen. Dieses Wachstum ist allerdings, so Sonne, allein auf die Erweiterung der Verkaufsfläche um 9,4 Prozent auf 102 870 m² zurückzuführen. Das Großhandelsgeschäft war, wie schon im Vorjahr, rückläufig; der Umsatz fiel um 2,1 (3,8) Prozent auf 132 Mill. DM.

Die Gesamtinvestitionen lagen mit 13,3 (13,2) Mill. DM wieder etwas über den 12,1 (11,5) Mill. DM Abschreibungen. Den Netto-Cash-flow gab Sonne mit 13,6 (9,6) Mill. DM an. Bei einem Jahresüberschuß von 3,14 (3,17) Mill. DM sollen aus unverändert 2,88 Mill. DM Bilanzgewinn wieder 8 DM Dividende auf 18 Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet werden, das bei rund 10 Familien liegt.

Für 1983 erwartet Sonne ein nominales Umsatzplus von 3 bis 5 Prozent, obwohl in den letzten Wochen das Krone-Center in Unterföhring (Umsatz 1982: 1,5 Mill. DM) aus wirtschaftlichen Überlegungen aufgegeben und anderweitig vermietet wurde. Neueröffnet wird im Laufe dieses Jahres nur ein Center in Ismaing, so daß auch die Investitionen auf rund 6 Mill. DM zurückgehen werden.

DEUTZ & GELDERMANN / Der Sektdurst hat deutlich nachgelassen

Am schrumpfenden Markt behauptet

WERNER NEITZEL, Breisach

Ernüchterung ist unter den rund siebzig deutschen Sektkellereien eingetreten. Wie eigentlich nicht anders zu erwarten war, reagierte der Verbraucher auf die Erhöhung der Sektsteuer von 1,50 auf 2 DM je Flasche, die am 1. April 1982 wirksam wurde und von den Herstellern weitgehend im Preis weitergegeben wurde. Der Durst nach jenem prickelnden Getränk wurde merklich gezügelt, denn der Inlandsmarkt schrumpfte im vergangenen Jahr um 9,8 Prozent auf 335 Mill. Flaschen.

Auch die Anbieter höherpreisigen Sekts – das gilt ebenso für Importware – bekamen die Verärgerung der Verbraucher zu spüren. So mußte auch die in jenem oberen Marktsegment sich betätigende Deutz & Geldermann Sektkellerei Breisach GmbH, Breisach/Baden, 1982 einen Rückgang ihres Absatzes um 8 Prozent auf 2,05 (1981: 2,29) Mill. Flaschen hinnehmen. Gleichwohl blieb aufgrund der höheren Sektsteuer der Wertumsatz unverändert bei 20 Mill. DM. Ohne Berücksichtigung der Sektsteuer lag der Wertumsatz um 3,5 Prozent unter dem Vorjahr.

Das Breisacher Unternehmen rechnet sich im Segment hochpreisiger Sekte (ab 8 DM Fabrikabgabepreis) einen Marktanteil von unverändert 12 Prozent aus und stuft sich damit an vierter Stelle unter den auf dem deutschen Markt auftretenden Anbietern ein. Obwohl sich die Schwächetendenz am Sektmarkt im Verlauf dieses Jahres eher noch verstärkt hat, strebt Deutz & Geldermann für das ganze Jahr 1983 einen Mengenabsatz in der Größenordnung des Vorjahres an. Dazu verhelfen sollen verstärkte Verkaufsförderungsaktionen. Zielgruppe ist und bleibt die gehobene Gastronomie, der Fachgroßhandel, Feinkostgeschäfte und größere Kaufhäuser.

Die beiden Geschäftsführer von Deutz & Geldermann, James Lallier und Rudolf Schilling, sehen in dieser Gruppe ein noch immer genügend großes Potential, das auszuschöpfen sich lohne. Direkt und indirekt werden 50 bis 60 Prozent des Breisacher Sektes in der gehobenen Gastronomie abgesetzt. Zur Ertragslage heißt es, sie habe sich gegenüber dem Vorjahr etwas verschlechtert, doch befinde man sich nicht in den roten Zahlen.

Deutz & Geldermann hält sich zugute, der individuellen Flaschengärung im Champagnerverfahren treu geblieben zu sein. 1838 hatten die beiden Aachener William Deutz und Peter Geldermann eine eigene Sektkellerei in der Champagne gegründet. Schon wenige Jahrzehnte später gehörte diese zu den angesehendsten Champagnerhäusern Frankreichs. Weinberge um Ay und Avize gehören auch heute noch zum Besitz.

1904 weitete sich das Unternehmen durch Gründung einer Kellerei in Hagenau/Elsaß aus, und 1925 entstand das deutsche Schwesterunternehmen in Breisach. Dieses verwendet für seine Sektherstellung nach wie vor die hochwertigen Weine aus dem Loire-Tal, aus Chablis, aus Burgund und auch vom Kaiserstuhl. Die Cuvée in typischer französischer Zusammenstellung und die lange Lagerzeit von durchschnittlich zwei Jahren geben der Marke ihre besondere Stellung. Mit einem Aufwand von 2,5 Mill. DM wurde in Breisach die Abfüllung rationalisiert und das Flaschenlager von bisher 3,5 auf eine Kapazität von 5 Mill. Flaschen erweitert.

SÜDZUCKER / Preise bleiben unter Druck

Großabnehmer kamen spät

JOACHIM WEBER, Mannheim

Der Vorstand der Süddeutschen Zucker-AG, Mannheim, macht sich wenig Hoffnung, auch in diesem Jahr den Rekordabsatz des Kampagne-Jahres 1982/83 (28. 2.) von 964 000 (918 000) Tonnen Zucker wieder zu erreichen. Ein schlechtes Frühjahr bei den Großabnehmern in der Limonaden-, Eiskrem- und auch Schokoladenindustrie wird selbst durch den sprunghaften Anstieg im Juli nicht ganz wettzumachen sein.

Auch das Exportgeschäft, das 1982 mit 322 000 (293 000) Tonnen am Südzucker-Absatz beteiligt war, verspricht nicht allzuviel. Der in diesem Jahr weltweit erwartete Produktionsrückgang wird den gewaltigen Angebotsüberhang – die Weltbestände werden auf gut 40 Prozent eines Jahresbedarfs geschätzt –, nur leicht reduzieren; die Preise bleiben also unter Druck.

Insgesamt hat sich Südzucker auf einen Absatz eingestellt, der „um einige Prozentpunkte" unter dem des Vorjahres liegen wird. Da auch die Zuckerpreiserhöhungen des EG-Ministerrats für Deutschland nur eine Anhebung um 1,26 Prozent auf 145,14 (143,34) DM je 100 Kilogramm bedeuten, dürfte sich auch das Umsatzwachstum in Grenzen halten.

So konzentriert Südzucker seine Ertragsbemühungen im ohnehin streng quotenregulierten Markt mehr auf die innere Leistungsfähigkeit. Nachdem schon im vergangenen Jahr die Verbesserung des Betriebsergebnisses (um schätzungsweise ein Drittel) je zur Hälfte aus den Kostenvorteilen der „Musterkampagne" (z. B. geringer Erdanhang an den Rüben) und aus Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen sowie Bestandsgewinnen stammte, sollen die 100 (94) Mill. DM Sachinvestitionen dieses Jahres erneut in die innere Stärkung – unter anderem Energiesparprojekte – gesteckt werden.

Der Vorjahreserfolg wird allerdings kaum zu wiederholen sein. Zwar kompensierte der Rückgang des neutralen Ergebnisses den gesteigerten Betriebsgewinn, so daß der Jahresüberschuß mit 27 Mill. DM unverändert blieb. Doch die Verbesserung des DVFA-Ergebnisses je Aktie auf 24,60 (22) DM und des Cash-flow auf 137 (114) Mill. DM zeigen deutlich die gesteigerte Ertragskraft. Mit 12 beziehungsweise 20 Prozent lagen ihre Zuwachsraten noch deutlich über der des Umsatzes von knapp 7 Prozent auf 1,6 (1,5) Mrd. DM. All das wurde mit fast unverändert 2970 (2950) Mitarbeitern erwirtschaftet.

Dresdner Luxemburg sorgt kräftig vor

dpa/VWD, Frankfurt

Die Luxemburger Dresdner Bank-Tochter Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG – Dresdner Bank International – (CLB), hat im Geschäftsjahr 1982/83 (31. März) erhebliche Risikovorsorge betrieben. Aus dem das „sehr zufriedenstellende Vorjahresergebnis" erneut übertreffenden Beriebsgewinn wurde die Position Rückstellungen und Wertberichtigungen um 3,7 Mrd. Franc (182 Mill. DM) auf jetzt 8,5 Mrd. Franc (416 Mill. DM) aufgestockt. Nach Einbehaltung des Bilanzgewinns – die Muttergesellschaft verzichtet auf eine Dividende –, erhöhen sich die Eigenmittel auf 12,1 (11,5) Mrd. Franc (0,60 Mrd. nach 0,53 Mrd. DM). *Eine höhere Zinsmarge sowie bessere Erträge in den Handelsbereichen (Effekten, Edelmetalle, Devisen) hätten vor allem zum verbesserten Betriebsergebnis beigetragen.*

In die freien Rücklagen werden umgerechnet 28 (25) Mill. DM eingestellt. Die Bilanzsumme der CLB ermäßigte sich um 1,5 Prozent auf 460,6 Mrd. Franc. Ursache hierfür war die Befestigung der belgisch-luxemburgischen Währung um rund 7 Prozent gegenüber D-Mark und US-Dollar, auf die 86 Prozent der Aktiva entfallen. In D-Mark gerechnet erhöhte sie sich dagegen um rund 6 Prozent auf 22,6 Mrd. Ebenfalls wechselkursbedingt reduzierten sich die Forderungen aus dem Kreditgeschäft auf 221,1 (227,3) Mrd. Franc.

Bremer Vulkan: Umsatz halbiert

dpa/VWD, Bremen

Die Großwerft Bremer Vulkan AG, Bremen, hat im vergangenen Jahr eine Halbierung des Umsatzes hinnehmen müssen. Die Krise in der Weltschiffahrt ließ den Umsatz auf 247,8 Mill. DM zurückgehen, nach 467,4 Mill. DM im Vorjahr. Auf die Schiffswerft entfielen dabei 180,4 Mill. DM, auf den Maschinenbau 25,4 Mill. und auf die sonstigen Geschäftsbereiche 42 Mill. DM. Der Exportanteil der Werft – Großaktionäre sind Thyssen Bornemisza und das Land Bremen mit jeweils über 25 Prozent – betrug knapp 81 Prozent.

Für Vulkan, die mit den Bremer Werften AG „Weser" (Krupp) und Hapag Lloyd Werft GmbH fusionieren will, war es im vegangenen Geschäftsjahr äußerst schwierig, neue Aufträge hereinzuholen, berichtet der Vorstand. Dies führte bis zum Herbst 1982 zu einer „erheblichen Anspannung der Liquidität". Ende 1982 hatte die Werft Bauaufträge für vier Mehrzweckfrachter, fünf Container-Mehrzweckfrachter, einen Schwerguttransporter und vier Fregatten.

Damit ist die Kapazität in diesem Jahr nach Meinung des Vorstandes „weitgehend" ausgelastet und reicht „teilweise" bis 1984. Der Wert des Auftragsbestandes beträgt rund 2,56 Mrd. DM. Im vergangenen Jahr wurden zwei Mehrzweckfrachter sowie die Fregatten „Bremen" und „Niedersachsen" der Bundesmarine abgeliefert.

NAMEN

Wolfgang G. Ruschemeier, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutsche Export Zentrale GmbH, Hannover, scheidet auf eigenen Wunsch zum 31. August dieses Jahres aus dem Unternehmen aus.

Hubert Motter, Geschäftsführender Gesellschafter der Bedachungs-Fachgroßhandlung Kone + Sehringer GmbH & Co. KG, Philippsburg, ist per 1. Juli 1983 als Geschäftsführer bei Carl Englert GmbH, Karlsruhe, eingetreten. Mit dem gleichen Tage sind **Dr. Herbert Englert** und Frau **Gabriele Englert** als Gesellschafter und Geschäftsführer ausgeschieden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Iburg: Futura-Möbel GmbH, Georgsmarienhütte; Frers Möbel GmbH, Georgsmarienhütte; **Bielefeld:** Nachl. d. Dr. med. George Guttmann, Arzt; Ing. W. Klußmann KG: Hans Körner, Inh. d. Autohauses Hans Körner; **Celle:** Aller Kaufhaus Ernst-Dietrich zum Felde; **Duisburg:** Nachl. d. Max Gottfried Schneider, Justizhauptwachtmeister a. D.; **Leverkusen:** Neumann u. Holzschneider OHG, Leverkusen-Opladen; **Rottweil:** Nachl. d. Wwe. W. Weigel, Sulz a. N. Mühlheim; **Seesen:** Nachl. d. Verzinkers Alfred Adolf Richard Wesche, Langelsheim; **Wuppertal:** BCI Brillen- u. Contactlinseninstitut GmbH; Knapp GmbH – Malerei-Anstrich.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Umsatzeinbußen bei Welle

Paderborn (hdt.) – Die Kaufzurückhaltung auf dem Möbelmarkt hat 1982 bei der Welle-Gruppe, einem führenden Möbelhersteller, zu Umsatzeinbußen geführt. So gingen die Erlöse des Stammhauses Welle GmbH & Co. KG, Paderborn, um 7,4 Prozent auf 441,5 (476,8) Mill. DM zurück. Positiver entwickelten sich die Auslandstöchter, zu denen neben Vertriebsgesellschaften auch eine Produktionsstätte in Frankreich zählt. Sie trugen dazu bei, daß der Gruppenumsatz insgesamt nur um 4 Prozent auf 606 (631) Mill. DM sank. Reduziert hat Welle 1982 die Zahl seiner Mitarbeiter in der Gruppe um 590 auf 3750.

Südmilch mit Plus

Stuttgart (dpa/VWD) – Die genossenschaftlich organisierte Südmilch AG (Stuttgart), die zu den größten deutschen Marktmolkereien gehört, konnte 1982 ihre Marktstellung verbessern. So stieg der Umsatz um 6,4 Prozent auf 758,8 Mill. DM. Für 1982 weist Südmilch einen Bilanzgewinn von 0,4 (1981: 0,2) Mill. DM aus, aus dem 7 Prozent Dividende auf nominal 1,8 Mill. DM Vorzugsaktien für die Jahre 1977 und 1978 nachgezahlt werden. Vom Gesamtumsatz entfielen auf die Eigenproduktion 375,6 Mill. DM, auf den Zukauf aus Betrieben der verbundenen Intermilch (Stuttgart) 86,3 Mill. DM und auf den Umsatz mit Handelswaren 297 (276,8) Mill. DM. Im Export wurden 32 Mill. DM umgesetzt.

Unveränderte Dividende

Hamburg (VWD) – Die Harmstorf AG (Flensburg) schlägt der HV am 30. August aus dem Bilanzgewinn von 1,89 Mill. DM eine unveränderte Dividende von 3 DM je 50-DM-Aktie auf das im vergangenen Jahr von 20 auf 31,5 Mill. DM erhöhte Kapital vor.

Verhaltener Kreditzuwachs

Hannover (VWD) – Die 321 Volks- und Raiffeisenbanken in Niedersachsen und Bremen spüren noch keinen wirkungsvollen wirtschaftlichen Aufschwung in der Region. Der Genossenschaftsverband Niedersachsen berichtet von nur maßvollen Einlagensteigerungen und verhaltenen Kreditzuwächsen im ersten Halbjahr 1983. Die Einlagen sind danach um 183 Mill. auf 19,8 Mrd. DM gestiegen, die Spareinlagen um 289 Mill. auf 11,8 Mrd. DM. Die befristeten Einlagen verringerten sich um 467 Mill. auf 4 Mrd. DM.

Seebag erfolgreich

Hamburg (VWD) – Die Seebag Seeschiffahrtsbeteiligungs-AG (Hamburg), die zur Reederei-Gruppe Claus-Peter Offen gehört, hat auch im schwierigen Schiffahrtsjahr 1982 erfolgreich abgeschnitten und will den Aktionären für 1982 eine unveränderte Dividende von 3,20 DM je Aktie (50 DM) zahlen. Hauptversammlung ist am 30. August in Hamburg.

Altbank gelöscht

Frankfurt (VWD) – Das zuständige Registergericht in Berlin hat jetzt die Aktiengesellschaft Deutsche Bank (Altbank) im Handelsregister gelöscht, nachdem der Vorstand den Schluß der Abwicklung angemeldet und die Löschung beantragt hatte.

WOOLWORTH / Vom Konzerngeschehen unbelastet

Deutsche Gründe zur Sorge

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die F. W. Woolworth Co. GmbH, Frankfurt, deutscher Ableger des US-Warenhauskonzerns, hat im ersten Halbjahr eine „gewisse Verbesserung des Konsumklimas" registriert. Vor allem durch den Zuwachs des Monats Juni von 7 Prozent schlossen die ersten sechs Monate mit einem Umsatzplus von 4 Prozent beziehungsweise von knapp 2 Prozent auf unveränderter Verkaufsfläche ab.

Trotz des wieder erfreulicheren Wachstums gibt es Grund zur Sorge: Die Mehrwertsteuererhöhung kann in der gegenwärtigen Konkurrenzsituation nur schwer weitergegeben werden. Es werde größter Anstrengungen bei der Kostenüberwachung bedürfen, um wieder zu einem „befriedigenden" Gewinn zu kommen, stellt dies Geschäftsführung fest.

Schon das Jahr 1982 wird als das „seit langem unbefriedigendste Geschäftsjahr" eingestuft. Der Umsatzzuwachs um 1,3 Prozent auf 1,96 (1,94) Mrd. DM war ausschließlich auf die Ausweitung der Verkaufsfläche auf 315 000 (303 000) Quadratmeter zurückzuführen. Flächenbereinigt ergab sich ein Rückgang um 1 Prozent.

Hatte man damit auch im Branchenvergleich noch günstig abgeschnitten, so ließ sich doch der Rückgang des Jahresüberschusses um ein rundes Viertel auf 43 (57) Mill. DM nicht vermeiden. Das Stammkapital wurde auf 470 (376) Mill. DM erneut erhöht, in diesem Jahr soll es 505 Mill. DM erreichen.

Damit blieb die deutsche Tochter von den „tiefgreifenden Einschnitten" beim US-Konzern unberührt. Dort wurden im vergangenen Herbst die Schließung der 300 Filialen der Woolco-Kette und der Verkauf der Mehrheitsbeteiligung an der britischen Woolworth-Gesellschaft beschlossen.

KRONES / Höchster Auftragsbestand in der Firmengeschichte – Gutes US-Geschäft

Früchte des enormen Entwicklungsaufwands

DANKWARD SEITZ, München

Nach einem „guten Ergebnis" im vergangenen Jahr ist die Krones AG, Neutraubling, auch für 1983 guter Dinge, selbst wenn mit keiner entscheidenden Konjunkturwende gerechnet werden kann und die Marktverhältnisse weiterhin schwer bleiben. Bei bis mindestens zum Jahresende ausgelasteten Kapazitäten besteht für den nach eigenen Angaben führenden Hersteller auf dem Gebiet des Etikettier- und Ausstattungsmaschinenbaus auch kein Grund zur Klage.

Selbst wenn Vorstandsvorsitzender Hermann Kronseder auf den rückläufigen Auftragseingang aus dem Ausland und den unverändert starken Preisdruck verweist, gesteht er dennoch ein, daß die Wachstumsaussichten gut sind und nun der „enorme Entwicklungsaufwand" der letzten Jahre erste Früchte trägt. Allein 1982 hat Krones rund 5 Prozent des Umsatzes in Forschung und Entwicklung investiert. Zudem ist das Unternehmen in das laufende Geschäftsjahr mit dem „höchsten" Auftragsbestand in seiner Geschichte (71,4 nach 54,7 Mill. DM) gegangen.

Im vergangenen Jahr stieg der Umsatz der Krones AG um rund 7 Prozent auf 165 Mill. DM. Im Gegensatz zum Vorjahr wurde der Zuwachs diesmal vom Inland (plus 12,6 Prozent) getragen. Gleiches gilt für den Auftragseingang, der mit 139 Mill. DM um 31 Prozent über dem Vorjahreswert lag. Zurückgeführt wird dies auf die bis Ende 1982 gewährte Investitionszulage. Rund 68 Prozent der Bestellungen entfielen auf Etikettiermaschinen. Den Weltumsatz der Gruppe gab Kronseder mit rund 250 (230) Mill. DM an. Das Betriebsergebnis bezeichnete er als befriedigend. Aus dem deutlich auf 11,9 (5,9) Mill. DM gestiegenen Bilanzgewinn sollen 4,59 Mill. DM auf neue Rechnung vorgetragen und der Rest zur Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 8 DM je 50-DM-Aktie und eines Sonderbonusses von 20 DM auf das Grundkapital von 13 Mill. DM verwandt werden.

Auch wenn der Schwerpunkt der Aktivitäten weiterhin auf den bisher gefertigten Maschinen liegen soll, rechnet sich Kronseder gute Chancen auf dem Gebiet Getränkeabfüllung aus. Partizipieren will er hier vor allem an den enormen Zuwachsraten der US-Weinwirtschaft. Seit 1976 ist Krones in den USA mit einer eigenen Tochtergesellschaft vertreten, die 1982 auf einen Umsatz von rund 20 Mill. Dollar kam und 230 Mitarbeiter beschäftigt. Zum Ausbau der Produktion in den drei deutschen Werken (1800 Beschäftigte) sollen 1983 rund 7 (4,4) Mill. DM investiert werden.

ELRING / Ausschüttung halbiert

Nachfragelöcher abgedichtet

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Trendkurve im Auftragseingang bei der Elring-Firmengruppe, Fellbach bei Stuttgart, die auf dem Gebiete der Dichtungen für den Fahrzeugbau eine bedeutende Position innehat, zeigt wieder nach oben. Nach Meinung der Geschäftsleitung bestehen daher gute Voraussetzungen für eine Umsatzverbesserung im Jahre 1983.

Der Umsatz der Elring Dichtungswerke GmbH, des Stammhauses der Gruppe, war in 1982 um 5 Prozent auf 185 (195) Mill. DM zurückgegangen. Einschließlich der Tochterunternehmen Procal S. A., Langres/Frankreich, und Elring Espanola S. A., Reus/Spanien, belief sich der Außenumsatz der Gruppe auf 211 (216) Mill. DM. Die Ursachen für den Umsatzrückgang lägen zu einem wesentlichen Teil in der Schwäche wichtiger Exportmärkte, heißt es im Geschäftsbericht weiter. Demgegenüber habe sich der Umsatz mit den Automobilherstellern noch geringfügig erhöht. Im Produktbereich Kunststoffe, der vorwiegend auf Kunden außerhalb des Automobilbaus zielt, wurde der Umsatz gehalten.

Deutlich verringert habe sich, wie die Geschäftsleitung feststellt, das Ertragsniveau. Der an die Gesellschafter – die Kapitalmehrheit liegt direkt und indirekt bei der Familie Lechler – ausgeschüttete Gewinn wurde auf 2 (4) Mill. DM halbiert. Nach wie vor brilliert das Unternehmen mit einer überdurchschnittlich guten Eigenkapitalquote von 43,7 Prozent. Investiert wurden in der Gruppe wiederum 18 Mill. DM Abschreibungen. In der Gruppe waren zum Jahresende 2377 (2476) Mitarbeiter beschäftigt, davon 1589 (1690) in der Bundesrepublik.

Aktienmarkt verunsichert

Aber Autowerte nach wie vor zu stabilen Kursen gesucht

DW. – Die unerwartet hohe Geldmengenausweitung in den USA und die in der Folge dort steigenden Rentenrenditen verunsicherten am Wochenbeginn das Geschäft auf dem Aktienmarkt. Kaufaufträge aus dem Ausland lagen trotz des erneut gestiegenen Dollarkurses kaum vor. Dennoch blieben in den Standardaktien größere Kurseinbrüche aus, weil auf ermäßigter Basis inländische Anleger das meist nur geringe Angebot aufnahmen. Angeregt durch die günstigen Prognosen über den Pkw-Absatz in den kommenden Jahren konnten sich die Auto-Aktien auf ihrem hohen Niveau halten.

Bei Degussa kam es anfangs zu Gewinnmitnahmen, später kehrte der Kurs aber fast auf den Freitagstand zurück. Die Kaufbereitschaft wird immer noch mit der Katalysatorenfertigung begründet, in der Degussa über große Erfahrungen verfügt. Als nach wie vor empfindlich erwiesen sich Maschinenbauwerte, weil diese Branche von der Konjunkturerholung bislang nicht viel zu spüren bekam. KHD sanken um 7 DM auf 255 DM und Linde um 4 DM auf 398 DM. Die enttäuschende Zinsentwicklung führte bei den Bankaktien zu Abschlägen von durchschnittlich 2 DM.

Düsseldorf: Thüringer Gas erhöhten um 15 DM auf 470 DM und Köln Düsseldorfer um 5 DM auf 255 DM. Hein. Lehmann, Kabelmetal, Kochs Adler, Küppersbusch und Ravensberger Spinne erhöhten je um 5 DM. Stinnes gaben um 15 DM auf 580 DM nach und Pongs u. Zahn um 4 DM auf 145 DM. Schubsa verminderten um 3 DM auf 76 DM.

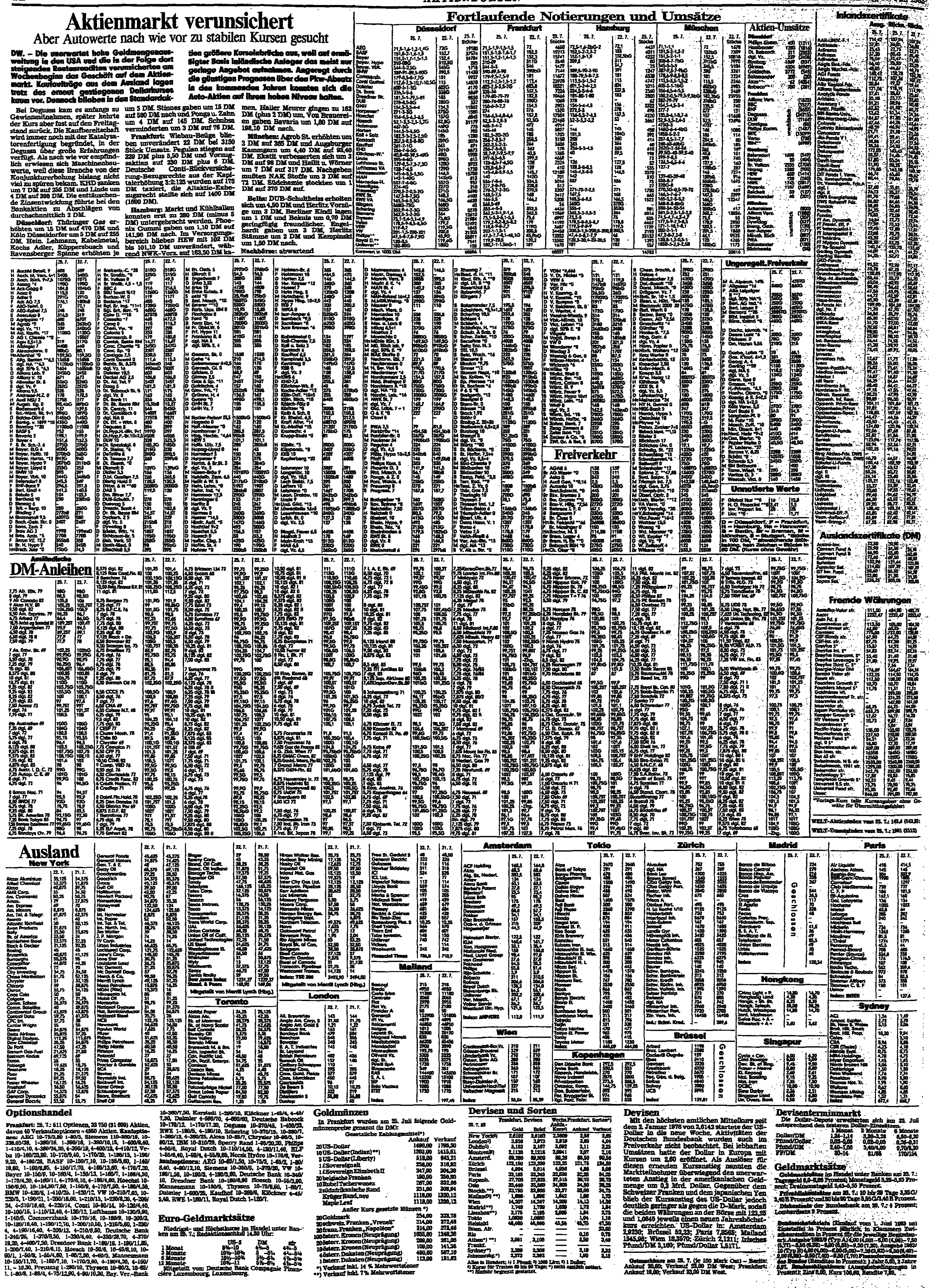
Frankfurt: Wiebau-Beüge blieben unverändert 22 DM bei 3150 Stück Umsatz. Pegulan stiegen auf 229 DM plus 5,50 DM und Vorzugsaktien auf 230 DM plus 6 DM. Deutsche Conti-Rückversicherung-Bezugsrechte aus der Kapitalerhöhung 3:2:125 wurden auf 175 DM taxiert, die Altaktie-Exbezugsrecht stellte sich auf 1400 DM (1600 DM).

Hamburg: Markt und Kühlhallen konnten erst zu 280 DM (minus 5 DM) untergebracht werden. Phoenix Gummi gaben um 1,10 DM auf 141,90 DM nach. Im Versorgungsbereich blieben HEW mit 102 DM bis 101,10 DM unverändert, während NWK-Vorz. auf 163,50 DM kamen. Haller Meurer gingen zu 162 DM (plus 2 DM) um. Von Brauereien gaben Bavaria um 1,80 DM auf 198,10 DM nach.

München: Agrob St. erhöhten um 2 DM auf 365 DM und Augsburger Kammgarn um 4,40 DM auf 93,40 DM. Ekatit verbesserten sich um 3 DM auf 98 DM und Heilit u. Wörner um 7 DM auf 317 DM. Nachgeben mußten NAK Stoffe um 3 DM auf 72 DM. Südchemie stockten um 1 DM auf 370 DM auf.

Berlin: DUB-Schultheiss erholten sich um 4,50 DM und Herlitz Vorzüge um 3 DM. Berliner Kindl lagen um 1 DM und Bekula um 0,70 DM geringfügig freundlicher. Engelhardt gaben um 3 DM, Herlitz Stämme um 2 DM und Kempinski um 1,50 DM nach.

Nachbörse: abwartend



Optionshandel

Frankfurt: 25. 7.: 611 Optionen, 33 750 (31 600) Aktien, davon 40 Verkaufsoptionen = 4850 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-75/3,80 1-80/5, Siemens 110-380/19, 10-338,05/38, 1-380/16, 1-390/16, 1-390/10,15, 1-400/8,40, 1-410/4,10, 4-380/24,20, 4-390/19, 4-400/13, 4-410/12, Veba 10-160/23,80, 10-170/9,40, 1-170/20, 1-180/15, 1-190/9,20, 4-180/28, BASF 10-150/7,10, 10-155/5,60, 1-140/18,60, 1-160/8,85, 4-150/17,70, 4-160/13,60, 4-170/7,20, Bayer 10-150/9, 10-160/4, 1-150/13, 1-160/7, 1-166/4,50, 1-170/4,20, 4-160/11, 4-170/6,10, 4-180/4,60, Hoechst 10-150/9,50, 10-154,50/7,50, 1-160/9, 4-170/7,50, 4-180/4,50, BMW 10-420/6, 1-410/25, 1-430/12, VW 10-210/7,05, 10-220/5, 1-190/31, 1-200/18,60, 1-210/15, 1-220/8,30, 4-200/24, 4-210/18,40, 4-220/14, Conti 10-95/14, 10-120/4,40, 10-100/15, 1-110/13,40, 4-120/12, Lufthansa 10-130/5,90, 1-140/5, Commerzbank 10-170/16, 10-180/9, 10-200/3, 10-180/16,40, 1-190/12,70, 1-200/10,50, 1-210/5,60, 1-230/4, 4-190/16,40, 4-200/13, 4-210/9,50, Deutsche Bank 1-340/26, 1-370/8,50, 1-390/4,40, 4-350/28,70, 4-370/19,20, 4-400/7,50, Dresdner Bank 1-180/16, 1-190/11,85, 1-200/7,40, 1-210/8,15, Hoesch 10-50/6, 10-45/8,10, 10-60/1, 1-50/8, 1-55/4,60, 1-60/2,50, 4-60/5, Mannesmann 10-150/11,70, 1-160/7,10, 1-170/3,60, 4-180/4,20, 4-160/11, – 10,30, Preussag 1-290/10, Thyssen 10-80/3, 10-65/1, 1-80/8, 1-85/4, 4-75/12,90, 4-80/10,30, Bay. Ver.-Bank 10-360/7,50, Karstadt 1-290/10, Klöckner 1-45/4, 4-45/7,50, Daimler 4-590/70, 4-600/60, Deutsche Babcock 10-170/12, 1-170/17,20, Degussa 10-370/45, 1-400/33, RWE 1-180/5, 4-180/10, Schering 10-370/15, 10-380/7, 1-380/13, 4-380/25, Alcan 10-85/7, Chrysler 10-90/5, 10-80/12, IBM 10-310/29, Sperry Rand 1-95/20,20, Philips 4-50/6, Royal Dutch 10-110/14,50, 4-130/11,40, ELF 1-55/6,40, 1-60/4, 4-55/9,60, Norsk Hydro 10-170/6, **Verkaufsoptionen:** AEG 10-65/1,50, 10-75/5, 1-65/2, 1-80/6,40, 4-80/12,10, Siemens 10-350/5, 1-370/20, VW 10-180/1,50, 10-190/3, 4-180/5,60, Deutsche Bank 10-340/10, Dresdner Bank 10-180/6,90 Hoesch 10-55/3,90, Mannesmann 10-150/5, Thyssen 10-75/8,60, 1-80/7, Daimler 1-600/25, Kaufhof 10-260/6, Klöckner 4-46/5,40, RWE 1-180/11, Royal Dutch 1-120/7.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 25. 7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¾–10	4¾–5	4¾–5
3 Monate	10⅛–10⅜	5 –5¼	4¾–5⅛
6 Monate	10½–10¾	5½–5¾	4⅞–5⅛
12 Monate	10⅝–11	5⅞–6⅛	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 25. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1490,00	1796,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1203,00	1415,61
5 US-Dollar (Liberty)	518,00	645,21
1 £ Sovereign alt	258,00	316,92
1 £ Sovereign Elizabeth II	247,00	304,38
20 belgische Franken	190,00	250,80
10 Rubel Tscherwonez	267,00	332,88
2 südafrikanische Rand	251,00	308,94
Krüger Rand, neu	1118,00	1320,12
Maple Leaf	1118,00	1320,12
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	254,00	323,76
20 schweiz. Franken „Vreneli"	214,00	272,46
20 franz. Franken „Napoléon"	214,00	272,46
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1035,00	1248,30
20 österr. Kronen (Neuprägung)	209,00	261,06
10 österr. Kronen (Neuprägung)	109,00	141,36
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	480,00	587,10
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	113,00	151,62

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

25. 7. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankdz.-Kurse[4]	Sorten Ankauf	Sorten Verkauf
New York[3])	2,6102	2,6182	2,5809	2,56	2,65
London[1])	3,959	3,973	3,919	3,89	4,04
Dublin[1])	3,153	3,167	3,092	3,11	3,25
Montreal[3])	2,1138	2,1218	2,0941	2,07	2,16
Amsterd.	89,280	89,500	89,26	88,50	90,50
Zürich	123,150	123,350	123,25	121,75	124,50
Brüssel	4,994	5,014	4,956	4,88	5,08
Paris	33,185	33,345	32,530	32,25	34,25
Kopenh.	27,705	27,825	27,515	26,75	28,75
Oslo	35,440	35,560	34,808	34,50	36,25
Stockh.**)	33,795	33,955	33,37	33,00	34,75
Mailand[2]) **)	1,686	1,696	1,642	1,66	1,75
Wien	14,207	14,247	14,209	14,13	14,36
Madrid**)	1,749	1,759	1,639	1,72	1,84
Lissabon**)	2,175	2,195	2,065	1,84	2,75
Tokio	1,0830	1,0860	—	1,04	1,10
Helsinki	46,460	46,660	45,56	45,75	47,50
Buen. Air.	–	—	—	—	33,00
Rio	–	—	—	0,16	0,75
Athen*) **)	3,051	3,106	—	2,50	3,40
Frankf.	–	—	—	—	—
Sydney*)	2,289	2,308	—	2,19	2,32
Johannesbg.*)	2,373	2,392	—	1,90	2,15

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Mit den höchsten amtlichen Mittelkurs seit dem 2. Januar 1976 von 2,6142 startete der US-Dollar in die neue Woche. Aktivitäten der Deutschen Bundesbank wurden auch im Freiverkehr nicht beobachtet. Bei lebhaften Umsätzen hatte der Dollar in Europa mit Kursen um 2,60 eröffnet. Als Auslöser für diesen erneuten Kursanstieg nannten die Marktteilnehmer überwiegend den unerwarteten Anstieg in der amerikanischen Geldmenge um 0,3 Mrd. Dollar. Gegenüber dem Schweizer Franken und dem japanischen Yen blieb der Kursanstieg des US-Dollar jedoch deutlich geringer als gegen die D-Mark, sodaß die beiden Währungen an der Börse mit 123,25 und 1,0845 jeweils einen neuen Jahreshöchstkurs erreichten. US-Dollar in: Amsterdam 2,9230; Brüssel 52,23; Paris 7,8565; Mailand 1545,95; Wien 18,3570; Zürich 2,1211; Irisches Pfund/DM 3,160; Pfund/Dollar 1,5171.

Ostmarkkurs am 25. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Depots erweiterten sich am 25. Juli entsprechend den festeren Dollar-Zinssätzen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,24–1,14	3,38–3,28	6,50–6,30
Pfund/Dollar	0,02–0,05	0,02–0,05	0,26–0,31
Pfund/DM	2,40–1,00	5,40/4,00	9,70/8,30
FF/DM	30–14	81/65	170/154

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 25. 7.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,25–5,35 Prozent; Dreimonatsgeld 5,45–5,55 Prozent.

Privatdiskontsätze am 25. 7.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G/3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 25. 7.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer: Ausgabe 1983/9 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,00 (4,98) – 7,50 (5,77) – 8,50 (6,38) – 9,00 (6,83) – 9,50 (7,20). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,00 (5,00) – 7,50 (5,82) – 8,50 (6,49) – 9,00 (6,98) – 9,50 (7,40) – 9,50 (7,70) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,60, Rendite 7,85.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

[illegible]

Renten abwärts

Die in den USA wieder anziehenden Renditen führten bei den deutschen öffentlichen Anleihen zu Abschlägen bis zu einem halben Punkt. Material kam vor allem in den Emissionen mit längeren Laufzeiten heraus. Nachgebende Notierungen gab es auch bei den DM-Auslandsanleihen, hier vor allem in den jüngeren, noch nicht voll plazierten Emissionen. Die Realkreditinstitute erwiesen sich zwar als ansprechbar, waren aber nicht zu den geforderten Konzessionen bereit. Dies um so weniger, als ihr Aktivgeschäft zur Zeit schleppend ist.

	25. 7.	22. 7.
M 5½ Bayer.Hyp. Pf 14	90,5G	90,5G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	94,25G	94,25bG
7 dgl. Pf 3	94,25G	94,25G
7 dgl. Pf 27	100,5G	100,5G
6½ dgl. KS 14	94,25G	94,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	119G	119G
5½ dgl. Pf 11	125,5G	125,5G
6 dgl. Pf 34	77bG	77bG
6 dgl. KO Pf 50	99,75G	99,75G
6½ dgl. Pf 10	83G	83G
6 dgl. KS 1	98G	98G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	25. 7.	22. 7.
Br 6½ dgl. Pf 77	92,7G	92,7G
8 dgl. Pf 42	99,65G	99,65G
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 66	69,5G	69,5G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	78,5G	78,5G
6 dgl. Pf 130	90,6G	90,6G
6½ dgl. Pf 133	88	88G
10 dgl. Pf 168	100,5G	100,5G
H 5 Hbg. Ldk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	87,85	87,85
6 dgl. 47	79G	79G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	25. 7.	22. 7.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	100,7G	100,7G
M 6 Südboden Pf 41	88GTG	88GTG
5½ dgl. Pf 57	78G	76G
6½ dgl. Pf 143	93G	93G
7 dgl. Pf 87	93,5G	93,5bG
7½ dgl. Pf 104	97G	98,5G
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	99G	99G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	104G	104G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

	25. 7.	22. 7.
F 11 BASF 52	44,4	44,5
7¼ Bayer Fin. 79	41,8	41,2
10½ Bayer Fin. 82	50,5	51
6¾ Ciba-Geigy 75	870	870T
3½ Commerzbk. 78	48	48,5
4¾ Dt. Bk. Comp. 77	141,5	139,7
10 Hoechst 75	222	225bB
6¼ dgl. 79	48	49
8 Hoechst 83	62,5	64
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1300	1290
Mitsui 82	270	285
7¼ Siemens 83	157	159
6½ Wells F. 73	287	287

Optionsanleihen

	25. 7.	22. 7.
F 8½ BASF 74 m O	140	140,5
8½ BASF 74 oO	101,6	101,5
M 3½ Stumpf 88 mO	190G	194G
M 3½ Stumpf oO	81bG	81bB

Währungsanleihen

	25. 7.	22. 7.
F 8 Brasilien 72	99,5G	99,5G
6¼ Kopenhagen 72	94,75G	94,75G
9½ dgl. 79	98,75G	99,75G

Optionsanleihen

	25. 7.	22. 7.
F 3½ ComBk. Int. 78 mO DM	109G	108T
F 3½ dgl. 78 oO DM	88,65	89
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	128,1G	129,1G
4½ dgl. 77 oO $	82,25	82,75T
7½ Jap. Synth. 82	146G	146G
7½ dgl. 82 oO	98,25	98,45
F 6½ Wells F. 73 mO DM	124T	124T
6½ dgl. 73 oO DM	96,25G	96,25G

Optionsscheine

	25. 7.	22. 7.
F 8½ BASF 74	60	60,3
Stumpf 78	115,7bG	116,1bG

Wandelanleihen

	25. 7.	22. 7.
F 5 Bayer 69	101,05	101,05
5 Bay Wa 75	120bB	120B
H 8 Beiersdorf 82	170bG	170G
F 4½ Commerzbk. 78	99,5	99,5
D 9 Girmes 74	310bG	315
6½ KSB 83	123	123

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	25. 7.	22. 7.
F 6 AKZO 84	98,25G	98,25G
5½ dgl. 86	98/99	98/99
7¾ Arbed 83	97,5T	97,5T
7½ dgl. 85	97,25G	97,25G
9 dgl. 87	92,75T	92,75T
F 6¾ Ardal 89	94,7/5,7	94,7/5,7
10 dgl. 88	103/3,75	103/3,75
8 Austr. 87	103T	103T
8¼ dgl. 87	103,75G	103,75G
F 7½ BEC 83	100G	100G
5 CFDB 84	99,6/100	99,6/100
6½ Estel 84	96,5G	96,5G
6¼ dgl. 85	95,5G	95,5G
8¾ dgl. 87	96,5	96,5
6¼ Euratom 91	93G	93G
F 6¾ Eurofima 87	98,5G	98,5G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 89	92T	92T
6½ Lufthansa 86	98,75G	98,75G
6 Montanunion 90	93,75G	93,75G
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99,75G	99,75G
7½ Parker-H. 87	97,5G	97,5G
7½ Schweden 89	98,5/9,2	98,5/9,2
F 6¾ Weltbank 83	99,9G	99,9G
6½ dgl. 85	99,2G	99,2G
7½ dgl. 87	98,5/9,5	98,5/9,5
7¾ dgl. 90	97,5G	97,5G
9 dgl. 88	103,5G	103,5G
8½ dgl. 88	102T	102T
7¾ dgl. 88	100,15G	100,15G
9½ dgl. 89	105G	105G
8 dgl. 90	99,25	99,25
11 dgl. 91	113,5G	113,5G

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	25. 7.	22. 7.
F L'Air Liquide	[illegible]	[illegible]
D Akzo	[illegible]	[illegible]
F Alcan	[illegible]	[illegible]
F Alcoa	[illegible]	[illegible]
F Alg. Bk. Nedld	[illegible]	[illegible]
F All Nippon Air	[illegible]	[illegible]
F Alusu	[illegible]	[illegible]
F Am. Cyanamid	[illegible]	[illegible]
D American Expr.	[illegible]	[illegible]
D Am. Motors	[illegible]	[illegible]
F Am. T & T	[illegible]	[illegible]
F Amro Bank	[illegible]	[illegible]
M Anglo Am. Gold	[illegible]	[illegible]
F Anglo Am m O	[illegible]	[illegible]
F dgl. o O	[illegible]	[illegible]
F Arbed	[illegible]	[illegible]
F Asahi Chem	[illegible]	[illegible]
M Atl. Richfield	[illegible]	[illegible]
H Atlas Copco	[illegible]	[illegible]
M Avon	[illegible]	[illegible]
F Bell Canada	[illegible]	[illegible]
F Banco Central	[illegible]	[illegible]
F Banco de Bilbao	[illegible]	[illegible]
F Banco de Santander	[illegible]	[illegible]
F Banco de Vizcaya	[illegible]	[illegible]
F Banco Hisp. Americ.	[illegible]	[illegible]
D Beatrice Foods	[illegible]	[illegible]
D Bell Canada	[illegible]	[illegible]
F Black & Decker	[illegible]	[illegible]
F Boeing	[illegible]	[illegible]
F Bowater	[illegible]	[illegible]
D BP	[illegible]	[illegible]
M Broken Hill	[illegible]	[illegible]
F Bull	[illegible]	[illegible]
F Cdn. Pacific	[illegible]	[illegible]
F Canon	[illegible]	[illegible]
F Casio Comp.	[illegible]	[illegible]
F Caterpillar	[illegible]	[illegible]
D Ch. Manhattan	[illegible]	[illegible]
F Chrysler	[illegible]	[illegible]
M Citicorp	[illegible]	[illegible]
F City Investing	[illegible]	[illegible]
F Coca-Cola	[illegible]	[illegible]
D Colgate	[illegible]	[illegible]
F Cons. Gold F.	[illegible]	[illegible]
D Cont. Group	[illegible]	[illegible]
F Control Data	[illegible]	[illegible]
M CRA	[illegible]	[illegible]
M CSR	[illegible]	[illegible]
F Dart & Kraft	[illegible]	[illegible]
M De Beers Cons.	[illegible]	[illegible]
F Deere Comp.	[illegible]	[illegible]
F Diam. Shamr.	[illegible]	[illegible]
M Digital Equipm.	[illegible]	[illegible]
M Disney Prod.	[illegible]	[illegible]
M Dome Petroleum	[illegible]	[illegible]
D Dow Chemical	[illegible]	[illegible]
D Dresser	[illegible]	[illegible]
D DuPont	[illegible]	[illegible]
M East Driel. Gold	[illegible]	[illegible]
D East Air Lines	[illegible]	[illegible]
F Eastman Kodak	[illegible]	[illegible]
F Elf Aquitaine	[illegible]	[illegible]
F Emhart	[illegible]	[illegible]
D Ericsson	[illegible]	[illegible]
D Esmark	[illegible]	[illegible]
D Exxon	[illegible]	[illegible]
D Fiat St.	[illegible]	[illegible]
D dgl. Vz.	[illegible]	[illegible]
F Firestone	[illegible]	[illegible]
D Fisons	[illegible]	[illegible]
M Fluor	[illegible]	[illegible]
D Ford	[illegible]	[illegible]
F Fosecco Minsep	[illegible]	[illegible]
F Fujitsu	[illegible]	[illegible]
F General Electric	[illegible]	[illegible]
F General Mining	[illegible]	[illegible]
D General Motors	[illegible]	[illegible]
D Gen. Shopping	[illegible]	[illegible]
M Getty Oil	[illegible]	[illegible]
D Gevaert	[illegible]	[illegible]
F Goodyear	[illegible]	[illegible]
H Grace	[illegible]	[illegible]
D GKN	[illegible]	[illegible]
F Gulf	[illegible]	[illegible]
F Highveld m. St.	[illegible]	[illegible]
F dgl. o. St.	[illegible]	[illegible]
F Hitachi	[illegible]	[illegible]
M Holiday Inns	[illegible]	[illegible]
F Homestake	[illegible]	[illegible]
M Hongk. & Shanghai Bank	[illegible]	[illegible]
D Hoogovens	[illegible]	[illegible]
F IBM	[illegible]	[illegible]
F ICI	[illegible]	[illegible]
M Impala Plat. Hold.	[illegible]	[illegible]
M Imperial Oil	[illegible]	[illegible]
F Inco	[illegible]	[illegible]
F Int. T & T	[illegible]	[illegible]
D Istituto Fin.	[illegible]	[illegible]
F Italcementi	[illegible]	[illegible]
F Itoh	[illegible]	[illegible]
F Japan Line	[illegible]	[illegible]
D Jusco	[illegible]	[illegible]
F Kawasaki Kisen	[illegible]	[illegible]
F Kawasaki Steel	[illegible]	[illegible]
M Kloof Gold Min.	[illegible]	[illegible]
F Komatsu	[illegible]	[illegible]
D KLM	[illegible]	[illegible]
F Kubota	[illegible]	[illegible]
D Lafarge	[illegible]	[illegible]
D Litton Ind.	[illegible]	[illegible]
F Lone Star	[illegible]	[illegible]
D LTV	[illegible]	[illegible]
M M.J.M. Hold.	[illegible]	[illegible]
F Magneti Marelli	[illegible]	[illegible]
D Marubeni	[illegible]	[illegible]

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen die Gold- und Silbernotierungen am Freitag an der New Yorker Comex. Zu deutlichen Gewinnen kam es bei Kupfer. Höher wurden auch Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	22. 7.	21. 7.
Sept.	266,00	366,00
Dez.	383,00	385,00
März	392,50	393,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	22. 7.	21. 7.
St. Lawrence 1 CW	235,60	237,31
Amber Durum	239,06	237,86

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	126,80	127,00
Okt.	132,70	132,50
Dez.	136,30	136,80

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	93,70	93,20
Okt.	90,50	89,50
Dez.	92,00	90,80

Hafer Chicago (c/bush)	22. 7.	21. 7.
Sept	168,00	167,50
Dez.	181,75	181,50
März	191,00	190,25

Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	326,00	323,00
Dez	331,00	322,00
März	341,50	332,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	22. 7.	21. 7.
Juli	99,70	98,00
Okt.	103,20	101,10
Dez	106,50	104,30

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	22. 7.	21. 7.
Terminkontr. Sept.	128,60	126,10
Dez.	126,75	126,30
März	124,75	124,25

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2305	2227
Sept.	2345	2276
Dez.	2355	2298
Umsatz	6286	–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr 11 Sept.	11,12	10,38
Okt.	11,32	10,64
Jan.	11,68	11,10
März	12,19	11,68
Mai	12,46	11,96
Umsatz	14 920	9923

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	22. 7.	21. 7.
	10,07	9,93

Kaffee London (£/t) Robusta-	22. 7.	21. 7.
Kontrakt Juli	1680–1682	1703–1706
Sept.	1667–1668	1674
Nov.	1630–1631	1636–1638
Umsatz	2107	3852

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1650	1525–1529
Sept.	1619–1621	1535–1536
Dez.	1635–1637	1554–1555
Umsatz	7960	4535

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Aug.	172,50	164,50–165,00
Okt.	177,50	169,20–175,00
Dez.	181,50	174,50–175,00
März	191,00	183,00–183,25
Mai	193,75	185,50–186,00
Umsatz	5097	2650

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	22. 7.	21. 7.
schw. Sarawak spez.	247,50	247,50
weißer Sarawak	360,00	360,00
weißer Muntok	365,00	365,00

Orangensaft New York (c/lb)	22. 7.	21. 7.
Sept.	117,25	177,50
Nov.	115,20	115,00
Jan.	109,25	109,20
März	108,25	108,25
Mai	108,25	108,25
Umsatz	150	150

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	22. 7.	21. 7.
Südstaaten fob Werk	31,50	30,50

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	20,00	20,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Aug.	22,95	22,62
Sept.	23,15	22,70
Okt.	23,35	22,82
Dez.	23,65	23,05
Jan.	23,80	23,25
März	24,10	23,50
Mai	24,35	23,80

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	25,50	24,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	16,25	16,00
Choise white hog 4% fr. F.	14,00	13,625

Talg New York (c/lb)		
top white	15,25	15,25
fancy	14,75	14,75
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F.	12,50	12,50

Schweine Chicago (c/lb)		
Aug.	45,85	45,00
Okt.	39,85	39,40
Dez.	41,90	41,10

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	57,32	55,32
Aug.	53,45	51,52
Febr.	60,00	59,20

Häute Chicago (c/lb)	22. 7.	21. 7.
Ochsen einh. schwere River Northern	62,00	62,00
Kühe einh. schwere River Northern	51,00	51,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Aug.	707,00	700,00
Sept.	717,00	709,00
Nov.	737,00	729,00
Jan.	749,00	743,00
März	766,50	757,00
Mai	776,50	767,00
Juli	781,50	775,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Aug.	202,50	200,50
Sept.	205,50	203,00
Okt.	208,00	206,00
Dez.	212,50	211,00
Jan.	215,50	214,50
März	219,00	220,00
Mai	224,00	223,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	22. 7.	21. 7.
Juli	298,00	298,00
Okt.	303,50	303,00
Dez.	309,60	309,10

Kokosöl New York (c/lb)	22. 7.	21. 7.
Westküste fob Werk	45,00	42,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	25. 7.	22. 7.
jegl. Herk. cif	675,00	655,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	460,00	455,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	432,50	432,50

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	128,00	125,50

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	850,00	990,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	250,00	252,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	22. 7.	21. 7.
Okt.	77,85	76,35
Dez.	78,85	77,30
März	80,30	78,90
Mai	80,60	79,30
Juli	81,00	79,60
Okt.	76,20	76,00

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS–1	50,25	58,25

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	22. 7.	21. 7.
Aug.	446–450	452–460
Okt.	448–450	445–449
Dez.	447–448	446–447
Umsatz	114	3

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	22. 7.	21. 7.
Okt.	45,00	45,50
Dez.	45,60	45,80
März	45,80	46,10
Mai	46,10	–
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	22. 7.	21. 7.
Juli	540,0–543,5	537,0–544,0
Okt.	565,5–567,0	561,0–565,0
Dez.	582,5–583,0	577,5–578,0
Umsatz	69	21

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	22. 7.	21. 7.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	22. 7.	21. 7.
Juli	13 899	13 869
Aug.	13 846	13 840

Kautschuk London (p/kg)	22. 7.	21. 7.
Nr. 1 RSS loco	78,50–80,60	77,75–79,00
Aug.	78,80	78,30–78,40
Sept.	78,20–79,00	78,20–79,00
Okt./Dez.	79,20–79,40	79,10–79,40
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	22. 7.	21. 7.
Nr. 1 RSS loco	261,00–262,00	262,00–263,00
Aug.	264,00–264,50	265,50–266,50
Sept.	267,50–268,50	269,00–270,00
Nr. 2 RSS Aug.	260,50–261,50	262,00–263,00
Nr. 3 RSS Aug.	257,00–258,00	258,50–259,50
Nr. 4 RSS Aug	251,00–252,00	252,50–253,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	22. 7.	21. 7.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	25. 7.	22. 7.
Blei: Basis London laufend. Monat	105,88–105,98	106,03–106,23
drittfolg. Monat	110,05–110,25	109,78–109,88
Zink: Basis London laufend. Monat	198,85–199,05	197,25–197,45
drittfolg. Monat	205,01–205,21	202,98–203,91
Produz.-Preis	204,22	202,22
Feinzinn 99,9%	3672–3708	3648–3684

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	25. 7.	22. 7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	447,56–449,84	113,75–114,75
Blei in Kabeln	113,50–114,50	405,50–408,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Verziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbezieher.

Messingnotierungen

	25. 7.	22. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	364–381	353–379
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	411–413	408–410
MS 63	420–423	414–417

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	22. 7.	21. 7.
ab Werk prompt (Ring./kg)	30,18	30,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	25. 7.	22. 7.
Leg. 225	361–362	361–362
Leg. 226	364	364
Leg. 231	399–401	392–401
Leg. 233	407–412	407–412

– Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	25. 7.	22. 7.
Platin (DM je g)	38,50	38,55
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	35 900	35 700
Rücknahmepr.	35 100	34 900
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	35 890	35 740
Rücknahmepr.	34 810	34 670
verarbeitet	37 670	37 540
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 600	35 430
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	1034,20	1038,90
Rücknahmepr.	998,00	1002,50
Verarbeitet	1080,10	1085,00

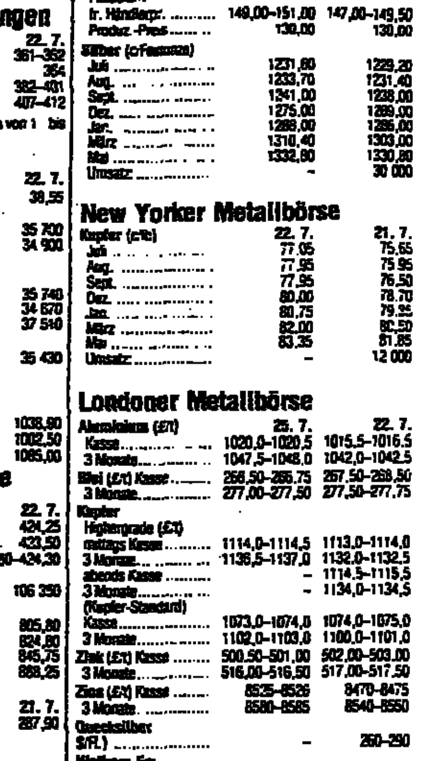
Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	25. 7.	22. 7.
10.30	423,25	424,25
15.00	422,00	423,50
Zürich mittags	421,75–422,25	423,80–424,30
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	108 050	106 350
Silber (p/Feinunze) London Kasse	797,45	805,80
3 Monate	816,95	824,80
6 Monate	837,45	845,75
12 Monate	879,45	888,25

Platin (£-Feinunze) London	22. 7.	21. 7.
fr. Markt	286,70	287,90
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	98,50	96,95

New Yorker Preise	22. 7.	21. 7.
Gold H & H Ankauf	423,50	429,75
Silber H & H Ankauf	1227,50	1232,00
Platin fr. Händlerpr.	435,00–441,00	435,00–441,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	149,00–151,00	147,00–149,50
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze) Juli	1231,60	1229,20
Aug.	1233,70	1231,40
Sept.	1241,00	1238,00
Dez.	1275,00	1269,00
Jan.	1288,00	1286,00
März	1310,40	1303,00
Mai	1332,80	1330,80
Umsatz	–	30 000





New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	22. 7.	21. 7.
Juli	77,05	75,65
Aug.	77,95	75,95
Sept.	77,95	76,50
Dez.	80,00	78,70
Jan.	80,75	79,35
März	82,00	80,50
Mai	83,35	81,85
Umsatz	–	12 000

Londoner Metallbörse

	25. 7.	22. 7.
Aluminium (£/t) Kasse	1020,0–1020,5	1015,5–1016,5
3 Monate	1047,5–1048,0	1042,0–1042,5
Blei (£/t) Kasse	268,50–266,75	267,50–268,50
3 Monate	277,00–277,50	277,50–277,75
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1114,0–1114,5	1113,0–1114,0
3 Monate	1136,5–1137,0	1132,0–1132,5
abends Kasse	–	1114,5–1115,5
3 Monate	–	1134,0–1134,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1073,0–1074,0	1074,0–1075,0
3 Monate	1102,0–1103,0	1100,0–1101,0
Zink (£/t) Kasse	500,50–501,00	502,00–503,00
3 Monate	516,00–516,50	517,00–517,50
Zinn (£/t) Kasse	8525–8526	8470–8475
3 Monate	8580–8585	8540–8550
Quecksilber ($/Fl.)	–	260–280
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	75–79

Unser Vorstandsmitglied Herr

Prof. Dr. Benvenuto Samson

* 11. 6. 1887

ist am 14. Juli 1983 für immer von uns gegangen.

Er hat bis zuletzt trotz seines hohen Alters zwei Jahrzehnte die Geschicke unserer Stiftung mitgelenkt. Sein besonnener und weiser Rat wird uns sehr fehlen.

Wir werden ihn nicht vergessen.

Der Vorstand der
JOHANN CARL MÜLLER-STIFTUNG
Heilwigstraße 10, 2000 Hamburg 20

Wir trauern um unsere ehemalige Geschäftsinhaberin Frau

Elisabeth Kohlschütter

die uns nach schwerer und mit großer Tapferkeit ertragener Krankheit für immer verlassen hat.

Bis zu ihrem Ausscheiden widmete sie ihre ganze Schaffenskraft dem Fortbestand des Unternehmens. Ihre Persönlichkeit und auch die uns noch nach der Übernahme der Firma durch Rat und Tat gewährte Unterstützung werden wir stets in guter Erinnerung behalten.

G. ROTHMUND + CO.
Für die Geschäftsführung und Mitarbeiter
Jürgen Hartkopf

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.





DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Gunter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.), Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

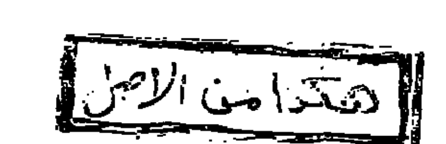
Anzeigen: Dietrich Windberg

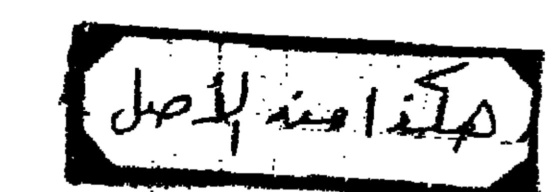
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.







Ernstfall, ernster Fall

P. Jo. – Wenn wir unsere progressiven Lehrer nicht hätten, wären wir doch arg in der Bredouille. Sie zerbrechen sich den Kopf für uns und belehren unsere Kinder in politicis. Eines ihrer gegenwärtigen Lieblingsthemen heißt „Frieden“. Denn, wenn wir so mancher Verlautbarung von heute glauben wollen, dann haben erst die Fortschrittserfinder erkannt, daß Frieden ein „Lernziel“ sein muß (womit sie zugleich allen bisherigen Generationen Unfriedlichkeit als Prinzip unterstellen).

Aus diesem Grund haben sich die sechs pädagogischen Zeitschriften des Friedrich-Verlages in Seelze zusammengetan, um ein gemeinsames Sonderheft herauszubringen. „Frieden“ heißt es ganz einfach, und „Anregungen für den Ernstfall“ will es geben. Das ist natürlich vielversprechend.

Aber beim näheren Hinsehen erweist sich dieser „Ernstfall“ als ein recht seltsames Phantom. In dem Heft ist zwar ausführlich von der NATO-Nachrüstung („Ein Begriff, den es nur in der Bundesrepublik gibt“) und dem NATO-Doppelbeschluß die Rede, auch davon, daß westliche Waffen gern „die Namen von Göttern tragen, als käme der Zorn von Zeus über uns“. Nur von den SS 20 ist nicht die Rede, die scheint es gar nicht zu geben.

Dafür erweisen sich die Anleitungen für den Unterricht als praxisbezogen. Unter dem Motto „Tanzen gegen den Krieg“ soll Sport gelehrt werden, und dem Nachdenken dient das Fragespiel: „Wem würdest du den Friedensnobelpreis geben?“ Zur Auswahl schlagen die Friedensfreunde die Brüder Berrigan, das türkische Friedenskomitee, die israelische Friedensbewegung und die Friedensinitiative der Schriftsteller Bernt Engelmann und Stephan Hermlin im Bild vor.

Besondere Feinheiten dieser Friedenspädagogik kommen in der apodiktischen Überschrift „Gewaltfreie Aktionen sind fast immer legitim, aber häufig nicht legal“ zum Ausdruck. Das legt die Vermutung nahe, daß der „Frieden“, so wie er hier abgehandelt wird, nicht „Ernstfall“, sondern ein ernster Fall ist.

Trend zur Heimatkunde – Renaissance der Region im Geschichtsunterricht

Warum in die Ferne schweifen?

Das Schulfach Geschichte ist in Bewegung gekommen. Von der Öffentlichkeit weithin unbemerkt, vollziehen sich im Geschichtsunterricht aller Bundesländer zur Zeit Entwicklungen, die von den einen als längst überfällige Normalisierung, von den anderen als „bildungspolitischer Rückschritt“ (so Margarete Dörr in der „Zeit“ über die baden-württembergische Lehrplanrevision) empfunden werden. Die seit etwa anderthalb Jahrzehnten herrschenden Vorstellungen, Normen, Tabus sind ins Wanken geraten; der Rekurs auf das historische Faktum und – damit verbunden – die Wiederannäherung an die seriöse Fachwissenschaft sind unverkennbar.

Ein besonders augenfälliges Phänomen ist in diesem Zusammenhang der gegenwärtig zu beobachtende Trend zur Geschichte des jeweiligen Nahraums, zur Orts-, Heimat-, Regional- und Landesgeschichte. Anders als in den sechziger und siebziger Jahren gilt dergleichen wieder als legitimer Gegenstand unterrichtlicher Arbeit, didaktischer Überlegung und bildungspolitischen Bemühens.

Auch bei der Schülerschaft stoßen landeskundliche Unterrichtsprojekte, Exkursionen und historische Ausstellungen auf deutlich verstärktes Interesse, wobei allerlei günstige Umstände – so etwa der zunehmende Sinn für landschaftliche Zusammenhänge, die Organisationsform der gymnasialen Oberstufe oder die Erkenntnisse der aufblühenden Museumspädagogik – neue, erfolgreiche Wege der Vermittlung ermöglichen. Nie zuvor haben sich so viele Schüler im Rahmen von Gruppenprojekten, Referaten, Facharbeiten oder Preisausschreiben – hervorzuheben ist hier vor allem der vom Bundespräsidenten unterstützte Schülerwettbewerb der Koerber-Stiftung – aktiv mit historischen Gegenständen ihrer engeren Heimat auseinandergesetzt.

Dies alles ist um so überraschender, als die Heimatkunde um 1970 herum nicht nur dem Begriff, sondern auch der Sache nach erledigt schien und für die allermeisten Schüler, Eltern, Lehrer, Politiker und Kultusbeamte kein Thema mehr darstellte. Seit Mitte der siebziger Jahre wurde dann jedoch von verschiedener Seite zunächst vereinzelt, danach immer häufiger eine stärkere Einbeziehung landeskundlicher Inhalte in die Lehrpläne der allgemeinbildenden Schulen gefordert. Zwar fanden diese Forderungen nicht sogleich und nicht überall Gehör; daß die historische Landeskunde seither sowohl in der praktischen Arbeit der Schulen als auch in der fachdidaktischen *Reflexion ständig* an Boden gewonnen hat, läßt sich jedoch nicht bezweifeln.

Einen bedeutsamen Anteil an dieser Entwicklung hat das Bundesland Nordrhein-Westfalen, dessen Geschichtslehrer heute nicht nur aufgrund ihrer Zahl und des Gewichtes ihres Landesverbandes eine entscheidende Rolle innerhalb der organisierten deutschen Schulhistorikerschaft spielen. Obwohl zwischen Rhein und Weser das Landesbewußtsein, verglichen etwa mit dem Bayerns, Schleswig-Holsteins oder der Hansestädte, wenig ausgeprägt ist und obwohl die Düsseldorfer Landesregierung seit Jahren einen geradezu geschichtsfeindlichen Kurs steuert, sind von Nordrhein-Westfalen wesentliche Impulse für den lokal- und regionalgeschichtlichen Unterricht und die entsprechende fachliche Diskussion ausgegangen.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die von Professor Leidinger (Münster) herausgegebene Zeitschrift „Geschichte, Politik und ihre Didaktik“, die vierteljährlich im Schöningh-Verlag erscheint und sich in letzter Zeit zu einem führenden Organ der historischen Fachdidaktik entwickelt hat.

In anderen Bundesländern wirkt sich die Besinnung auf Landeskunde und Regionalgeschichte nicht nur auf Praxis und Theorie des Unterrichts, sondern auch auf das Verhalten der Kultusverwaltungen aus. „Liebe zur Heimat“ gehört nach dem baden-württembergischen Kultusminister Mayer-Vorfelder zu den Bildungszielen, die „mindestens so wichtig, wenn nicht wichtiger als die Erziehung zur Kritikfähigkeit“ sind, da erst aus solchen Werten heraus sinnvolle Kritikfähigkeit entstehen könne.

Zurückhaltender, aber systematischer reagiert man in Schleswig-Holstein, wo bereits vor einigen Jahren das Grundschulfach „Sachkunde“ durch das neue Fach „Heimat- und Sachunterricht“ ersetzt wurde. Nach einem vor kurzem veröffentlichten Runderlaß von Kultusminister Bendixen sind von Beginn des laufenden Schuljahres an sechs wichtige Themen der Landesgeschichte an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien in die Unterrichtsplanung und -gestaltung mit einzubeziehen.

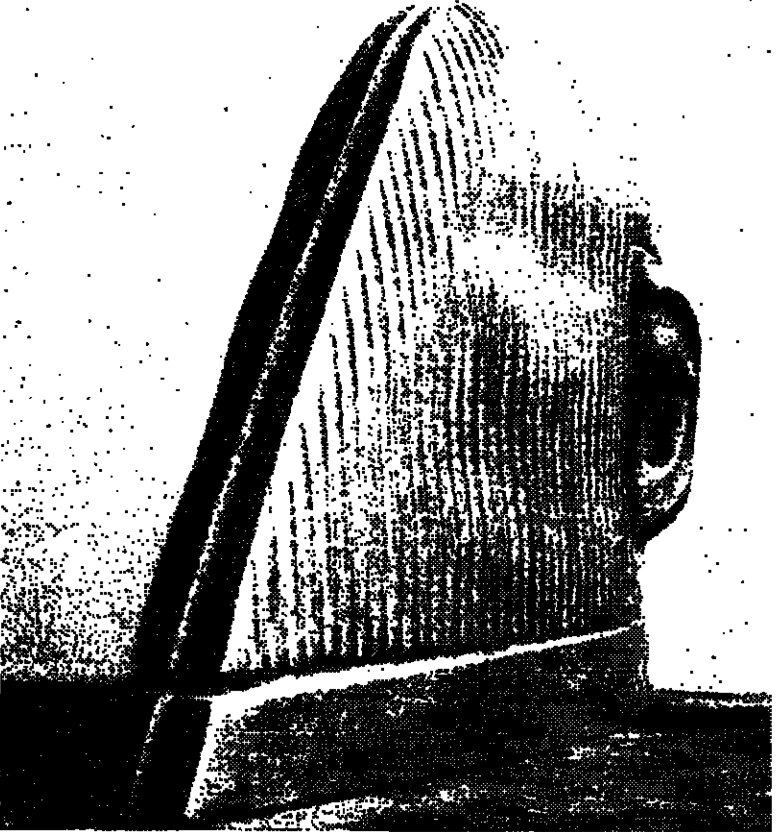
Auch in Rheinland-Pfalz stellt sich die Kultusadministration auf den neuen didaktischen Trend ein. Eine besondere Rolle spielt dabei die Bad Kreuznacher „Arbeitsstelle für Lehrplanentwicklung und -koordination des Landes Rheinland-Pfalz“, die nicht nur grundsätzliche Analysen, sondern auch praktische Handreichungen liefert. So hat der Direktor der Arbeitsstelle, Dr. Forster, die Konzeption eines „heimatgeschichtlichen Studienbuches“ entwickelt, das den Lehrern aller Schularten die erforderlichen fachlichen Grundlagen vermitteln soll.

Anders als in den übrigen Bundesländern stellen sich die Verhältnisse in Bayern dar. Hier hat man zu keinem Zeitpunkt auf die Behandlung landesgeschichtlicher Stoffe im Geschichtsunterricht verzichtet, so daß die neue heimatkundliche Bewegung an die vorhandene Unterrichtstradition anknüpfen kann. Das gilt jedoch mehr in äußerer Hinsicht; denn was die geistigen Grundlagen dieser *Bewegung angeht, so hat sie* mit der Heimatkunde alten Stils, die ihre Blütezeit in den zwanziger und dreißiger Jahren hatte und nach dem Krieg noch einmal eine Restauration erlebte, wenig gemein.

Das zunehmende landeskundliche Interesse an unseren Schulen hängt letztlich zusammen mit dem neu erwachten Sinn für konkrete, überschaubare Verhältnisse, wie er auch in der Umweltbewegung und in dem gegenwärtig für den ganzen Kontinent kennzeichnenden Regionalismus zum Ausdruck kommt. In fachlich-pädagogischer Hinsicht handelt es sich um eine Reaktion auf die stark theoretisch geprägte herrschende Fachdidaktik, deren vielfach generalisierender, moralisierender und politisierender Stil weithin als überholt empfunden wird, und um die mehr oder weniger bewußte Neuorientierung an den konkreten Ergebnissen der geschichtswissenschaftlichen Forschung, die ja gerade im Bereich der historischen Landeskunde seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs beachtliche Erfolge aufzuweisen hat.

Die geistige Bandbreite der neuen heimatkundlichen Bewegung an den Schulen entspricht denn auch der Themen- und Methodenvielfalt der modernen historischen Landeskunde; von verengter Perspektive oder gar von Heimattümelei kann keine Rede sein. Vielmehr ist es gerade die Erweiterung des Blickfeldes, die – neben den neugewonnenen methodischen Möglichkeiten – die regionalgeschichtliche Betrachtungsweise als Bereicherung des Geschichtsunterrichts erscheinen läßt.

ULRICH MARCH



Die Verletzung ist sein ständiges Thema: „Tätowierung“, Bronze von Rainer Kriester. Aus der Kölner Ausstellung FOTO: KATALOG

Köln zeigt Skulpturen von Rainer Kriester

Parademarsch der Köpfe

Rainer Kriester ist einer jener monomanen Künstler, die sich in ein Thema verbissen haben. Sie variieren es wieder und wieder, als müsse sich schließlich aus der letzten wirklich vollendeten Version der Sinn der Kunst offenbaren. Bei Kriester sind es Köpfe, aber keine Gesichter. Augen und Nase werden verhüllt, verschnürt, vernagelt. Und manchmal ist es auch der Mund. Sonst aber bleibt er frei, schreckhaft geöffnet zu einem lautlosen Schrei.

Auf einer Zeichnung hat Kriester einmal notiert, daß sein Thema die *Verletzung sei – und die Geschichte* der Menschheit die ihrer Verletzungen. Dieses Blatt ist in der Ausstellung zu sehen, die die Kölner Galerie Holtmann eingerichtet hat. Dort stehen nun die Köpfe in Holz, Metall, Stein. Aber die scheinbar einfache Interpretation, die der Künstler selbst anbietet, die Deutung dieser Plastiken als Figuration des Leidens und des Erleiden-Müssens, verliert hier an Überzeugungskraft. Hinter diesen Köpfen steckt mehr. Es sind jedoch keine allgemeingültigen Antworten, eher sind es subjektive Erfahrungen, die diese Arbeiten evozieren.

Und jedesmal wiederholt sich beim Betrachter derselbe Eindruck, wenn er diesen Werken gegenübertritt. Das theoretische Interesse, das sich durch Abbildungen und einzelne Stücke in Gruppenausstellungen gebildet hat, schreckt erst einmal vor der Monotonie, die Wiederholung des scheinbar immer gleichen, zurück. Langeweile *scheint sich lähmend* auszubreiten. Doch dann entdeckt man die Nuancen, die Unterschiede.

Die Köpfe aus Holz erinnern an afrikanische Kultfiguren. Starr, abweisend, ohne Reminiszenzen an Lebendiges stehen sie uns gegenüber, ein Gehäuse, um böse Geister zu verschrecken, oder eher noch, um diese Geister und die Qualen, die sie auslösen, in sich aufzunehmen. In Metall dagegen scheinen ritterliche Zeiten ohne Ritterlichkeit aufzudämmern. Es ist die Hilflosigkeit der Gerüsteten, die sich nun neuen unbekannten schrecklichen Waffen ausgeliefert wissen. Die Rüstung ist nicht mehr Schutz, sie ist Fessel und Folter.

Kriesters Plastiken sind beunruhigende Werke. Sie ziehen an, for*dern zum Ertasten, Erfühlen her*aus. Und zugleich stoßen sie zurück, wollen Distanz, bestehen auf Fremdheit. Deshalb wäre es des Versuches wert, einmal realisiert zu sehen, was Kriester hier in Zeichnungen vorführt: eine Reihung dieser Köpfe, einen oder anderthalb Meter hoch, entlang einer Straße. Da werden Erinnerungen an die antiken Prozessionsstraßen wach, an die Sphinxen von Luxor oder die Tiere vor den Ming-Gräbern. Kriesters Köpfen fehlt allerdings das Hoffnungsvolle. Sie gleichen eher dem Türhüter „Vor dem Gesetz“ bei Kafka: abweisend und wissend, unerbittlich und mitleidend.

„Kunst ist eine Lüge, die uns die Wahrheit begreifen lehrt“, hat Kriester einmal notiert, und hinzugefügt: „wenigstens die Wahrheit, die wir als Menschen begreifen können“. Aber „begreifen“ ist – das lehren die Stücke in dieser Ausstellung – ein recht zwiespälti*ges Wort für einen Bildhauer.* (Bis 19. Aug.; Hamburg, Galerie Levy,: 5. Sept. bis 2. Okt.; Amsterdam, Galerie d'Endt,: 20. Okt. bis 20. Nov.; Katalog: 18 Mark).

PETER DITTMAR



Dr. Daniels schreckliches Ende: Klaus Kinski wird zum Opfer der Geister, die er rief FOTO: DIE WELT

Neu im Kino: Klaus Kinski in „Der Android“

Ein Gott wird verbannt

Roger Cormans Talentschmiede, die Produktionsfirma New World Pictures, funktioniert immer noch: Ihren jüngsten Absolventen, Aaron Lipstadt, wird man sich wohl merken müssen. Lipstadt ist ein ganz typischer Vertreter der jüngeren Regisseurs-Generation. Filmbesessen von Kindesbeinen an, hat er sich mit Filmgeschichte und -theorie praktisch vollgesogen, hat über Corman sogar seine Doktorarbeit geschrieben, bis der ihm schließlich eine Chance nun auch zum praktischen Arbeiten gab. Und die hat Lipstadt exzellent genutzt.

„Der Android“ ist ein Science-fiction-Film, der auf der Beobachtung beruht, daß die meisten Filme dieses Genres einen religiösen Unterton haben und auf die menschliche Erlösungssehnsucht anspielen. Lipstadt macht nun daraus einen ironischen Kommentar: „Der Android“ handelt von der Verdammung Gottes: eine schwarze Genesis.

Auf einer verlassenen Raumstation haust der Wissenschaftler Daniel (Klaus Kinski, der einzige bekannte Name in diesem Film), der Androiden herstellt, künstliche Menschen. Die sind auf der Erde verboten, seit sie in den dreißiger Jahren des 21. Jahrhunderts in München einmal ein Massaker angerichtet hatten.

Daniels einziger Hausgenosse ist der Android Max 404 (Don Opper), ein liebenswertes linkisches Wesen, das allerdings auch schon immer menschlicher wird (was zur Katastrophe von München führte).

Max wird widersätzlich, er ist ein Filmfan (vor allem Fritz Langs *„Metropolis“ hat es ihm angetan)* und schlägt die Langeweile mit Videospielen tot.

Vom Baum der Erkenntnis ißt Max an jenem Tag, als drei Sträflinge von der Erde mit einem Raumschiff *auf die Station fliegen* und hier Zuflucht suchen. Einer von ihnen ist eine Frau mit Namen Eva, und sie sieht in Max nicht den Androiden, sondern den Mann. Die erotische Spannung zwischen den beiden erweckt gleichzeitig Daniels neueste Schöpfung zum Leben: Cassandra.

Nachdem Lipstadt die Sträflingsgeschichte in Action-Manier zum Abschluß gebracht hat, enthüllt er den eigentlichen Kern des Films. Auch *Daniel* (der den Namen des alttestamentarischen Apokalyptikers trägt), ist ein Android, der sich Cassandra (die nach der trojanischen Unglücksbotin heißt), in der großen Sehnsucht schuf, nicht mehr allein zu sein.

Vergeblich freilich: Max und Cassandra nämlich verbünden sich gegen ihn, der Schöpfer Gott muß es teuer bezahlen, daß er Wesen nach seinem Bilde schuf. Die Erzengel in Gestalt der endlich eintreffenden *Raumpolizei* geleiten die beiden Androiden, die sich als Menschen ausgeben, aus der Raumstation zur Erde – und Max und Cassandra haben auch nie etwas anderes gewollt, als ihr Paradies mit diesem Purgatorium zu vertauschen.

SVEN HANSEN

Hundert Jahre Otto Maier Verlag in Ravensburg

Mit Mr. Fogg nach Omaha

Ein Verlag wurde 100 Jahre alt. Hundert Jahre Spiele und Bücher, die nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene hinrissen und hinreißen. Beginnen wir mit dem ersten, 1884 von Otto Robert Maier, Ravensburg, herausgegebenen Spiel. „Reise um die Erde“ hieß es und beruhte tatsächlich auf dem Roman von Jules Verne. Folglich rast man mit dem unwiderstehlichen Mr. Fogg über die Spielfelder. Muß, wenn es der Würfel will, die Fahrkarte nach Brindisi (4 Spielmarken) bezahlen; wird von Indianern gefangen; versäumt womöglich den Zug nach Ohama; befindet sich plötzlich auf einem Segelschlitten in Eis und Schnee: „Bald *drohte weitere Gefahr, es heult um* sie der Wölfe Schar.“

Herrlich! Auch heute noch. Unzählige Spiele folgten. Schon ihre Titel sind Widerspiegel von Kultur- und Sozialgeschichte und ihrer unerläßlichen Wandlungen: „Kismet“, „Wild-West“, „Geheimnisse der Elfe“, „Spiel im Magischen Quadrat“, „Galaxis“. Letzteres war das erste elektronische Spiel. Das Abenteuerliche, Amüsante, Humoristische in den Ravensburger *Spielen täuscht keinen Augenblick* darüber hinweg, daß sie „nach pädagogischen Grundsätzen ausgearbeitet sind und einen erzieherischen Kern haben“, wie Otto Robert Maier bekannte. Diesen Kern entnahm er dem Fröbelschen Prinzip, wonach Kinder „im Umgang mit Elementen“ Schritt für Schritt zunächst ihre eigene, dann die erweiterte Welt begreifen lernen konnten: Zurück auf Platz 8; Ausscheiden; Von vorn beginnen; Am *Ziel! Wie es so geht im Laufe des* Lebens.

Was für die Spiele galt, galt auch für die Buchproduktion. Im Programmentwurf zu einer Buchreihe mit dem Titel „Selbsthilfe und Selbsterziehung“ von 1912/13 enthüllte Otto Robert Maier Grundsätze, die seiner eigenen Lebenserfahrung und Lebensführung entsprachen. Es heißt dort: „Die unter diesem Titel erscheinende Buchfolge hat den Zweck, denkenden, strebsamen Menschen, jungen und älteren, Fingerzeige und Anregungen zu geben, sie auf Schwierigkeiten und Gefahren aufmerksam zu machen ... Fleiß, Ausdauer und Treue sind die Eigenschaften, die er in sich ausbilden muß, wenn er etwas *Rechtes* werden *will. Die* wahren Erfolge werden nur von charaktervollen Menschen errungen.“ Das Programm schließt mit einem Satz, der bis heute für die Arbeit des Verlages Gültigkeit hat: „Was die Kraft und den Lebensmut entwickeln und stärken kann, alles was zur Selbsthilfe gehört, soll berücksichtigt werden.“

Direkte Selbsthilfe für viele, vor allem für Handwerker, waren die sogenannten „Vorlage-Werke“. Sie *wurden zu einem unternehmeri*schen Spitzenerfolg. In handlichen, übersichtlichen und preislich stets erschwinglichen Mappen wurde dem Handwerker (und auch dem Freizeit-Handwerker) gezeigt, was an Qualität von ihm erwartet wurde und wie Qualität mittels „möglichst leichter Ausführbarkeit“ zu bewerkstelligen war. Materialaufwand und Preise waren exakt angegeben. Bereits ab 1883 gab es „Der Schlosser“, „Der Zimmermann“, „Eiserne Treppen“, „Grabdenkmäler“, „Billige Wohnhäuser“, „Haustelegraphen“ und „Telefonanlagen“. Sechsundvierzig solcher Vorlage-Werke sind im Prospekt von 1908 angeführt.

Ab dem Jahre 1903 gab Otto Robert Maier die Reihe „Arbeit und Spiel“ heraus. Unmißverständlich verkündete der Werbespruch: „Wackere Knaben fertigen sich ihr Spielzeug selber an.“ Die zur Reihe gehörende „Kollektion von Modellbogen und Anleitungen zur Selbstherstellung von allerlei Spielwerk und Apparaten“ wird Kinder und ihre Väter begeistert haben. Die Mütter hingegen dürften der Ohnmacht nahe gewesen sein. Herzustellen war alles, was zur Verunstaltung eines Familienheimes beitrug: *Drachen und Luft*ballons, Elektrisiermaschinen, Luftpumpen für physikalische Experimente, Photographie-Apparate und noch mehr. Gottlob mußte die Herstellung von „Fliegenden Eindecker-Aeroplans“ und „Lenkbaren Segelyachten“ im Freien vorgenommen werden. Die Beschäftigung für Mädchen nahm sich dagegen nervtötend langweilig aus: „Haustöchterchens Blumenarbeiten“, „Puppenmütterchens Nähschule“. *Mit dem „Werkbuch für* Mädchen“ von 1932 war dann endlich der Betulichkeit Ende erreicht.

Otto Robert Maier, Gründer und unablässiger Inspirator des Verlages, starb 1925 im Alter von 73 Jahren. Seine Nachkommen blieben, im Sinne des Verstorbenen, für zeitgenössische Pädagogik und Andragogik beispielgebend. 1963 startete der Verlag die „Ravensburger Taschenbücher für Kinder und Jugendliche“. Ab 1979 erscheint die umfangreiche Reihe der „Freizeit-Taschenbücher“.

Heute ist der Ravensburger Verlag ein hochmodernes, technisch hervorragend ausgerüstetes Unternehmen, das sich dennoch nicht als „*Fabrikationsbetrieb*“ versteht. Nach 100 Jahren bürgt der Name Otto Maier, Ravensburg, noch immer „für Qualität bei der spielenden, bastelnden und lernenden Welt der Kinder und Familie“. Der unwiderstehliche Mr. Fogg, der seine *im feudalen Londoner* Residenzklub geschlossene Wette, in 80 Tagen um die Erde zu reisen, bekanntlich gewann, würde sagen: „Sie haben eine Jahrhundertwette gewonnen, Mister Otto Robert Maier. Sie gehörten geadelt.“

ESTHER KNORR-ANDERS

Bayreuth eröffnet mit den „Meistersingern“

Beckmesser ist in Form

Die alten Griechen ließen ihren tragischen Trilogien von Göttern und Menschen das bocksbeinige Satyrspiel folgen. Die Bayreuther Festspiele machen es umgekehrt dieses Jahr: Bevor Peter Hall und Georg Solti Weltanfang und Weltende zum „Ring des Nibelungen“ zusammenbiegen, wurden die Festspiele zünftig-heiter mit den „Meistersingern von Nürnberg“ in Wolfgang Wagners Inszenierung eröffnet.

Daß man mit einer Reprise beginnt und nicht mit der Premiere, ist zwar gegen den Bayreuther Brauch, aber in diesem Fall sprechen praktische Überlegungen durchaus für den Bruch mit der Tradition. Die lange Liste der Ehrengäste der bayerischen Staatsregierung zur Festspieleröffnung hätte sonst eine dicke Ecke aus dem „Ring“-Zyklus herausgerissen, und einer Reihe von Wagner-Freunden hätte man nur einen „Ring“ ohne „Rheingold“ anbieten können. Ohnehin eignet sich das pausenlose „Rheingold“ nicht besonders gut für das Eröffnungsschauspiel auf dem Grünen Hügel.

Also „Meistersinger“. Ein langes Stück, ein schweres Stück – auch nicht so ganz das richtige für einen gewitterschwülen Tag. Ein bißchen schlapp und kraftlos zog sich die Aufführung denn auch streckenweise dahin. Das verwunderte, weil Wolfgang Wagners Inszenierung im vergangenen Jahr so viel Heiterkeit, Spielwitz und Kurzweil verbreitet hatte. Nur in Kleinigkeiten ist daran geändert worden, kaum merklich. Und doch ist der Eindruck nun ein anderer.

Das mag daran liegen, daß sich diese Inszenierung nicht mit einer besserwisserischen Konzeption stark macht, sondern weitgehend auf das Rollenspiel, auf die persönliche Gestaltung setzt. Da braucht es den zündenden Funken. In der Treibhausluft dieses Tags zündete er nicht.

Es galt, hauszuhalten mit der Kraft. Bernd Weikl, der Hans Sachs, dröhnte seine Schusterlieder denn auch nicht so lautstark durch die Gassen des nächtlichen Nürnberg. Verständlich, wenn *man noch eine ganze Schusterstu*be und Festwiese vor sich hat. Aber gerade im lauten Poltern dieser Lieder liegt ein Gutteil der Vis Comica dieser Szene. Sie schlug nicht durch. Daß Weikl im übrigen mit seinem üppig-samtenen Bariton ein vorzüglicher Hans Sachs ist, ist seine wie Bayreuths Ehrensache. Und wenn er noch lernte, die Stimme ein bißchen mehr in die Maske zu bringen, dadurch auch textklarer sänge, sein Platz in der Ehrengalerie großer Hans-Sachs-Interpreten wäre ihm gewiß.

Siegfried *Jerusalem, der Stol*zing, disponiert nun auch klüger. Man braucht auf der Festwiese nicht mehr um sein Preislied zu zittern. Die Partie liegt anstrengend hoch für ihn, das ist nicht zu überhören. Aber die Kraft reicht *nun aus. Dafür hatte* er *sich freilich* im 1. Akt über Gebühr geschont. Im Singschul-Streit sollte er sich schon vernehmlicher machen.

Star der Aufführung ist wieder Hermann Prey mit seinem Beckmesser: komisch und würdig zugleich, stimmlich wie spielerisch aus einem Guß. Mari Anne Häggander singt mit schön erblühter Stimme das Evchen, Manfred Schenk wohl- und weichtönend den Pogner. Graham Clark, der David, überschmettert zuweilen lautstark den Stolzing. Jef Vermeersch rollt die Tabulatur-Rouladen des Kothner, Marga Schimls sympathische Erscheinung ist wieder die Magdalene. Matthias Hölle orgelt die Nachtwächterrufe.

Am Pult nimmt Horst Stein Rücksicht. Er läßt das Werk in einem mittleren, gemächlichen Tempo voranschreiten, im beständigen Schongang sozusagen. Er dämpft und deckelt das Orchester fortgesetzt. Die Sänger werden es ihm gedankt haben. Er findet dabei Stellen subtiler Klanggestaltung. In der Schusterstube entspinnt sich intime Kammermusik. Für einen dirigentischen Poltergeist wie Stein ist das ein großer Schritt in die richtige Richtung. Aber die „Meistersinger“ brauchen natürlich auch das andere Extrem, das glanzvolle Fortissimo, die erhebende und pathetische Klangpracht. Damit hält Stein zu sehr zurück. Er will die stimmlichen Reserven der Sänger an diesem Tag nicht ausbeuten. Er ist halt ein Sängerfreund.

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Weltkongreß der Deutschlehrer

trug. Berlin

Der Weltkongreß der Deutschlehrer, der VII. in der Reihe, findet zwischen dem 1. und dem 5. August in Budapest – entgegen der Tradition – zum ersten Mal außerhalb des deutschen Sprachgebiets statt. Damit würdigt der Weltverband der Deutschlehrer – wie die Budapester Zeitung „Magyar Nemzet“ schreibt –, „die tiefen Wurzeln der deutschen Sprache und der deutschen Kultur“ in Ungarn, die auch in der bedeutenden Rolle des deutschsprachigen Theaters und des deutschsprachigen Journalismus – erinnert sei an den „Pester Lloyd“ –, im 19. Jahrhundert im geistigen Leben von Buda und Pest, dem heutigen Budapest, zum Ausdruck kamen. Der deutsche Lehrstuhl der Budapester Universität wird 1984 zweihundert Jahre alt.

Auf dem Kongreß soll auch die Rolle der deutschen Sprache als Sprache einer nationalen Minderheit untersucht werden. Im Rahmen des Deutschlehrer-Kongresses finden eine internationale Schulbuch-Ausstellung, eine Ausstellung der in Ungarn verwendeten technischen und audiovisuellen Lehrmittel, und eine Ausstellung „Geschichte der deutschen Sprache und der deutschen Kultur in Ungarn“ statt.

Ausstellung über die Zeit der Shogune

DW. Los Angeles

Rund 300 Kunstwerke aus dem Tokugawa-Kunst-Museum in Nagoya werden Ende 1983 und 1984 in Amerika und Europa zu sehen sein. *Es handelt sich um Gemälde* und Beispiele der angewandten Kunst der Tokugawa-Periode (Edo-Zeit, 1600–1867) aus dem Besitz der Tokugawa-Shogune. Unter dem Titel „The Shogun Age“ wird sie am 20. Dezember im Los Angeles County Museum of Art eröffnet. Anschließend geht sie nach Dallas, München und Paris.

Sommerliche Musiktage von Hitzacker

HOS, Hamburg

Die 38. Sommerlichen Musiktage Hitzacker finden in diesem Jahr vom 30. Juli bis zum 7. August statt. Sie bringen einen Querschnitt durch die Kammermusik vom Barock bis zur Moderne. Ein bestimmender Akzent der Veranstaltungen liegt auf der Musik Brahms' und seiner Zeitgenossen. Eine Matinee mit Musik der zweiten Wiener Schule erinnert an Anton Weberns 100. Geburtstag. Im Schlußkonzert wird Wolfgang Rihms neues Konzert für Klarinette, Violoncello und Orchester uraufgeführt. Erstmalig gibt es einen Ballettabend mit der New Yorker Larry Richardson Dance Company.

Zeitschrift „Humboldt“ mit neuer Redaktion

DW. Bonn

Auf Kontinuität scheint der neue Redakteur *der Zeitschrift* „Humboldt“, Werner Karsunky, zu setzen. Das erste von ihm betreute Heft (78/1983) der von Inter Nationes für Lateinamerika herausgegebenen Kulturschrift befaßt sich in zwei Hauptbeiträgen mit „Simon Bolivar und die Deutschen“ (von Günter Kahle) und „Richard Wagner und seine Zeit“ (von Martin Gregor-Dellin). Nach wie vor glänzt die spanisch- resp. portugiesischsprachige Revue durch feinen Kunstdruck und hervorragendes Bildmaterial, was auch ihren hohen Preis (11 Mark) rechtfertigt – der freilich der kulturpolitisch gewünschten Verbreitung in Südamerika entgegensteht.

Denkmal für den ältesten Europäer

AFP, Perpignan

Der älteste Europäer hat sein Denkmal: Eine Bronzestatue des Tautavel-Menschen, des ältesten bisher bekannten Bewohners des europäischen Kontinents, ist vor dem prähistorischen Museum von Tautavel in den französischen Pyrenäen aufgestellt worden. Die etwa zwei Meter hohe Skulptur, die von einem Bildhauer aus Tautavel angefertigt wurde, zeigt den 18 000 Generationen alten Urahnen der heutigen Europäer in der Haltung des Jägers. Er lebte vor rund 450 000 Jahren.

Ein Wettbewerb für junge Tänzer

Reg. Lausanne

Der 12. Prix de Lausanne, ein internationaler Wettbewerb für junge Tänzerinnen und Tänzer im Alter von 15 bis 19 Jahren, findet vom 25. bis zum 29. Januar 1984 wieder im Palais de Beaulieu statt. Ausgesetzt sind Preise und Stipendien im Wert von insgesamt 85 000 Mark. Erstmals stiften dabei auch Mudra International Brüssel und das Staedelik Instituut voor Ballet (Antwerpen) zusätzliche Schulstipendien.

Polnische Journalisten wurden brotlos

J. G. G. Köln

Seit der Verkündung des Kriegsrechts sind in Polen mehr als 2000 Journalisten brotlos geworden. Die KP-Wochenzeitung „Polityka“ klagt, daß viele Redakteure dazu übergegangen sind, ihre Kommentare nicht mehr mit Namen, sondern mit „diensthabender Redakteur“ zu signieren. Auch bei der polnischen Post scheinen Journalisten nicht mehr beliebt zu sein. Eine eingeschriebene Pressesache gehe in der Regel zwölf Tage, bis sie die Redaktion erreicht.

Malaria zieht in deutsche Arztpraxen ein

Weltweit sterben zwei Millionen an der Tropenkrankheit

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Deutsche Hausärzte müssen derzeit ein neues Kapitel der Medizin lernen. Immer mehr Urlauber kommen vom Ausflug in exotische Gefilde mit folgenschweren Mitbringseln nach Hause: Tropenkrankheiten. Bei rasch steigendem Fieber ist es mit gängigen Grippemitteln längst nicht mehr getan. Immer häufiger wird die Diagnose „Malaria" gestellt.

Die Zahl registrierter Erkrankungsfälle ist in den vergangenen zehn Jahren von 40 auf 500 angewachsen. Professor Manfred Dietrich, Chef der klinischen Abteilung im Hamburger Bernhard-Nocht-Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten, versichert: „Die Dunkelziffer beträgt sicher ein Vielfaches davon."

Die Gefahren der Malaria werden oft unterschätzt – vielleicht, weil die Krankheit vollständig heilbar ist. Sie tritt in drei Erscheinungsformen auf, deren schwerste, die Malaria tropica – unbehandelt – in sieben Tagen zum Tode führt.

Die unterschiedlichen Malaria-Erreger – kleine Parasiten – werden von der Anopheles-Mücke übertragen, genauer gesagt von den Weibchen. Beim Stich der Mücke gelangen die Erreger in die Blutbahn des menschlichen „Opfers".

Weltweit gibt es schätzungsweise hundert Länder, in denen Malaria auftritt. Bei einer Bevölkerung von etwa 1,8 Milliarden in diesen Zonen schätzt Dietrich, erkranken jährlich wohl 100 Millionen Menschen neu, zwei Millionen sterben jährlich daran.

Die Tropenkrankheit wird auf zwei Wegen bekämpft: Mit chemischen Mitteln versucht man seit Jahrzehnten, die Mücke auszurotten; die gefährdeten Menschen können sich, jedenfalls über einen begrenzten Zeitraum, mit Medikamenten bis zu einem gewissen Grad schützen.

Hier nun, erläutert Dietrich, beginnt der Teufelskreislauf: Widerstandsfähige Stämme der Mücke trotzten den Gifteinsätzen, der Erreger wurde gegen die gängigen Vorbeugungsmedikamente resistent. Das alles vollzog sich mit rasender Geschwindigkeit. Schon vor zehn Jahren war der Erreger der schwersten Malariaform in sechs südamerikanischen und sieben asiatischen Ländern gegen die damals klassische Vorbeugung resistent. Inzwischen hat sich diese Widerstandsfähigkeit allein auf 15 Länder in Asien, und darüber hinaus auf Ostafrika ausgebreitet.

Die Hoffnungen, die ein neues Medikament vor zehn Jahren nach Thailand trug, waren schnell erloschen. Dietrich: „Damals war die Behandlung in 90 Prozent der Fälle erfolgreich, 1982 nur noch zu weniger als 20 Prozent. Dabei häufen sich inzwischen auch unter den Eingeborenen Todesfälle als Folge der Malaria tropica."

Reisende in die Tropen, auch in die Herde der jüngsten Malaria-Welle wie Ceylon, Indien und Afrika, können dennoch viel für die Vorbeugung tun. Ärzte verordnen die für die jeweiligen Gebiete geeigneten Vorbeugungsbehandlung. Vor Ort, meint der Arzt, dessen Abteilung in Hamburg direkt zwischen Hafen und „Sündiger Meile" von St. Pauli liegt, sollte man sich nach der Dämmerung nicht im Freien aufhalten und, wenn die Zimmer nicht abgeschlossen und klimatisiert sind, unter einem Moskitonetz schlafen.

Ein Ende der Malaria-Bedrohung ist nicht in Sicht. Eine Impfung gibt es noch nicht. „Sie müßte nämlich besser wirken als das körpereigene Immunsystem."

Dietrich meint, es sei nicht allein wegen der zunehmenden Erkrankung von Reisenden dringend notwendig, die Tropenmedizin vom Etikett der exotischen Fachrichtung zu befreien. „Die schwierigen immunologischen Zusammenhänge bei den Tropenkrankheiten geben oft bedeutende Anhaltspunkte für die Krebsforschung oder für Probleme bei Organtransplantationen." Und auch für eine derzeit sich beängstigend ausbreitende Erkrankung, die erworbene Immunschwäche AIDS, sei die Lösung vielleicht in den Tropen zu finden. Eine Form bösartiger Hautgeschwülste, die AIDS-Patienten befällt, das sogenannte Kaposi-Syndrom, tritt nämlich in Afrika häufiger auf. Dietrich bemüht sich derzeit um Finanzmittel in Amerika, um die erforderlichen Suchprogramme zu starten.

„Kater Bubu, Passau, zur Zeit in Haft"

dpa, Passau

Das Passauer „Katzenurteil", das Kater „Bubu" für immer in die Wohnung sperrt, hat Katzenfreunde in ganz Deutschland in helle Aufregung versetzt. Bei Bubus Besitzern, dem Passauer Ehepaar Baier, stapeln sich die Solidaritätsadressen.

Einhellig werden Unverständnis und Zorn über das Urteil des Passauer Amtsgerichts laut, das schon das bloße Betreten eines Grundstücks durch eine Katze als „störenden Eingriff" in das Eigentum bezeichnet hatte. Nachbarn hatten sich über den Kater beschwert, Amtsrichter Rudolf Hammer hatte den Besitzern zur Auflage gemacht, „Bubu" auslaufsicher zu verwahren.

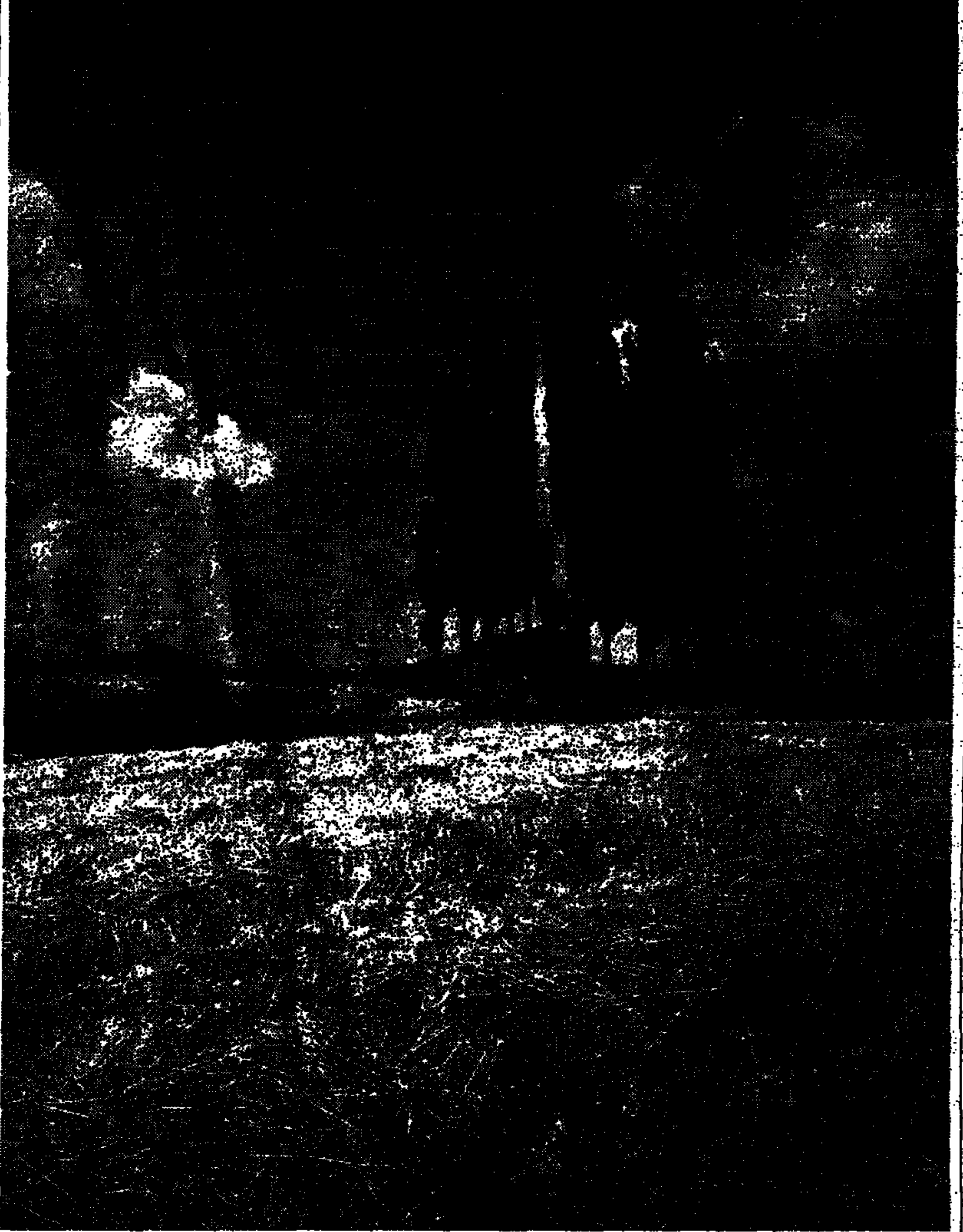
„Kämpfen Sie weiter", appelliert eine Katzenbesitzerin aus Norddeutschland an die unterlegene Familie; andere wünschen dem Nachbarn, der Kater „Bubu" durch Gerichtsbeschluß aus seinem Garten verjagt hat, „Heerscharen von Ratten und Mäusen" ins Haus. Ob in Deutschland wirklich „Mauern und Rosenbeete wichtiger sind als ein Tier", fragt ein Ehepaar aus dem Bayerischen Wald.

Eine Katzenbesitzerin aus Düsseldorf erinnert daran, daß dann auch alle Hundebesitzer verurteilt werden müßten, ihre Tiere nicht mehr aus der Wohnung zu lassen.

Ein Brief war direkt an „Kater Bubu, Passau, zur Zeit in Haft" adressiert. Ein „Kater Willi" aus Bad Mergentheim, nach beiliegendem Foto schwarz-grau getigert, rät seinem in Not geratenen Passauer Artgenossen zu einer „Katzendemonstration vor dem Amtsgericht".

Außer den diversen Sympathiebezeugungen und Ratschlägen für den Bau eines möglichst komfortablen Zwingers, erreichten die Besitzer Bubus auch konkrete Hilfsangebote. So will der Tierschutzverein im oberbayerischen Burghausen unter seinen Mitgliedern eine Sammlung veranstalten, ein Rechtsanwalt aus Mengen bei Freiburg erbot sich, den Kampf um Bubus Freiheit vor Gericht fortzusetzen.

Ein Angebot haben die Baiers ausgeschlagen: Eine Kölner Rokker-Gruppe wollte die Adresse des Nachbarn wissen, um „den Mann mal kräftig aufzumischen".



Sommerzeit – Schnitterzeit

Aufgenommen von Rudolf Dietrich in der Toscana

Boykott der Olympiade für Körperbehinderte

SAD, Stoke Mandeville

Die 32. internationale „Olympiade" der Körperbehinderten im südenglischen Stoke Mandeville, die am 3. August beginnt, wird von politischen Kontroversen überschattet. Sie entzündeten sich an der Teilnahme Südafrikas an der „Rollstuhl-Olympiade", zu der in diesem Jahr 640 an den Rollstuhl gefesselte Sportler aus 36 Ländern anreisten. Kanada boykottierte die „Internationalen Spiele für die Gelähmten" und untersagte seinen körperbehinderten Sportlern die Teilnahme, weil ein gemischtrassiges 26köpfiges Team aus Südafrika zugelassen worden war. Ein Sprecher der Veranstalter bezog entschieden Stellung gegen jede Politisierung dieser Spiele: „Wir müssen jedermann ohne Rücksicht auf Rasse, Hautfarbe oder Glaubensbekenntnis zulassen." Diese Prinzipien gelten seit der Gründung dieses einzigartigen Sportfestivals durch den deutsch-jüdischen Neurologen Sir Ludwig Guttmann. Vor dem „Ludwig Guttmann Sportzentrum" auf dem Gelände des Stoke Mandeville Hospital kam es gestern zu einer Anti-Apartheid-Demonstration. Ein Unbekannter goß aus einem Fenster einen Eimer Wasser auf die Demonstranten. Der Versicherung des kanadischen Delegierten, sein Land werde an dem Sportfestival erst nach Aufhebung aller Apartheid-Gesetze teilnehmen, begegnete Südafrikas Team-Manager Willie Bosche: „Das ist Diskriminierung der körperbehinderten Sportler Kanadas."

Absturz wird untersucht

dpa, Borkum

Über die Ursache des Flugzeugabsturzes, bei dem am Samstag bei Borkum acht Menschen ums Leben kamen, gab es gestern noch keine Erkenntnisse. Fachleute des Luftfahrt-Bundesamtes haben die Triebwerke und die Propeller der Maschine sichergestellt. Ein Sprecher des Amtes bezeichnete den Piloten als erfahrenen Flieger. Die „Cheyenne" war kurz nach dem Start abgestürzt. Die Maschine wurde bei dem Absturz auf ein Drittel ihrer Länge zusammengedrückt. Pilot und Fluggäste verbrannten.

Aus Bergnot gerettet

dpa, Lenk

Die Besatzung eines Hubschraubers der Schweizerischen Rettungsflugwacht rettete am Wochenende 21 Mitglieder einer Jugendgruppe aus Süddeutschland. Die jungen Leute hätten nur mit Turnschuhen oder Halbschuhen ausgerüstet den 2444 Meter hohen Ammertengrat bei Lenk besteigen wollen.

Renten-Urteil

AP, Kassel

Bei den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern kann der zwischen den beiden Weltkriegen in den Heimatländern geleistete Wehrdienst nicht auf die deutsche Rentenversicherung angerechnet werden. Das hat der Fünfte Senat des Bundessozialgerichts in Kassel entschieden. Beim Sozialgericht blieb damit die Klage eines Mannes erfolglos, der seinen von Mai 1937 bis Dezember 1939 in Litauen geleisteten Pflichtwehrdienst für die deutsche Rentenversicherung gutgeschrieben haben wollte. (Az.: 5 RJ 60/82)

140 Hitze-Tote in den USA

AFP, Washington

Auf 140 Tote stieg bis gestern die Zahl der Hitze-Opfer in den USA. Im mittleren Westen, wo das Thermometer seit zwei Wochen tagsüber nicht mehr unter 38 Grad fiel und nachts durchschnittlich 33 Grad gemessen wurden, sind die Getreideernten bedroht. Japan meldete nach den sintflutartigen Regenfällen vom Wochenende inzwischen 119 Todesopfer. Mit Unterstützung der Marine soll die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Decken sichergestellt werden. Erdrutsche und Überflutungen hatten weite Teile des Landes unter Wasser gesetzt. Rund 25 000 Menschen wurden durch die Folgen des Unwetters obdachlos.

In den Tod gejagt

dpa, London

Eine Horde Jugendlicher hat am Sonntag zwei 17jährige Jungen in der Nähe des Ortes Newquay in der Grafschaft Cornwall (England) zu Tode gehetzt. Die Bande verfolgte ihre Opfer bis zu den Klippen vor der Küste. Als die Gejagten vor sich eine Mauer sahen, hofften sie, sich durch einen Sprung über die Absperrung in Sicherheit bringen zu können. Es wurde ein Sprung in den Tod – 20 Meter tief.

Irrglaube um Reformkost

dpa, Darmstadt

Lebensmittel aus Reformhäusern und Bio-Läden sind nicht gesünder als aus Supermärkten und herkömmlichen Einzelhandelsgeschäften. „Wesentliche Unterschiede" im Nahrungsmittel-Angebot beider Handelssparten bestehen nach Angaben des Verbandes Deutscher Landwirtschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsanstalten in Darmstadt nicht. Sowohl in Reformhäusern und Bio-Läden als auch in Supermärkten und im Lebensmittel-Einzelhandel wurde nur ein „geringes" Vorkommen an potentiellen Schadstoffen und Rückständen von Pflanzenschutzmitteln festgestellt.

Orlandi-Entführer stellen wieder Kontakt her

Flut von falschen Telefonaten erschwert Untersuchungen

dpa/AP, Rom

Die Entführer von Emanuela Orlandi haben nach Angaben des Onkels der 15jährigen Vatikanbürgerin wieder bei der Familie des seit dem 22. Juni verschwundenen Mädchens angerufen. Das erklärte Mario Meneguzzi, der die Rolle eines Sprechers der Familie übernommen hat, gestern in Rom. Meneguzzi sagte, im Hause Orlandi seien mehr als 50 Telefonate eingegangen, die die Untersuchungen erschwerten. Lediglich zwei davon seien interessant gewesen. Bei einem der Anrufe sei sicher, daß die Entführer Emanuelas an der Leitung waren. Worauf sich diese Gewißheit stützt, sagte Meneguzzi nicht.

Entführungen haben sich in Italien inzwischen zu einem bedeutenden Zweig des Unterwelt entwickelt – trotz zahlreicher Sicherheitsvorkehrungen. Allein in diesem Jahr sind 20 Menschen entführt worden. Meist stehen eindeutig finanzielle Motive hinter den Kidnappings. Experten neigen auch im Fall Emanuela Orlandi zu dieser Ansicht, obwohl die Entführer auf der Entlassung des Past-Attentäters Ali Agca bestanden. 1982 sind bei den 50 der Polizei bekannten Entführungen umgerechnet etwa 52 Millionen Mark an Lösegeld gezahlt worden. Die potentiellen Opfer – Politiker, Filmstars, Industrielle und andere Prominente.

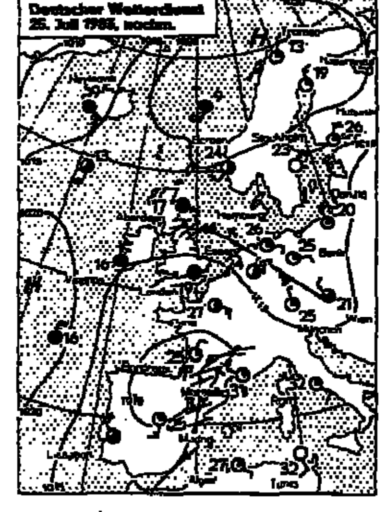
Eines der ersten prominenten Opfer einer Entführung in Italien war 1973 J. Paul Getty III., der Enkel des amerikanischen Ölmilliardärs. Seine Entführer schnitten ihm seinerzeit das rechte Ohr ab und kassierten von der Familie umgerechnet etwa acht Millionen Mark. Die finanziellen Forderungen der Täter steigen meist, je länger sich die Verhandlungen zwischen den Familien und den Geiselnehmern hinziehen.

Zu dem spektakulärsten Fall gehörte die Entführung des ehemaligen Ministerpräsidenten Aldo Moro 1978. Er wurde im Kofferraum eines Autos ermordet aufgefunden, nachdem die italienische Regierung sich geweigert hatte, mit den Geselnehmern zu verhandeln. Deutschland wurde 1980 wochenlang in Atem gehalten, als die beiden Kinder und ein Neffe des ZDF-Journalisten Dieter Kronzucker aus Barberino in der Toscana entführt wurden. Sie wurden nach 68 Tagen für ein Lösegeld von mehr als vier Millionen Mark freigelassen. 1981 wurde schließlich der amerikanische NATO-General James L. Dozier gekidnappt, konnte aber von der Polizei befreit werden.

Von den mehr als 400 Personen, die seit 1972 entführt wurden, sind 17 getötet worden. In mindestens 21 weiteren Fällen wird vermutet, daß die Opfer nicht mehr leben. Nach Meinung der Beörden sind es oft Gruppen von Kleinkriminellen wie im Falle Kronzuckers, die sich von den Entführungen einen hohen finanziellen Vorteil versprechen. Um dem vorzubeugen, hat man versucht, die Bankguthaben der meist finanzkräftigen Opfer zu sperren. Viele Familien halten jedoch die Lösegeldforderungen geheim und zahlen in der unzerstörbaren Hoffnung, ihre Angehörigen wiederzusehen.

WETTER: Wärmegewitter

Wetterlage: Zwischen einem von Skandinavien zum Schwarzen Meer sich erstreckenden Hochdruckrücken und einer von den britischen Inseln bis Spanien reichenden Tiefdruckrinne hält die Warmluftzufuhr nach Deutschland an.



Vorhersage für Dienstag:

West- und Südwestdeutschland: Im Tagesverlauf stärkere Quellbewölkung und nachfolgend Gewitterschauer, Tageshöchsttemperaturen um 29 Grad.

Übriges Bundesgebiet und Berlin: Allgemein sonnig mit Nachmittagstemperaturen nahe 30 Grad, an der Küste bei Seewind um 25 Grad, gegen Abend vereinzelt Wärmegewitter.

Weitere Aussichten:

Schwül-warm und gewittrig.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	25°	Kairo	30°
Bonn	24°	Kopenh.	21°
Dresden	25°	Las Palmas	22°
Essen	24°	London	19°
Frankfurt	24°	Madrid	25°
Hamburg	26°	Mailand	27°
List/Sylt	24°	Mallorca	35°
München	25°	Moskau	16°
Stuttgart	25°	Nizza	30°
Algier	27°	Oslo	24°
Amsterdam	24°	Paris	27°
Athen	30°	Prag	23°
Barcelona	28°	Rom	32°
Brüssel	24°	Stockholm	23°
Budapest	22°	Tel Aviv	32°
Bukarest	27°	Tunis	32°
Helsinki	26°	Wien	21°
Istanbul	29°	Zürich	26°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 5.38 Uhr, Untergang: 21.18 Uhr, **Mondaufgang:** 22.52 Uhr, Untergang: 7.46 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Flatterhaft

„Sie sieht aus wie ein Clown", witzelte eine Stewardeß auf dem Londoner Flughafen Heathrow, als Hollywood-Star **Barbra Streisand** (41) von Dreharbeiten die Heimreise antrat. Vom Charme des Stars von




„Funny Girl" war nicht viel übrig geblieben. Die Streisand trug ein übergroßes bis an die Knie reichendes zweireihiges Jackett, dazu eine ausgestellte Hose, die auf Halbmast flatterte. Offenbar war sie noch nicht ganz aus ihrer jüngsten Filmrolle in die Realität zurückgestiegen.

Zukunftspläne

Mireille Darc (45), die vor rund zwei Wochen bei Aosta (Italien) schwer verunglückte, hat ihren Autounfall gut überstanden und will nach Angaben von **Alain Delon** bald wieder filmen. Sie liest schon wieder Drehbücher. Die Schauspielerin muß aber noch etwa sechs Wochen in der Genfer Klinik liegen, um die Kopf- und Lendenwirbel-Verletzung auszuheilen. Auch danach wird sie noch eine Weile nicht auf ihr Gipskorsett verzichten können.

Laufend Neues

Es geschehen noch Zeichen und Wunder: In der vergangenen Woche hieß es noch „aus gewöhnlich gut informierten Kreisen", Hollywood-Star **Burt Lancaster** leide an Krebs,



weigere sich aber, sich operieren zu lassen. Jetzt ließ der 69jährige verkünden, er befinde sich in einem so guten Zustand, daß er es sich leisten könne, jeden Morgen um fünf Uhr zehn Kilometer zu laufen.

Marktlücken

Sie tut alles, wozu andere keine Lust oder Zeit haben: Die berufslose Münchnerin **Christine Willschrei** arbeitet als bundesweit erste „Erledigerin". Mit großem Erfolg. Gegen Bezahlung fährt sie für andere Leute Autos zum TÜV, gießt Blumen und führt Hunde aus, füllt Kühlschränke für heimkehrende Urlauber, bringt Federdecken zur Reinigung und organisiert Kindergeburtstage. „Mein Terminkalender ist voll", freut sich die 45jährige, die oft so viele Aufträge erhält, daß sie Hilfskräfte anstellen muß.

Deutscher in Edinburgh in Kindermord verwickelt?

Ein 40jähriger Schullehrer beteuert seine Unschuld

SIEGFRIED HELM, Edinburgh

Ein deutscher Tourist ist bei einem Schottland-Urlaub im eigenen Wagen in einen Kindermord verwickelt worden, der gestern die britische Öffentlichkeit beschäftigte. Bei der Fahndung nach dem Mörder der fünfjährigen Caroline Hogg aus Edinburgh ist die schottische Kriminalpolizei auf Fritz Witte (40) aus Witten bei Dortmund gestoßen, der am vergangenen Donnerstag aus seinem Urlaub zurückkehrte. Witte wurde über Interpol ausfindig gemacht.

Zwei schottische Kriminalbeamte wollten gestern nach Dortmund fliegen, um Witte als Zeugen zu befragen. Der als „ewiger Student" bezeichnete Witte, ein Junggeselle, bestritt inzwischen nicht, am 8. Juli im Edinburgher Stadtteil Portobello gewesen zu sein, als dort die kleine Caroline auf einem Jahrmarkt von einem Unbekannten entführt wurde. Die Leiche des Kindes war zehn Tage später in einem Graben unweit eines Parkplatzes an der Autobahn M 1 in der mittelenglischen Grafschaft Leicestershire gefunden worden. Witte bestritt auch nicht, auf dieser Autobahn nach Süden gefahren zu sein.

Er erklärte jedoch gegenüber englischen Reportern in seinem Heimatdorf: „Ich war nicht der Mörder." Dann fügte er hinzu: „Die Polizei hielt für möglich, daß ich es war, aber ich bin nicht der Mann."

Witte, dessen Beruf als Schullehrer angegeben wurde, weiß, daß britische Kriminalbeamte ihn sprechen wollen. Er versicherte, er werde zu Hause bleiben, um sich ihnen zur Verfügung zu halten.

Ein Polizeisprecher in Edinburgh wählte seine Worte sehr vorsichtig, als er über die Dienstreise der Kriminalbeamten zu einem Gespräch mit Witte Auskunft gab: „Uns ist sehr daran gelegen, ihn als Zeugen zu befragen."

Witte war im Stadtteil Portobello in einer kleinen Pension abgestiegen, wo er drei Nächte blieb. Nach Auskunft der schottischen Polizei gibt es eine geringe Ähnlichkeit des deutschen Touristen mit einem Mann „von ungepflegtem Äußerem", der mit Caroline am Tage ihres Verschwindens auf dem Jahrmarkt gesehen worden war.

Die schottische Polizei identifizierte den deutschen Touristen auf Grund des amtlichen Kennzeichens seines dunkelblauen Audi GT Coupé. Witte: „Meine Pensionswirtin erzählte mir am Tage nach seinem Verschwinden von dem vermißten Mädchen. Ich kaufte in Edinburgh eine Zeitung und glaube, da stand was drüber drin." Und weiter: „Ich habe keine Ahnung, wer der Mörder ist. Ich kannte das Mädchen überhaupt nicht."

Die Polizei machte bei ihren Ermittlungen in Edinburgh Zeugen ausfindig, die die kleine Caroline an der Hand eines Mannes mit Brille gesehen hatten. In der anderen Hand hatte das Mädchen ein Eis. Fahndungsleiter Kriminalsuperintendent Brian Cunningham erklärte: „Wir behaupten nicht, daß der Deutsche der Mann war, den man mit Caroline gesehen hat. Bis wir diesen Mann nicht gesprochen haben, können wir überhaupt nichts Weiteres sagen. Wir wollen ihn sprechen, weil er etwas gesehen haben und sachdienliche Hinweise geben könnte."

Herr Minister und das Käsekolleg für Lufthansa

DW. Bonn

Vom Fliegen versteht die deutsche Lufthansa erwiesenermaßen viel, vom Käse offenbar wenig. Diesen Eindruck hat Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle. Er bot dem Vorstandsvorsitzenden Heinz Ruhnau daher jetzt brieflich an, für seine Mitarbeiter in der bayerischen Landesvertretung in Bonn ein kleines Käsekolleg zu veranstalten.

Anlaß für diese Einladung war eine vornehme Speisekarte, die dem Allgäuer CSU-Politiker und „Milchpapst" vor kurzem auf dem Flug von New York nach Frankfurt von einer Lufthansa-Stewardeß in die Hand gedrückt wurde. Mit einem hohen Lob auf französischen Käse war dort – weiß auf dunkelbraun – die Bemerkung verbunden: „Seltsam mutet es an, daß gerade die Milchländer Holland und Deutschland nur mit einer recht kleinen Käseplatte aufwarten können." Das forderte den Widerspruch des Bundesernährungsministers heraus: Unser Land, ließ er die nationale Fluggesellschaft wissen, sei ein sehr bedeutender Käseproduzent. „Mit 900 000 Tonnen im Jahr 1982 standen wir in der europäischen Gemeinschaft nur knapp hinter Frankreich an zweiter Stelle." Auch die Produktvielfalt des deutschen Käseangebots könne durchaus mithalten: Allein von den Standardsorten beziehungsweise traditionellen Käsearten wie Emmentaler, Tilsiter oder Camembert würden hierzulande 124 hergestellt, von den sogenannten freien Käsesorten gebe es fast 600 verschiedene Arten. Kiechle bat darum, die Lufthansa möge diese Leistungen der deutschen Käsewirtschaft nicht unter den Scheffel stellen.

Drahtesel-Therapie statt Herzoperation

dpa, Ottawa

Der Kanadier Burt Robinson aus Vancouver, selbst kein junger Spund mehr, hat eine sehr drastische Botschaft an alle Senioren: „Erheben Sie sich von Ihrem . . . na, Sie wissen schon." Zu viele Alte, so erzählte Robinson einem gläubig lauschenden Reporter des CBS-Rundfunks, stöhnen dauernd, nehmen Pillen, schaukeln im Lehnstuhl vor dem Fernseher. „Schluß mit diesem Rollenstereotyp", verkündete er, „reißt Euch zusammen."

Zusammenreißen taten sie sich in der Tat, 28 Senioren im Alter bis zu 77, Durchschnittsalter 68, davon 20 Männer und acht Frauen. Anfang Juni brach die ungewöhnliche Gruppe von der Pazifikküste auf, um das zweitgrößte Land der Erde per Drahtesel zu durchqueren. Ihr Ziel: irgendwann vor Herbstbeginn das Fahrrad vor Neufundland in den Atlantik zu tauchen. Mit ein paar Abstechern in Ortschaften können so 8000 Kilometer zusammenkommen.

Gestern haben die Großmütter, Rentner und ehemaligen Farmer rund die Hälfte der Strecke zurückgelegt: 4116 Kilometer, die kräftezehrenden Paßstraßen in den mächtigen Rocky Mountains, danach über 2000 Kilometer Prärie, wo selbst Autofahrer Abwechslung von der hitzeflimmernden, dann wieder winddurchwehten, monotonen Landstraße ersehnen. Als letzte Etappe vor Halbzeit die hier schmale Landstraße des Transkanadischen Highway in Ontario, wo scharf ansteigende Hügel aus Granit und dichter Wald bis heute nur den Bau einer einzigen Durchgangsstraße zuließen. Hier machten Scharen von Moskitos und noch schlimmere „Blackflies" den betagten Rentnern das Leben zur Hölle. Im vorher durchquerten Manitoba herrscht jetzt gar der Moskito-Notstand.

Die „Alten" fahren jeden Tag rund 100 Kilometer und gönnen sich nur selten Ruhetage. Ihre sportliche Leistung ist um so eindrucksvoller, als einige von ihnen sich noch vor kurzem damit abgefunden hatten, den Rest ihres Lebens im totalen Ruhestand zu verbringen. Ein 65jähriger Finanzberater aus Vancouver war vor drei Jahren Kandidat für eine Herzoperation. „Beim Treppensteigen bekam ich keine Luft, die Schmerzen in der Brust waren entsetzlich", erzählte der heutige Radsportler. „Drei Arterien sind zu 70 Prozent zu, bis heute. Es haben sich aber Kapillare darum gebildet."

Auch die anderen Senioren warfen nach medizinischen Untersuchungen bei der Halbzeit den letzten Rest ihrer Medikamente weg. „Ich habe seit Beginn meine Blutdruck-Tabletten nicht mehr nehmen müssen", jubelte ein pensionierter Ingenieur. Den Fortschritt der Gruppe verfolgen Studenten der Simon-Fraser-Universität in Vancouver. Sie wollen eine Studie erstellen über den physiologischen und psychologischen Effekt harten körperlichen Trainings bei Senioren.

Die Studienobjekte können bisher nur Gutes berichten. Fett wird durch Muskeln ersetzt, Hautfalten verschwinden. Gewichtsminderung kommt zwar seltener vor, aber „wir futtern Unmengen, zu den Mahlzeiten, dazwischen, bis spät abends." Auch das Herz scheint belastbarer. „Ich will den Studienergebnissen nicht vorgreifen", sagte die junge Koordinatorin von der Simon Fraser University, „aber ich hoffe, die Radler können beweisen, daß auch alte Menschen deutlich ihre Gesundheit verbessern können."

BARBARA HALSIG

ZU GUTER LETZT

Immer mehr Schafe in Bonn. DPA zum Auftrieb der Wolltiere in der Hauptstadt.